

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Donnerstag, den 6. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erchelet täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Zeilenanzahl oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Das Wohnungsbeleid in Groß-Berlin.

Die Verhandlungen über die Bestimmungen des neuen preussischen Wohnungsgesetzes-Vorschlages, die kürzlich im Berliner Stadtparlament stattfanden, haben das erfreuliche Ergebnis gehabt, von neuem die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf das große Wohnungsbeleid hingelenkt, das noch immer unvermindert sich in den Mauern der Hauptstadt des Deutschen Reiches birgt. Eine Reihe von Veröffentlichungen, die im Laufe der jüngsten Zeit von amtlichen Stellen des Reiches, Preußens und der Stadt Berlin erfolgt sind, haben dazu beigetragen, klares Licht auf die überaus traurigen Wohnungsverhältnisse zu werfen, unter denen die unbemittelte Bevölkerung zu leiden hat.

Als vor drei Jahren die sozialdemokratischen Vertreter im Berliner Rathaus die Schaffung eines Wohnungsamtes beantragten, dem neben anderen Aufgaben die Durchforschung und Erfassung aller die Wohnungsverhältnisse betreffenden Daten und Ziffern und die schnelle Veröffentlichung der ermittelten Ergebnisse als Tätigkeitsgebiet zugewiesen werden sollte, teilte auch dieser Antrag das Schicksal aller übrigen: er wurde glatt abgelehnt. Der Oberbürgermeister erklärte aber, dafür Sorge zu tragen, daß das Statistische Amt der Stadt Berlin den Wohnungsverhältnissen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, und es ist dankbar anzuerkennen, daß das Amt unter seinem neuen schaffensfreudigen Direktor dieser Aufgabe entsprochen hat. Nachdem vor einiger Zeit schon die umfangreichen Tabellenwerke: Grundstücks- und Wohnungsaufnahme von Ende Oktober 1900 in Berlin und 23 Nachbar-gemeinden und die Berliner Volkszählung von 1900, 1. Abteilung, Grundstücks- und Wohnungsaufnahme, erschienen sind, gelangte jüngst das 2. Heft der neu begründeten „Berliner Statistik“, dessen 1. Heft Erhebungen über den Mißbrauch und den Omnibus, Straßenbahn- und Eisenbahnverkehr in Berlin von 1896 bis 1902 enthielt, zur Veröffentlichung. In dieser Arbeit werden in vier Hauptabteilungen die Berliner Wohnungsverhältnisse nach allen Richtungen hin behandelt.

Betrachten wir danach die Verhältnisse in Berlin etwas eingehender, so finden wir, daß in 1900 in Berlin 25 490 und in den 23 Nachbargemeinden 12 898, im ganzen also 38 388 bewohnte Grundstücke vorhanden waren. Die Bevölkerungsziffer, d. h. die Zahl der Einwohner pro Grundstück, war bei der im Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs geringen Zunahme der bewohnten Grundstücke gegen früher wieder beträchtlich gestiegen. Es ergibt sich als durchschnittliche Bevölkerungsziffer für Berlin 77 Einwohner pro Grundstück. Diese Durchschnittsziffer gibt aber durchaus kein richtiges Bild der bestehenden Verhältnisse. In der inneren Stadt findet eine andauernde Abnahme der Bevölkerungsziffer statt, einmal durch den Fortfall von Grundstücken infolge von Straßenerweiterungen und Durchbrüchen, sodann durch die immer wachsende Verwendung von ganzen Gebäuden oder dem größten Teil derselben zu Geschäftszwecken. Auch ist zu berücksichtigen, daß in den reichen Vierteln des Tiergartens und der Friedrich-Wilhelmsstadt die Häuser nur von 2-3 Familien bewohnt werden und auf solche Weise auch den Durchschnitt sinken. Der Durchschnitt der Bevölkerungsziffer innerhalb einzelner Stadtteile ist daher weit ungleichmäßiger, als die Durchschnittsziffer für Berlin. Die Durchschnittsziffer betrug in der Tempelhofer Vorstadt 92,8; im Stralauer Viertel 102,8; in Moabit 103,1; in der Rosenthaler Vorstadt 113,2; in der Luisenstadt 116,0. Die Grundstücke mit 152-200 Bewohnern zeigten seit 1875 allein eine Zunahme von 188 Proz., die mit mehr als 200 Bewohnern sogar eine solche von 242 Proz. Mit diesen fürchterlich hohen Bevölkerungsziffern, welche die ungeheuren Nachteile des bei uns durchgeführten Systems der Mietskasernen klar erweisen, steht Berlin weitaus an der Spitze aller deutschen Großstädte. Es folgt in weitem Abstände Breslau mit 52,8; München mit 30,6; Magdeburg mit 30,3; Hamburg mit 25,6; Leipzig mit 25,3; Dresden mit 25; Stuttgart mit 23,2; Mannheim mit 21,9; Frankfurt a. M. mit 20,5; Straßburg mit 18,0; Köln a. Rh. mit 16,1; Lübeck mit 10,1.

Einen zweiten Maßstab zur Vergleichung der Bevölkerungsdichtigkeit auf den Grundstücken bietet die Anzahl der auf ein Grundstück entfallenden Wohnungen. In 1900 kamen auf ein Grundstück in Berlin 19,21 bewohnte Wohnungen. Im Vergleich mit den vorangegangenen Volkszählungsjahren entfielen auf ein bewohntes Grundstück Wohnungen: 1900 19,21; 1895 17,62; 1890 17,02; 1885 15,52; 1880 13,87; 1875 12,79. Es hat demnach die Wohnungsziffer pro Grundstück seit 1875 um rund 50 Proz. zugenommen.

Die Tabellen über die Gebäude nach der Stockwerkzahl zeigen, daß die den Typus der Mietskasernen darstellenden Wohngebäude mit 5 und mehr Stockwerken, die in Berlin leider die Regel bilden, ihr Maximum mit 84 Proz. sämtlicher Wohngebäude im Stralauer Ostviertel erreichten; nur wenig blieben hinter diesem Anteilsgang zurück, die städtische Tempelhofer, die nördliche Rosenthaler Vorstadt sowie der Westen von Moabit. Von 1000 Wohngebäuden auf bewohnten Grundstücken hatten in 1900 nicht weniger als 857 vier und mehr Stockwerke. Die Tabellen ergeben ferner, daß infolge der durch die königliche Regierung zu Potsdam erlassenen Wohnungsordnungen für die Vororte Berlins die in Berlin typische Mietskasernen leider auch in der Mehrzahl der Nachbargemeinden sich bereits eingebürgert hat. Nur in den noch ländlichen Vororten Hohen-Schönhausen und Heinersdorf sowie in Schönholz gab es in 1900 noch keine Wohngebäude mit mehr als drei Stockwerken. In Nieder-Schönhausen, Pflöensee, Grunewald, Reinickendorf, Karlshagen und Weihensee war die Anzahl der vier- und mehrstöckigen Wohngebäude noch gering. Dagegen betrug diese Gebäudeklasse in Rummelsburg, Tempelhofer, Friebrunnen und Lichterfeld bald 50 Proz., und bildete in Wilmersdorf, Charlottenburg, Nixdorf und Schöneberg die Regel. In letzterer Stadt übertraf der Anteil dieser Gebäude mit 88 Proz. sogar den Durchschnitt von Berlin. Die Möglichkeit, durch die Errichtung hoher Mietskasernen den Grund und Boden bis zum äußersten auszunutzen, die durch den Erlaß jener Wohnungsordnungen gegeben war, entfachte natürlich sofort eine wilde Grundstückspekulation und Hunderte von Millionen mäßelosen Gewinnes wurden auf solche Weise den Grundbesitzern in den Schoß geworfen, während für unglückliche Arbeiter den Humberttausenden von Menschen, die in den Mietskasernen zu leben gezwungen sind, der größte Schaden an-

Gesundheit und Behagen zugefügt ist. Dr. Voigt berechnete in seinem bekannten Werk „Ueber die Grundrente in Berlin und den Vororten“ bei Einsetzung von nur Minimalzahlen, daß für Charlottenburg im Jahrzehnt 1887-1897 der Bodenwert um mehr als eine Viertel-Milliarde gestiegen ist. Da gleichzeitig die Bevölkerung um etwa 100 000 Köpfe gewachsen war, so hatte jede neu hinzugelommene Person den Charlottenburger Grundbesitzern einen durchschnittlichen Verzuwachs von 2500 M. gebracht; jede sechsköpfige Familie hat die Charlottenburger Grundbesitzer in zehn Jahren um durchschnittlich 15 000 M. bereichert.

Interessant sind ferner die Tabellen, in denen die bewohnten Grundstücke nach der Besitzzeit der Eigentümer klassifiziert werden. Bekanntlich hält die preussische Regierung das Privileg der Hausbesitzer, d. h. die Bestimmung der Städte-Ordnung, daß mindestens die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen, allen anderen Nachteilen zum Trost noch immer aufrecht, weil auch diese Bestimmung sich als eine Schutzwehr gegen das Eindringen von Sozialdemokraten in die Kommunalvertretungen erweist. Noch am 17. Januar 1902 erklärte der Finanzminister v. Rheinbaben im preussischen Abgeordnetenhause: „Wir können die Haus- und Grundbesitzer in städtischen Behörden nicht entbehren, weil sie das stabile und erhaltende Element sind.“ Die Tabellen zeigen nun, daß diese Auffassung in den tatsächlichen Verhältnissen keine Stütze mehr hat, daß 1900 in Berlin über die Hälfte sämtlicher bewohnten Grundstücke seit weniger als 10 Jahren in der Hand derselben Besitzer waren; circa drei Viertel noch nicht 17 Jahre und nur wenig mehr als ein Fünftel über 20 Jahre.

Die Zahl der vermieteten Wohnungen wurde am 1. Dezember 1900 auf 470 057 festgestellt. Von diesen waren 245 675 Vorderwohnungen, also 52,26 Proz., 224 035 Hinterwohnungen, also 47,67 Proz., und von den restlichen 347 (0,07 Prozent) war die Wohnungslage unbekannt. Die Vorderwohnungen dienten 935 177 Einwohnern oder 53,91 Proz. der Bevölkerung, die Hinterwohnungen 841 273 oder 46,04 Proz. der Bevölkerung als Wohnung. Die Schäden der Berliner Mietskasernen zeigt auch die Tatsache, daß in Essen, Chemnitz, Stuttgart und Gera auf 1000 benutzte Wohnungen noch nicht 100 Hinterwohnungen, in Barmen, Ael, Hannover, Altona, Lübeck, Karlsruhe, München und Halle a. S. noch nicht 200, in Posen 316, in Magdeburg 356, in Charlottenburg 420 und in Berlin wie oben gezeigt 477 Hinterwohnungen entfallen.

Zimmer wurden am 1. Dezember 1901 in Berlin 978 068 gezählt; von diesen gehörten zu Vorderwohnungen 654 865, d. h. 67,3 Proz. Die Durchschnittszahl der Zimmer pro Wohnung sank von 2,15 im Jahre 1890 auf 2,11 im Jahre 1895 und auf 2,07 im Jahre 1900; für dieselben Jahre betrug die Durchschnittszahl der heizbaren Zimmer pro Wohnung bzw. 1,87, 1,95 und 1,94 und die der nicht heizbaren Zimmer bzw. 0,17, 0,15 und 0,15 Proz.

Bei den Familienmitgliedern des Haushaltungsvorstandes und den sonstigen Haushaltungsgenossen betrug die Zunahme in dem Jahrzehnt 1895 bis 1900 nur 11,8 Proz., dagegen bei den Einmietern und Chambergenossen 14,4 und bei den Schlafleuten 24,4 Prozent. Der Bericht knüpft an diese Zahlen mit vollem Recht die Bemerkung: „Also gerade in der sittlich und hygienisch ungünstigsten Art der Hausung, in den Schlafstellen, war die Zunahme am stärksten. Auf 1000 Bewohner kamen im Durchschnitt der ganzen Stadt 81,9 Chambergenossen und Schlafleute, doch ist auch hier zu bedenken, daß diese Durchschnittsziffer kein richtiges Bild gibt, steigt doch der pro Rasse-Anteil in den ärmeren Stadtteilen auf 120 bis 130.“

Von 1000 Wohnungen entfielen auf Wohnungen mit keinem heizbaren Zimmer 14,4, mit einem heizbaren Zimmer 490,1, mit zwei heizbaren 281,3. Von 1000 Einwohnern wohnten in Wohnungen mit keinem heizbaren Zimmer 8,4, mit einem heizbaren Zimmer 430,0, mit zwei heizbaren Zimmern 307,4. Von 1000 Wohnungen ohne Gewerberäume hatten nur Küche 8,2, nur unbeheizbares Zimmer 4,5, ein heizbares Zimmer 510,4, zwei heizbare 274,1. Von 1000 Bewohnern der Wohnungen ohne Gewerberäume betohnten solche mit nur Küche 3,7, mit unbeheizbarem Zimmer 3,4, mit einem heizbaren Zimmer 452,7, mit zwei heizbaren Zimmern 302,4.

Was die überbevölkerten Wohnungen betrifft, so hat man, wie unser Bericht besagt, in den Berliner Volkszählungsberichten bisher zwischen mäßig und stark überbevölkerten Wohnungen unterschieden und zu ersterer Gattung alle Wohnungen mit mehr als zwei Bewohnern pro heizbares und mehr als einem Bewohner pro nicht heizbares Zimmer oder Küche gerechnet, zu den stark überbevölkerten Wohnungen alle mit mehr als vier Bewohnern auf das heizbare und mehr als zwei auf das nicht heizbare Zimmer, sowie mehr als einem Bewohner auf die Küche. Nach diesem Maßstabe würden in 1900 283 pro Rasse (133 260 Wohnungen) den mäßig überbevölkerten und 59 pro Rasse (28 751 Wohnungen) den stark überbevölkerten Wohnungen zugerechnet sein, während vom Tausend der Bewohner 401 auf die erstere und 89 auf die zweite Kategorie entfielen. Jetzt wird als überbevölkert jede aus nur einem Wohnraum bestehende Wohnung mit mehr als vier und jede aus zwei Wohnräumen bestehende Wohnung mit mehr als neun Bewohnern gezählt. Wohnungen der erstgenannten Art gab es 1900 in Berlin 1378 mit 7515 Bewohnern, solche der zweiten Gattung 388 mit 4028 Bewohnern, sodah im ganzen 11 843 Bewohner oder 6,4 pro Rasse der Bevölkerung in so überfüllten Wohnungen haften.

Die auf den 25 225 Berliner Grundstücken mit fertigen Gebäuden gezählten Wohnungen und Wärfte, ausschließlich der Anstalten, repräsentierten einen Mietwert von 374 422 880 M., während der Gesamtwert einschließlich der 286 Anstalten 381 488 452 Mark betrug, sodah ein Grundstück im Durchschnitt 15 123 M. Miete brachte. Die Miete pro Kopf der Bevölkerung betrug in Berlin für eine Kellerwohnung 71 M., für eine Erdgeschosswohnung 103 M., für eine Hochparterrewohnung 192 M., für eine Wohnung im Halbstock 85 M., im ersten Stock 144 M., im zweiten 131 M., im dritten 108 M., im vierten 83 M., im fünften 67 M., und für eine Wohnung überhaupt 116 M. Ein heizbares Zimmer kostete im Durchschnitt von Berlin 236 M. Auch mit diesen Preisen marschiert Berlin an der Spitze in Deutschland. So kostete in Dresden ein heizbares Zimmer einer Mietwohnung durchschnittlich 204 M., in Königsberg 2 Pr. 183 M., in Hamburg 181 M., in Weimar 164 M., in Leipzig 163 M., in Altona 153 M., in Mainz 150 M., in Chemnitz, Lübeck, Düsseldorf und Straßburg zwischen 145 und 110 M.

Die leerstehenden Wohnungen machten im Jahre 1890 8,13 Prozent sämtlicher Wohnungen aus. Im Jahre 1895 stieg diese Zahl auf 5,58 Proz., um Ende 1900 auf 0,44 Proz. zu fallen. Seitdem ist der Anteil der leer stehenden Wohnungen an der Zahl der Wohnungen überhaupt nur unwesentlich gestiegen; er betrug am 1. Januar 1902 0,60, 1. Januar 1903 0,99, 1. Januar 1904 1,08 Proz.

Die Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer mit oder ohne Zubehör mit Einschluß derjenigen ohne heizbares Zimmer machten 1900 in Berlin 50,38 Proz. aller Wohnungen aus und 43,64 Proz. der Bevölkerung waren in solchen Wohnungen zu leben gezwungen.

Die riesige Steigerung der Mietpreise insbesondere für kleine Wohnungen zeigt eine Tabelle, in welcher der geforderte Mietpreis pro Wohnung in den leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume aufgeführt ist. Es kostete eine Wohnung ohne Zimmer in 1901 100,88 M., in 1902 100,14 M., in 1903 118,71 Mark, in 1904 173,75 M.; mit einem Zimmer in 1901 178,75 M., in 1902 205,71 M., in 1903 216,22 M., in 1904 220,08 M.; mit zwei Zimmern in 1901 352,23 M., in 1902 410,25 M., in 1903 425,25 M., in 1904 423,12 M. Eine Familie mit Kindern mühte, wenn sie den Geboten der Sittlichkeit und Hygiene entsprechend leben will, eine Wohnung haben, die mindestens aus Küche und zwei Zimmern besteht. Nach allgemeiner Auffassung gilt eine Wohnung dann als zu teuer, falls der betreffende Mieter mehr als den sechsten Teil seines Einkommens für die Miete auszugeben hat. In dem Erlaß des sächsischen Ministeriums des Innern vom 31. März 1903 an die sächsischen Gemeinden hat die sächsische Regierung diese allgemeine Auffassung zu der ihrigen gemacht. Reht man diese Normen zugrunde, so mühte also eine Familie mit Kindern, die eine entsprechende Wohnung bewohnen will, ein Einkommen von etwa 423 M., d. h. von 2538 M. pro Jahr haben. In Wirklichkeit aber haben von den 796 449 physischen Personen, die im Etatsjahre 1902/1903 veranlagt worden sind, 364 086 Personen unter 900 M. Einkommen und 370 020 Personen ein Einkommen zwischen 900 und 2400 M. 93 Proz. der Bevölkerung müssen sich also mit einem Einkommen begnügen, das unter 2400 M. sich bewegt!

Leide aus der Fülle des überreichen Materials herausgegriffenen Zahlen werden genügen, die Behauptung zu erhärten, daß das Wohnungsbeleid in Berlin unüberdauert fortdauert und einen erschrecklichen Grad erreicht hat. Mit dem früheren so einfachen und bequemen Einwand der Hausagrarier, die Wohnungsverhältnisse seien gar nicht so schlecht, auch die unbemittelte Bevölkerung wohne wenigstens in der Mehrzahl ganz behaglich, nur die Sozialdemokratie hebe und säure die Unzufriedenheit auch auf diesem Gebiete, ist es nun vorbei. Die amtlichen Ziffern reden eine zu deutliche und eine unanfechtbare Sprache. Der Wahrheit aber die Ehre zu geben, einzugestehen, daß Kommunalverwaltung, Spekulantentum und Hausagrarier seit langem schwerer gefündigt haben, und entflohen den Weg durchgreifender Reformen zu betreten, das ist von den starren Interessengruppen, um die es sich hier handelt, natürlich nicht zu erwarten. Erst wenn es dem Proletariat gelungen sein wird, die Sarranten des Dreiklassen-Wahlrechts zum Landtag und zu den Kommunalvertretungen niederzureißen, erst dann wird die Bahn frei sein, wenigstens die schlimmsten Auswüchse des heutigen Wohnungsbeleides zu beseitigen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. Oktober.

### Der große Monarch und der kleine Monarch.

Die Weltbegebenheit des Lippschen Erbfolgestreites tritt in ein neues Stadium. Höher interessierte die Sache etwa, wie die Betrachtung eines mittelalterlichen Burggemeines heutige Menschen in längst überlebte Zeiten versetzt. Man betrachtete lächelnd die gegenseitigen Vorhaltungen der sich erbberchtigt glaubenden Linien im Streit über die Ebenbürtigkeit der vor anderthalb Jahrhunderten verstorbenen Ahnherrinnen. Man gewahrte haumend die Schwierigkeiten, den rechten Mann von Gottes Gnaden ausfindig zu machen. Nun aber rächt die Angelegenheit zwar nicht über das Mittelalter, aber doch hinaus über das Gebiet der monarchischen Wunderlichkeiten, an denen die seltsamen Verfassungsverhältnisse des „ewigen Bundes“ der deutschen Staaten so reich sind. Der deutsche Kaiser hat mit seiner Autorität und mit seinem Machtgedot in den Lippe-Streit von neuem eingegriffen.

Als jüngst Graf Ernst verstarb, wurde das Ableben dieses Herrschers in den offiziellen Blättern der preussischen und der Reichsregierung stillschweigend übergegangen, als habe es sich um einen ganz beliebigen Sterbefall gehandelt oder als seien die Regierungs-offizien unter die Republikaner gegangen, die für Hof- und monarchische Angelegenheiten kein Verständnis besitzen. Erst spät kam der „Reichs-Anzeiger“ mit einer dürftig trockenen Meldung. Bei der Vererdigung des Verstorbenen war keine Vertretung des preussischen Königs anwesend und von einem sonst üblichen und das Mindestmaß monarchischer Solidarität bezeugenden Beileidschreiben ward nichts vernommen. Nunmehr aber zeigt sich, daß gleichwohl ein Telegramm ergangen ist, das aber zunächst weder das Wolffsche Telegraphenbureau im Auftrage der Berliner Regierungstellen, noch die Empfänger des Telegramms in Detmold zur Veröffentlichung zu bringen wagten. Welche Ratlosigkeit in den offiziellen Kreisen gegenüber diesem Telegramm herrscht hat, wird aus der Eigenart seines Inhalts einigermaßen verständlich. Das Telegramm lautete:

Kominten, 26. 9. 1904, 6.56 Am.  
Graf Lippe-Diesterfeld

Detmold.

Spreche Ihnen mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Reichslage in keiner Weise angeklärt ist, kann ich eine Regenshaftübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen.

(gez.) Wilhelm, L. R.



Diese Einmischung des Kaisers in die Lippsche Thronfolgefrage zeigt zunächst das große Interesse, das er der Angelegenheit schenkt. Das Interesse ist begründet. Nicht etwa deswegen, weil der Schaumburger Thronanwärter, der seine Ansprüche gegen den Grafen Regenten Leopold erhebt, der Schwager des Kaisers ist, sondern weil natürlicherweise die geordnete Folge auf deutschen Thronen für den preussischen König und deutschen Kaiser eine gewichtige Angelegenheit bedeutet.

So begründet aber diese Anteilnahme des Kaisers am Lippschen Erbfolgestreit, so fordert sein Eingreifen gleichwohl auch diejenigen zu einigen Betrachtungen heraus, welche die geschichtliche Bedeutungslosigkeit monarchistischer Ebenbürtigkeitshistorien kennen.

Die einleitenden Worte des Telegramms, die dem Sohne des verstorbenen Regenten das Beileid des Kaisers ausdrücken sollen, sind nicht ganz so intim und warmherzig, wie es sonst unter Monarchen geübt wird. Sie erscheinen wie ein unvermeidlicher Neben- gang, um das zu sagen, was die weiteren Sätze des Telegramms enthalten. Doch das Maß des Beileids ist Sache persönlicher Neigung oder Abneigung. Die Deffinitivität geht nur die verfassungsmäßige Seite der Angelegenheit an. Verfassungsmäßig aber sind bekanntlich der König von Preußen, der König von Bayern, der Großherzog von Baden und so fort alle deutschen Bundesfürsten, auch der Fürst des winzigen Lippe Gleichberechtigte. Wenn auch einst Preußen als die stärkere Macht Throne umwirft und Länder annektierte, so beruht doch die jetzige Reichsverfassung auf der Gleichberechtigung der feierlich verbündeten deutschen Fürsten. Demnach scheint auch jetzt die formale Gleichberechtigung gottbegnadeter Fürsten von dem freien Willen irdischer Kräfte gefährdet zu sein. Der große Monarch verweigert dem Kleinen die Anerkennung — das ist der Sinn des Telegramms.

Diese Verweigerung kann jedoch nach deutschem Staatsrecht als rechtlich zulässig nicht gelten. Graf Ernst ist Regent in Lippe kraft Erwählung von der Regierung des Landes in Uebereinstimmung mit der Vollvertretung anerkannter Rechte. Niemand kann daher die Regentenschaftsübernahme nicht anerkennen wollen. Man kann sie bestreiten und ein besonderes Gericht fordern, wie es unter Vorsitz des Königs von Sachsen über den Anspruch des Vaters des jetzigen Regenten getagt und zu dessen Gunsten entschieden hat, aber man kann nicht von vornherein die Anerkennung verweigern, als wäre bereits zumungunsten des Regenten und zugunsten des Schaumburger Prä- tendenten entschieden. Nichts anderes besagt aber das Telegramm des Kaisers, indem es zugleich die Vereidigung des Militärs auf den neuen Landesherren ablehnt.

Als die Nachricht zuerst eintraf, daß die in Detmold garnisonierenden Truppen nicht auf den neuen Landesherren vereidigt werden sollten, mußte zunächst vermutet werden, der preussische Kriegsminister habe die Soldaten in die peinvolle Lage gebracht, des Landesherren entbehren zu müssen. Wenn morgen in Lippe-Detmold die Revolution ausbricht, so ist das Militär nicht einmal verpflichtet, seinem Landesherren Schutz zu leisten. Jetzt aber zeigt sich, daß der Kriegsminister ebenso wenig an diesem Telegramm beteiligt war wie der Reichskanzler Graf Bülow. Das Telegramm entbehrt der ministeriellen Gegenzeichnung. Es ist ergangen als eine persönliche Handlung des Kaisers, es enthält aber eine über alles Persönliche hinausgehende staatsrechtliche Weisung. Es ist daher nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Art seiner Ausfertigung nicht in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Verfassung. Der Kaiser übersah, daß er nicht eine Person wie andere, sondern daß er staatsrechtlich gebunden ist an die Gegenzeichnung verantwortlicher Minister, gegen die sich die Kritik richten kann, als gegen das Staatsoberhaupt, das sich des Schutzes durch besonderen Majestätsparagraphen erfreut. So ist das erneute Eingreifen des Kaisers in die Lippsche Thronstreitigkeit ein neuer Akt seines schnellen Geistes, der sich in früheren Ansetzungen schon oft betriet, die wiederholt zu lebhaften Diskussionen führten.

Gewichtige Probleme beginnen das deutsche Volk zu besetzen. An den Höfen raunt es geschäftig, der Tiefinn der Staatsrechts- lehre wird aufgehoben, die Zeitungen streiten erregt, gewollig säumen sich monarchistische Sorgen! So leidet Modeste v. Linnich, die Frau von Lippe, die deutsche Zukunft.

Bereits hat die Regierung in Lippe Stellung gegen das Telegramm des Kaisers genommen, und der Landtag, der auf Mittwoch einberufen wurde, wird sich gleichfalls heftig gegen den jetzigen Regenten stellen. In der dem Landtage übergebenen Vor- lage wird erklärt:

Der Tod Seiner Erlaucht des Grafen Ernst zur Lippe- Viefsterfeld, Regenten des Fürstentums Lippe, hat für das Land eine so ernste Lage geschaffen, daß die Staatsregierung es für ihre unabweisliche Pflicht hält, unverzüglich den Landtag zusammen- zuberufen, um mit ihm die zur Sicherstellung der Landesinteressen erforderlichen Maßnahmen zu beraten.

Der Ernst dieser Lage wird noch dadurch gesteigert, daß nach amtlicher, gestern hier eingegangener Mitteilung die Regierung des Fürstentums Schaumburg-Lippe gegen die Uebernahme der Regentenschaft durch den gegenwärtigen Regenten, Grafen Leopold zur Lippe-Viefsterfeld, bei dem Bundesrat Protest er- hoben hat, und daß Seine Majestät der Kaiser auf die Allerhöch- stenselben gemachte Anzeige von dem Tode des Grafen Regenten und auf die Meldung von der Uebernahme der Regentenschaft durch den Grafen Leopold zur Lippe-Viefsterfeld zu erklären geruht hat, diese Regentenschaftsübernahme nicht anerkennen zu können. (Es folgt der Wortlaut des Telegramms.)

Diesen Vorgängen gegenüber steht die kaiserliche Staats- regierung auf dem unerträglich klaren und festen Rechtsstandpunkte, daß alle Umgebungen gegen die Tatsache der Regentenschaft Seiner Erlaucht des Grafen Leopold zur Lippe-Viefsterfeld nach Maßgabe der Lippschen Landesgesetz- gebung an und für sich eine rechtliche Wirkung nicht zu äußern vermögen. Durch den Erlaß des Gesetzes vom 24. März 1898, betreffend eine Abänderung des Regentenschaftsgesetzes vom 24. April 1895 haben Regierung und Landtag Fürsorge auf den jetzt eingetretenen tiefschmerzlichen Todesfall getroffen, haben das Land vor neuen Erschütterungen bewahrt und hierbei in einer nach Reichs- und Landesgesetzgebung schlechthin unantastbaren Zuständig- keit gehandelt. Danach können Rechtsgültigkeit und Vollzug des Landesgesetzes vom 24. März 1898 durch keinen wie immer ge- arteten Widerspruch gehemmt werden.

Die Staatsregierung hält es dem Lande gegenüber für ihre heilige Pflicht, gegen die in den Protesten sich ausdrückende Rechtsauffassung, durch welche die Grundlagen der Reichsverfassung in Frage gestellt werden, als- bald bei dem hohen Bundesrat die energischste Ver- wahrung einzulegen und stellt es dem Landtage an- heim, sich dieser Verwahrung anzuschließen und damit Um- gebungen der Nichtachtung Lippscher Landesgesetze zurück- zuweisen.

Weiterhin wird erklärt, daß der Graf-Regent „in unbeug- samem Vertrauen auf sein gutes Recht doch sich bereit erklärt, nachmals dem Urteile eines unparteiischen Ge- richtshofes sich zu unterstellen“; als solches möge das Reichsgericht oder das preussische Kammergericht oder das bayrische Oberlandesgericht bestellt werden.

Detmold, den 5. Oktober. Der Landtag trat heute mittag zu- sammen, um drei Vorlagen zu beraten, die aus Anlaß des Regentenschaftswechsels notwendig geworden sind. In einer Vorlage protestiert die Lippsche Regierung gegen die kaiserliche Kundgebung

vom 26. vorigen Monats und spricht ihr jede Berechtigung und ver- bindliche Kraft ab und macht ihr zum Vorwurf, daß sie gegen die Grundlagen der Reichsverfassung verstoßt. Die Regierung bittet den Landtag, sich dem Protest an dem Bundesrat anschließen zu wollen und des weiteren in Gemeinschaft mit ihr dahin zu wirken, daß im Wege der Reichsgesetzgebung ein neuer unparteiischer neuer Gerichtshof geschaffen werde, um die Thronfolgefrage auf eine alle Beteiligten bindende Weise zur Entscheidung zu bringen.

Eine zweite Vorlage enthält eine Abänderung des § 8 des Gesetzes betreffend die Einsetzung einer Regentenschaft aus Anlaß des Todes des Fürsten Waldemar vom 26. April 1895. Absatz 4 dieses Gesetzes erhält folgende Fassung: Im Falle des Ablebens seiner Durchlaucht des Fürsten Alexander wird die Regentenschaft von dem Grafen Leopold von Lippe-Viefsterfeld bis zur endgültigen Ent- scheidung der neuen Thronstreitigkeit fortgesetzt.

In seiner Begründung hob Staatsminister Gobelow hervor, daß die Staatsregierung mit Bedauern von dem Telegramm des Kaisers Kenntnis genommen habe. Bei aller Untertänigkeit habe er dennoch namens der Regierung zu erklären, daß die Re- gierung fest und unerschütterlich an dem Landesgesetz, das die Regent- schaft des jetzigen Regenten Grafen Leopold festsetze, festhalte. Dieses Gesetz sei auf durchaus verfassungsmäßige Weise zustande gekommen und niemand habe das Recht, diesem Gesetz seine materiellen Kon- sequenzen zu bestreiten. Der Kaiser habe kein Recht, sich in die Lippsche Landesgesetzgebung einzumischen. Seine Kundgebungen hätten für den Staat Lippe keine verbindliche Kraft. Die Staats- regierung erwartet vom Bundesrat, daß er gegen eine Ver- gewaltigung Lippes kein Verbot erlasse und daß er sehr bald einen un- parteiischen Schiedsgerichtshof schaffen werde, der die Thronfolge- frage in gerechtem Sinne zur Entscheidung bringen werde.

Auf Antrag eines Abgeordneten wird die Vorlage an eine Kom- mission gewiesen. Die Kommission tagt morgen und Freitag findet eine neue Sitzung des Landtages statt und zwar nicht in Detmold, sondern in Lage. Dort werden die Vorlagen zur Verabschiedung kommen.

### Seinze-Männer.

Köln, 4. Oktober. (Eig. Ber.)

Am Sonntag, Montag und Dienstag tagte hier die XVI. All- gemeine Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine. Die drei Tugend- und evangelischen Pastoren, die unter diesem volltönenden Namen zusammengelassen waren, um deutsche Jugend, Ordnung und Sitte zu retten, nahmen sich in ihrer Rolle als Weltverbesserer recht wunderlich aus. Im selben Atem, wo sie sich aufspielten, als ob von ihnen das Heil der Zukunft abhängen, mußten sie eingestehen, daß sie trotz allen Vortrags so gut wie nichts erreicht haben. Die sittlichen Zustände der Gegenwart erinnern an die Zeiten des unter- gehenden Griechenlands, ja an Sodom und Gomorra — „flotte Farrer Weber (R.-Gladbach), der Führer der Sittlichkeits- vereine. Prinzipiell stehen wir beständig vor dem Nichts. Wo findet sich der reiche Mann, der uns mit einer großen Gabe aus der kläglichsten Lage heraushilft? Wenn etwas unter aller- höchster Protektion stattfindet, dann sind die reichen Leute zu haben, sonst aber nicht. Es ist zum Verzweifeln!“ — so jammerte der fromme Herr bei einer anderen Gelegenheit.

Wenn allerdings die Rettung des Vaterlandes von der Opfer- willigkeit der „besseren“ Kreise abhängig ist, dann sieht es traurig aus. Der Kaiserbericht der Konferenz weist auf eine Einnahme von 37 000 M.; davon rühren 23 000 M. aus Kollekten her, im übrigen haben beigetragen 18 Sittlichkeitsvereine 1848 M., 286 Kirchenvor- stände 3015 M., 48 Missionenvereine 2600 M. und acht Re- gierungen — 725 M. Jede Regierung hat sich also durch- schnittlich die Rettung deutscher Jugend und Sitte 90 M. kosten lassen. Die sächsische Regierung hat jede Unterstützung ab- gelehnt; wahrscheinlich bezweifelt sie unter dem Eindruck gewisser Hofereignisse an der Besserung dieser Welt!

Es ist gewiß mit der Sittlichkeit unter der vielgerühmten christ- lichen Bestimmung nicht weit her, aber in den Augen der gesalbten Männer Gottes ist die Welt noch ziemlich schlecht, als sie wirklich ist. Das Harmloseste und Angenehmste ist ihnen Laster und Sünde. „Denn es heißt in der Bibel“ usw.; und den Fluch Gottes sehen sie in der kleinsten Abweichung von der hergebrachten Ordnung. Unterhand und Entrüstung sind ihre Argumente, Kirchenzucht und Polizei ihre Erziehungsmittel. Aber so feinhörig sie sind den kleinen Sünden der Masse gegenüber, so unempfindlich sind sie gegen die großen wirtschaftlichen Schäden der Zeit, die Grundursache aller Unsitlichkeit. Nur ganz oberhin wurden einmal die Wohnungs- verhältnisse gestreift, und eine Frau mußte die eifernden Pastoren daran erinnern, daß bei der Prostitution doch auch die miserablen Löhne der Arbeiterinnen als einer der Gründe erwähnt zu werden verdienen.

Recht bezeichnend für die Männer der Wahrheit war der Um- stand, daß der Referent über die Sittlichkeit im Heere sich ausbedung, daß seine Ausführungen als vertraulich zu betrachten seien und nichts davon in die Presse käme. Und doch bemühte sich der Redner, Militäroberpfarrer Bod (Münster) nach Kräften, das Heer als eine große Erziehungsanstalt zur Sittlichkeit hinzustellen. — Farrer Weber nannte die deutsche Armee die sittlichste von allen; nur in der Marine stehe es mit der Sit- tlichkeit sehr schlecht, aber — das gehöre nicht hierher! — Bei dieser Gelegenheit erzählt man von einem der Redner, daß von der Marine-Verwaltung in Kiel amtlich ein Mittel zur Verhütung der Infektion beim Geschlechtsver- kehr empfohlen wird. Der Redner meinte, das heiße nichts weiter, als die jungen Leute der Unzucht in die Arme treiben.

Als besonderer Eiferer tat sich auf der Sittlichkeitskonferenz Farrer Philipps aus Berlin hervor. Unter Verweisung auf den Römerbrief nennt er die Homosexualität das größte aller Laster; die Ausschlagung des § 175 bedeute Straffreiheit für die widernatürliche Unzucht. Die von Natur abnorm veran- lagten Homosexuellen gehörten in die Heilanstalten, die anderen ins Zuchthaus. „Sehr richtig!“ ertönte es von den Lippen der christlichen Herren, die die Wissenschaft und Menschlichkeit mit dem Römerbrief meistern wollten.

Nicht minder radikal verfuhr Pastor Philipps gegen die Prosti- tution. Er verwirft die Bordelle und die polizeiliche Kontrolle. Nicht jedes Mädchen, das sich geschlechtlich vergibt, will er — wie gnädig! — bestrafen wissen, aber wer gewerbmäßig Unzucht treibt, gehört ins Arbeitshaus, dessen strenge Zucht allein heilen und bessern kann. Auf den leisen Einwurf der Frau Professor Krul- burg, einer Frauenrechtlerin, ob man auch bedacht habe, wieviel Mädchen aus Not zur Prostitution getrieben würden, stammelte der Herr Farrer einige dunkle Worte, die bewiesen, daß er keine Ahnung von dem Wesen der Dinge hat.

Das sind nun dieselben Leute, die morgen auf dem Kongress zur Bekämpfung der unsittlichen Literatur das große Wort führen und nach einer neuen Auflage der lex Seinze schreien werden. Es ist gut, daß ihre Ohnmacht sich auf die Dauer ihrem Unterstand gewachsen zeigt.

Zerichow. In einer Versammlung der Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und der konservativen Partei wurde der Nittergutbesitzer v. Brauchisch als Kandidat für die bevor- stehende Reichstagswahl aufgestellt. Die nationalliberale Partei hat dieser Kandidatur noch nicht zugestimmt, sondern wird am Sonntag eine Veranlassung in Burg abhalten, um wahrschein- lich eine eigene Kandidatur zu proklamieren.

Mandatniederlegung wider Willen. Die aus Schwerin ge- meldet wird, hat der konservative Reichstags-Abgeordnete für den 2. Westpreussischen Wahlkreis Schwerin-Wismar, Regierungs- rat Proesch sein Mandat niedergelegt. Die Kassierung dieses durch schärfste Wahlregeln zustande gekommenen konservativen Mandats durch die Wahlprüfungskommission des Reichstages war unzweifelhaft. Die Sozialdemokratie hat für die Nachwahl die besten Aussichten.

Ein überaus hartes Urteil fällt am Dienstag das Kriegsgericht der zweiten Marine-Inspektion in Wilhelmshaven. Der

Seizer Dr. v. Renneberg von der 1. Kompanie der 12. West- Division hatte sich wegen Urlaubsüberschreitung, Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen, Ächtungsüberlegung und Bedrohung eines Vorgesetzten zu verantworten. Er hatte am 23. Juli seinen Garnisonurlaub ganz erheblich überschritten, da er nur noch oben- drein angekommen in die Kaserne kam, erhielt er den Befehl, auf der Mannschaftsstube zu bleiben. Diefem Befehl kam er nicht nach, sondern kniepte in der Kantine weiter. Man brachte nun den angekommenen Mann auf die Mannschaftsstube zurück und gab ihm erneut den Befehl, jetzt diese Stube nicht mehr zu verlassen. Die Geister des Alkohols hatten aber den Mann schon so ergriffen, daß er sich in seiner Erregtheit hinreißen ließ, drohend einen Stuhel zu ergreifen und die alberne Redensart auszusprechen: „Wer mich ansieht, ist eine Leiche!“ Glücklicherweise befah der Mann noch so viel Selbst- beherrschung, daß er Täuschlichkeiten nicht beging.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin im Heere“ erhielt der Mann für diese Zumhuten, die er im angekommenen Zustande ausgeführt hatte, ein Jahr drei Monate Gefängnis. Wie viele Verhandlungen müssen erst begangen werden, um ein solches Strafmaß herbeizuführen? —

Halle a. S. Graf Nikolaus Pädler, Major z. D., wurde heute von dem Ober-Kriegsgericht von der Anklage der widernatürlichen Unzucht (§ 175) freigesprochen. Das Urteil des Kriegsgerichts hatte auf sechs Monate Gefängnis und Dienst- entlassung gelaftet.

Majestätskult. Vom Landgericht München II wurde der Bauer Sebastian Schunha gel wegen Verleumdung des Regenten von Bayern und wegen Körperverletzung zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Verurteilung ließ sich am 25. Juli im Gasthose „Zur Post“ in Seeshaupt hier nicht wiedergugebende Verleumdung gegen das Haus Wittelsbach aus und brachte die Person des Regenten in Verbindung mit dem Tode des Königs Ludwig. Wegen seines Benehmens an die Luft befördert, warf er den Hausknecht zu Boden und mishandelte ihn derart, daß er längere Zeit in ärztlicher Behandlung stand. Schunha gel ver- mochte auf die Anklage keinerlei Antwort zu geben, da er damals sinnlos betrunken gewesen sei. Die Zeugen bestätigten auch seine, aber nicht sinnlose Trunkenheit. Trotzdem erkannte das Gericht auf die eingangs erwähnte Strafe, welche aber die Verhandlung wegen weiterer ihm zur Last gelegter Verleumdungen des Deutschen Kaisers aus. —

### Der nordfriesische Kurs vor Gericht.

Ueber den die schleswighischen Zustände kennzeichnenden Prozeß gegen Pastor Jacobsen wird uns in Ergänzung der gestrigen telegraphischen Meldung geschrieben:

Die Flensburger Strafkammer hatte sich am 3. und 4. Oktober in vielstündigen Verhandlungen wieder einmal mit der banalen Hauptfrage des Kollisionsfalles, dem ehemaligen Pfarrer Jacobsen aus Scherrebek, zu befassen. Pastor Jacobsens Spe- zialität war es, die „nationale“ Sache in Nordfriesland durch ge- schäftliche Gründungen zu fördern. So rief er 1890 die Kreditbank, 1896 die Kunstwebeschule, e. G. m. B., in Scherrebek ins Leben. In beiden Instituten war der eifrig für Kollisions- Germanisierungspolitik, u. a. auch als „nationaler“ Reichstagskandidat wirkende Geistliche, obwohl er, wie die späteren gerichtlichen Verhandlungen ergaben, von geschäftlichen und technischen Dingen nichts verstand als betrügerische Manipulationen zur eigenen Bereicherung. Hauptmännlich und bis zu ihrem Zusammenbruch Vorsitzender des Aufsichtsrats. Die Kunst- webeschule, die als nationales Unternehmen von der Regierung finanziell unterstützt wurde, hatte bereits im Jahre 1901 eine Unter- bilanz von 13 000 M. Jacobsen und seine Gehilfen verstanden es aber, sie durch Fälschung und Verschleierungen der Bilanzen bis zum April 1903, wo der Konkurs über sie verhängt wurde, aufrecht zu erhalten. Die Regierung ließ dann Jacobsen fallen, und er wurde in Sachen dieser seiner zweiten Gründung am 27. Juni d. J. wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz und Betruges zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Am Montag und Dienstag dieser Woche wurde nun über die erste, umfangreichere „nationale“ Gründung Jacobsens, die Scherrebeker Kreditbank, zu Gericht gesessen. Neben Jacobsen sah eine andere Stütze der Germanisierungspolitik, der frühere Gendarm, nachmalige Hotelier und „Vandirektor“ Lassen in Scherrebek, auf der Anklagebank. Beide werden beschuldigt, als Vorstandsmitglieder der Kreditbank in den Bilanzen von Jahre 1900 und 1901 den Stand der Verhältnisse der Genossenschaft wesentlich unrichtig dargestellt, ferner fortgesetzt in den Jahren 1898 bis 1903 das Vermögen der Bank durch Vorpiegelungen falscher und Unterdrückung wahrer Tatsachen geschädigt zu haben, um dem Angeklagten Jacobsen einen rechtswidrigen Vermögensvorsprung zu verschaffen. Jacobsen war von der Gründung der Bank (2. Mai 1890) an bis zu seiner Amtsniederlegung im September 1903 — also noch n a ch dem Konkurs der Webeschule! — Vorstandsmitglied der Bank. Er hatte die Bank gegen eine jährliche Remuneration nach außen zu vertreten, Lassen hatte die Geschäfts- und Rechnungsführung bei einem Gehalt von 3500 M. freier Wohnung usw.

Aus den weitläufigen Verhandlungen, zu denen 35 Zeugen und drei Sachverständige geladen waren, ging hervor, daß in der ge- schäftlichen Leitung der Bank ganz unglücklich liederlich gewirtschaftet wurde. Bei den Darlehen wurde nicht auf die geschäftliche Sicherheit, sondern lediglich auf die „nationale Interzession“ des Werbers geachtet. So befanden sich unter den einzelnen Positionen der Bi- lanzen, die der Reihe nach vorgelesen wurden, eine große Anzahl so- genannter „fauler Forderungen“, für die keine Fünfen gezahlt und keine Abträge geleistet wurden. Ein Domänenpächter, der 2000 M. ohne jede Sicherheit erhalten hatte, bekam noch 500 M. dazu bezahlt mit der Weisung, er möge „wegen seines unympathischen Wesens“ aus der Gegend verschwinden; trotzdem wurde der Posten in die Bilanz als Guthaben eingetragen. Der „Vandirektor“ Lassen hatte, als früherer Gendarm, von der Buchführung keine Ahnung; Jacobsen, der gleichfalls vom Geschäft nichts verstand, unterschrieb die Bilanzen, ohne sie geprüft zu haben. Dadurch, daß die faulen Posten, die zum Teil beachtliche Summen repräsentierten, als vollwertig gebucht wurden, konnte in den Bilanzen für 1900 und 1901 noch ein Reingewinn herausgerechnet werden. Wenn Lassen von seinen Schreibern auf das Unzulässige solcher Praktiken aufmerksam ge- macht wurde, pflegte er zu erwidern: „Die müssen mit gebucht werden, sonst würde die Bilanz zu schlecht“ oder: „Ein Reingewinn muß unter allen Umständen herausgewirtschaftet werden.“

Die Regierung gab sich die größte Mühe, das zusammen- brechende Säuwinkelgeschicht zu retten. Die Bank wurde im Jahre 1901, zu einer Zeit also, wo nach der Anklage und den Sach- verständigen „Unzutunten Verschleierungen der Bilanz schon vorlagen, von einem staatlichen Revisor revidiert und unter staatliche Aufsicht gestellt. Landrat Wehner-Daderleben, der im April 1901 der Re- gierung noch von der Gewährung einer staatlichen Beihilfe, um die Jacobsen und Lassen nachgeholt hatten, abgeraten hatte, weil die Lage der Bank sehr prekar sei, gibt als Zeuge an, daß er der Bank kurz darauf, nach der Revision, von der Seehandlung 90 000 Mark verschafft habe. Außerdem vermittelte er der Bank von der Firma Leo u. Ko. in Berlin eine Anleihe von 100 000 M., ferner 65 000 M. von der holsteinischen Kreisgenossenschaft, 70 000 M. von der Haderslebener Kreisparasse.

Der Erfolg dieser Bemühungen war der, daß die Bank in den Jahren 1902 und 1903 415 000 M. Verlust hatte!

Von der Scherrebeker Kreditbank reorganisierter außer der Kunst- webeschule auch noch andere „nationale“ Gründungen, so eine Ziegelei und eine Bäckerei, die nach ähnlicher Methode betrieben wurden, wie die Bank und die Webeschule.

Wie die Bank direkt in den Dienst der „nationalen“ Politik gestellt wurde, geht aus folgenden Bemerkungen Jacobsens hervor, denen von dem Zeugen Landrat Wehner nicht widersprochen wurde. Eines Tages habe ihm der Landrat von Apenrade mitgeteilt, die dänische Zeitung „Dannevirke“ solle von der Regierung angekauft werden. Die Regierung könne aber mit Rücksicht auf die Deffinitiv- keit nicht selbst vorgehen. Deshalb solle die Kreditbank ein- springen. Jacobsen und der Landrat fuhren nach Berlin, kon-



ferierten mit dem Minister von Rheinbaben und erhielten von ihm auf die Seehandlung eine Anweisung von 70 000 M. Mit diesem Gelde sollte Jacobson für die Frau von Wildenradt-Krabbe, die die „Damenwerke“ zwar in dänischer Sprache, aber im Sinne der Regierung redigieren sollte, die Zeitung ankaufen. Da das Geld jedoch auf Konto der Kreditbank stehen sollte, nahm Jacobson auf Rat eines Rechtsanwaltes doch Abstand von diesem Geschäft.

Was die persönlichen Vorteile, die sich Jacobson zum Schaden der Bank aus seiner Vorstandstellung verschafft haben soll, anbelangt, so war sein persönliches Schuldkonto im Jahre 1902 auf 102 000 M. angewachsen. Unter anderem wurde ein Wechsel über 92 000 M. mit Jacobsons Unterschrift vorgefunden, für den dieser keine Sicherheit geben konnte. Er bot zwar Pfandbriefe, die seiner Frau gehörten, als Garantie an, es stellte sich jedoch heraus, daß er gar keine Erlaubnis zum Verpfänden derselben besaß.

Der letzte Abschnitt der Beweisaufnahme suchte den Anteil, den die anderen, teils privaten, teils „nationalen“ Unternehmungen des betrieblichen Postens am Zusammenbruch der Kreditbank hatten, festzustellen. Alle diese Gründungen sind jedoch derart in einander verflochten, daß sich vielfach die Sachverständigen selbst nicht auskennen und mit einander in Widerspruch geraten. So figuriert allein die Weichschule im Guthabenskonto der Bank mit 45 000 M. Eine dem Pastor Jacobson gehörende Klappenzuchtanstalt ist gleichfalls in der Buchführung mit der Bank verknüpft.

Trotz aller dieser, Jacobsons Geschäfte schwer belastenden Momente gelangte die Strafkammer bezüglich seiner Person zu einem freisprechenden Erkenntnis, während sein Mitangeklagter Lassen wegen unrichtiger Bilanzierung in zwei Fällen zu 600 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Der Staatsanwalt hatte gegen beide je zehn Monate Gefängnis beantragt.

Die Freisprechung Jacobsons ist wohl in erster Linie eine Wirkung jener Feststellungen der Beweisaufnahme, die darstehen, daß für den Schererebel Zusammenbruch ganz andere Stellen als der völlig geschäftsunkundige Leiter der Bank verantwortlich zu machen sind. Diese wahren Schuldigen werden denn auch, wenn sie auch der gerichtlichen Verantwortung entzogen sind, als die moralisch Verantwortlichen auch in diesem neuesten nord-schleswigschen Kontrollprozeß von der gesamten am Flüßlerfluß nicht beteiligten öffentlichen Meinung in Nordschleswig betrachtet.

## Husland.

### Keine Neu-Einberufung der Haager Friedenskonferenz.

Newyork, 5. Oktober. Nach einem Telegramm der „Newyork World“ aus Washington haben die von den Vertretern der Vereinigten Staaten in Europa angestellten nicht offiziellen Nachfragen den Präsidenten Roosevelt die Überzeugung gewonnen lassen, daß die gegenwärtige Zeit nicht geeignet sei, Aufforderungen zu einer neuen Friedenskonferenz ergehen zu lassen. Die Angelegenheit werde deshalb bis zur Beendigung des russisch-japanischen Krieges verschoben werden. Sollte Roosevelt denn Präsident sein, so werde er Einladungen zu einer solchen Konferenz in den Vereinigten Staaten ergehen lassen; denn wegen der Kosten, die eine solche Konferenz verursachen werde, wolle man nicht verlangen, dieselbe im Haag abzuhalten. Die Vorbereitungen würden ein Jahr in Anspruch nehmen.

So ist's recht. Wenn man die „Friedenskonferenz“ nach dem Kriege einberuft, vermeidet man wenigstens alle Reibungen. Daß eine „Friedenskonferenz“ nur in einer Zeit ungetrübtesten Friedens tagen darf, besagt ja schon ihr Name! —

## Oesterreich-Ungarn.

### Der Wahlrechtskampf in Mähren.

Brünn, 3. Oktober. Heute Abend fand im Nebensaal auf dem Pratermarkt eine ungeheure Massenversammlung statt, in der der Ruf nach dem Wahlrecht für den Landtag und die Gemeindevvertretung laut erscholl. Im Saale sprachen Kemeč aus Prag und Dr. Ujech, auf dem Platze vor dem Saale die Abgeordneten Eldersich und Hrbek. Die Redner kritisierten scharf das bestehende Wahlrecht und das Verhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse nach Einführung des Wahlrechtes. Ihre Ausführungen klangen in die Aufforderung aus, den Kampf bis zum äußersten fortzusetzen und von allen Mitteln Gebrauch zu machen, die geeignet sind, die Erfüllung der gerechten Forderung der Arbeiter herbeizuführen. Die Redner wurden wiederholt von Weislaufsstürmen unterbrochen.

Nach Schluß der Versammlung zogen die Arbeitermassen durch die innere Stadt, Kampfeslieder singend und rote Fahnen schwingend. Es war eine der gewaltigsten Demonstrationen, die seit der Badenzeit stattgefunden hatten. An dem Zuge nahmen 10 000 bis 12 000 Personen teil.

Dann zogen die Massen in das Arbeiterheim, wo mehrere Redner in feurigen Worten die Arbeiter zum Ausdauern aufforderten. Es herrschte eine begeisterte Stimmung unter den Arbeitern. —

## Italien.

### Ein Gesetz über den Gebrauch der Waffen der Menge gegenüber.

Rom, den 2. Oktober. (Fig. Ver.) Während und nach dem Streik hat man mit großer Energie ein Gesetz gefordert, das den Mißbrauch von Waffen von Seiten der Polizei oder des Militärs mit schwerer Strafe bedroht. Wir hoben schon damals hervor, daß das Gesetz allein nur wenig wert ist, daß der feste Wille und die Möglichkeit der Arbeiterklasse, nachhaltig gegen Übergriffe zu protestieren, die beste Garantie für eine menschenwürdige Verwendung der Waffen sei. Wie wenig das Gesetz allein wert ist, wußten wir damals freilich noch nicht, weil wir nicht wußten, daß das ersuchte Gesetz seit fünf Jahren bereits besteht.

Die Ausführungsbestimmungen über den Landesdienst der Truppen (Truppen im Dienst der öffentlichen Sicherheit) vom 6. Januar 1899 sehen fest, daß die Truppen nur dann der Menge gegenüber von der Waffe Gebrauch machen dürfen, wenn die Menge selbst bereits von Feuerwaffen Gebrauch gemacht hat. (Bei keinem der zahlreichen Konflikte war das der Fall). Sie bestimmen ferner, daß dem Gebrauch der Schußwaffen ein Vorwarnschuß vorangehen muß, der nicht ohne vorherige dreimalige laute Aufforderung zum Zurückziehen erfolgen darf. Wer diesen Bestimmungen entgegenhandelt, wird nach dem Militärstrafgesetzbuch bestraft. Dies bedroht den mißbräuchlichen Gebrauch der Waffe mit einem Minimum von fünf Jahren Zuchthaus, falls eine Person verwundet würde, mit der Todesstrafe, wenn der Mißbrauch den Tod eines Menschen zur Folge hatte!

Das Gesetz war also da und trotzdem ließ Giolitti den Carabinieri Centanni, der in Candela auf eine unbewaffnete Menge schuß, desorieren, obwohl ein Prozeß dargetan hatte, daß der Wutsturm niedergebietet war, um besser auf die Bleiehenden schießen zu können. Heute, wo man oft sagen hört, daß Giolitti persönlich keine Verantwortung für die Arbeitermorde trifft, ist es gut, an den Fall Centanni zu erinnern.

Ein Gesetz brauchen wir also nicht, weil wir es schon haben. Wir brauchen eine gut organisierte Arbeiterklasse, die die Regierung zu zwingen vermag, auch die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetze zu befolgen. —

## Die autonomen Zirkel.

### Rom, 2. Oktober. (Fig. Ver.)

Wie wir telegraphisch berichteten, haben die Mailänder autonomen Zirkel ihre Verknüpfung mit der offiziellen Parteioffiziation Mailands abgelehnt. Sie begründeten diese Ablehnung in folgender Tagesordnung:

„Die Versammlung betont von neuem ihre vollständige Ueber-einstimmung mit den Bestrebungen und den Methoden der sozialistischen Partei Italiens, wie sie von den Parteitagungen sanktioniert wurden und ihre Aktionen zehn Jahre hindurch bestimmten; sie bekennet ihre geistige Einheit mit der sozialistischen Partei Italiens; sie hebt hervor, daß in ihren Handlungen und in ihrer Agitation die Federazione Sozialista Milanese von einem amorphem und revolutionären Kurgetwerkshaftertum geleitet ist, das dem sozialistischen Geist widerspricht. Deshalb erneuert die Versammlung drei Delegierte, die sich in Gemäßheit dieser Tagesordnung nach Rom begeben sollen, um der Parteileitung die oben angeführten Bedingungen vorzustellen und von ihr ein direktes Urteil über die moralische und politische Unvereinbarkeit der Aktion der Federazione und der autonomen Gruppen zu fordern, damit die Parteileitung gegenüber diesem unvereinbaren Gegenstande die Mittel anrate, um abzuweichen.“

Der Vortwurf des Kurgetwerkshaftertums stützt sich auf eine Tagesordnung der Federazione und auf Erklärungen Labriolas in der „Avanguardia“, die betonen, daß die sozialistische Funktion immer mehr von den politischen Sonderorganisationen auf die Gewerkschaften übergehe. Demselben Gedanken gab übrigens auch Turati vor zwei Jahren Ausdruck.

Allgemein wird dieser am letzten Termin erhobene Einwand als Vorwand bezeichnet. Es ist fraglich, ob der Parteivorstand trotzdem mit dem 30. September die nicht wieder eingetretenen autonomen Zirkel als ausgeschlossen erklärt oder durch das neu eröffnete Verfahren den Termin für verlängert ansieht. —

## Dänemark.

Der dänische Reichstag wurde am Montag wieder eröffnet. Bei der Konstituierung des Folketings trat die Spaltung innerhalb der Linkenpartei sehr deutlich zu Tage. Schon in der vorhergegangenen Fraktionsbildung der Linken hatte der Juliusminister Christensen den Versuch gemacht, die Wiederwahl des bisherigen ersten Vizepräsidenten Krabbe zu hintertreiben, weil dieser Folketingsmann sich im letzten Winter entschieden gegen den Prägelenwurf ausgesprochen, und nach Sessionschluß seinen Wählern versprochen hatte, ebenso energisch gegen die Festungsbesetzungen aufzutreten. Der Antrag des Juliusministers, Krabbe nicht wieder zu wählen, wurde jedoch in der Fraktionsbildung mit 33 gegen 25 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt und in der Folketingsbildung wurde Krabbe dann mit 50 Stimmen, darunter 15 von den anwesenden Sozialdemokraten, bei 46 Stimmenthaltungen als erster Vizepräsident wiedergewählt. Dieser Mann, der in den erwähnten Punkten nur dem Programm seiner Partei getreu gehandelt hat, konnte also lediglich mit Hilfe der Sozialdemokraten sein bisheriges Ehrenamt im Folketing behalten. 17 Abgeordnete, darunter ein Sozialdemokrat, waren nicht anwesend. Unter ihnen waren mehrere Gegner des Prägelenwurfes. Daraus und aus dem verhältnismäßig günstigen Ergebnis der Vizepräsidentenwahl zu schließen, wird das Prägelenwurf wahrscheinlich auch in dieser Folketingsession scheitern. Der Justizminister will nämlich, wie behauptet wird, den Entwurf in etwas veränderter Form wieder einbringen, und zwar zunächst im Landsting. Er hat noch einige „humane“ Bestimmungen damit verknüpft und hofft offenbar noch immer, auf diese Weise dem Kulturstaat Dänemark die kulturwidrige Prägelenstrafe aufzuzwingen zu können. —

## Rußland.

### Der Prozeß gegen Kasprzak.

Der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ wird aus Warschau vom 3. Oktober gemeldet: Vor dem hiesigen Kriegsgericht fand Donnerstag und Freitag die vor zwei Monaten vertagte Verhandlung gegen die Genossen Kasprzak und Gurtmann statt. Die beiden hatten, wie noch erinnerlich ist, anlässlich der Entdeckung einer Geheimdruckerei bei der Vornahme der Hausdurchsuchung auf die Gendarmen geschossen, wobei drei Polizeioffiziere getötet und mehrere Polizisten mehr oder minder schwer verletzt wurden. Den Vorsitz führte Generalmajor Strelnikow. Zwei Petersburger und ein Warschauer Advokat teilten sich in die Verteidigung. Der Hauptbelastungszeuge, der Polizist Bohlew, sagte im Sinne der Anklage in sehr gravierender Weise gegen die beiden Angeklagten aus. Die beiden Psychiater erklärten, daß Kasprzak an unheilbarem Wahnsinn leide und blieben, obgleich der Vorsitzende sich alle Mühe gab, sie zu einem anderen Gutachten zu bewegen, bei ihren Angaben. Nach zweistündiger Verhandlung erklärte das Kriegsgericht, die Angelegenheit Kasprzak mit Rücksicht auf dessen Geisteszustand an ein Ziviltribunal mit dem Auftrage zu verweisen, zunächst abermals den Geisteszustand Kasprzaks prüfen zu lassen und entweder selbst das Urteil zu fällen oder ihn wegen unheilbaren Wahnsinns an Preußen, dessen Untertan Kasprzak ist, auszuliefern. Die Angelegenheit Gurtmann vertagte das Kriegsgericht gleichzeitig bis zur Entscheidung betreffs der Anklage gegen Kasprzak. —

## Amerika.

Die kleine Republik Panama ist höchst unzufrieden mit ihrem Schutzmachtel Oberst Sam, der ihre „Unabhängigkeit“ anerkannte, als sie Revolution machte und sich von Colombia losriß. Eine Bürger-Deputation ist in Washington angekommen, um feierlich zu protestieren gegen die von Oberst Sam jetzt beliebte Auslegung des Vertrages zwischen der großen und der kleinen Republik. In den Postämtern der Hafenstädte Panama und Colon sitzen amerikanische Beamte und nehmen die Gelder ein. Wahrscheinlich halten die praktischen Amerikaner dies für die beste Art und Weise, um sich bezahlt zu machen für die mit der garantierten Unabhängigkeit verknüpften Auslagen, für die sie aufkommen müßten. Daß die Amerikaner ihnen gleich so auf der Tasche liegen, gefällt den Panamauern natürlich nicht, und sie drohen, wenn die Beigewerde in Washington nichts nütze, daß sie einen Appell an die andern Nationen richten und das Haager Tribunal anrufen wollen. —

## Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

### Angedachte Offensivabsichten der Russen.

Dem „Tag“ wird von seinem Spezialberichterstatter gemeldet: Mukden, 5. Oktober. General Kuropatkin hat den festen Entschluß gefaßt, die letzte günstige Jahreszeit militärisch auszunutzen. Alles deutet auf die kommende Rebange für Liaujang hin. Offiziere und Soldaten hoffen, daß die Periode der Rückmärsche jetzt vorbei und die Zeit gekommen sei, wo sie dem Feinde zu Leibe gehen können. — Die Japaner hatten am 27. September zweifellos einen Angriff in drei Kolonnen beabsichtigt, über Pönschu-Bantapusa, von den Kohlengruben bei Jentai aus und längs der Kaiserstraße; daneben waren Demonstrationen am Dalinpoß und am Liausluß geplant. Sie gaben jedoch angesichts der Ueberlegenheit der Russen, die sich auf mindestens 60 000 Mann belief, den Befehl, den Offensivzug auf. Die gegenwärtige Verteilung der gesamten japanischen Streitkräfte ist folgende: General Rogi hat vor Port Arthur die 1., 8., 9. und 11. Division sowie die 1. und 11. Reservebrigade, zusammen 62 Bataillone, 9 Schwadronen, 132 Feld- und 450 Festungsgeschütze. Kuroki verfügt über die Garde, die 2. und die 12. Division, die Garde- und die 9. Reservebrigade sowie noch drei Reservebrigaden, ferner über die zweite selbständige Artillerie- und die zweite Kavalleriebrigade; das ergibt 76 Bataillone, 18 Schwadronen oder, nach Abzug einer Brigade zur Rückendeckung, 60 800 Gewehre und 2160 Säbel, dazu 278 Geschütze. Otsu-Armee umfaßt die 3., 4. und 6. Division, eine Artillerie- und eine Kavalleriebrigade, ein besonderes Detachement von einem Infanterie- und drei Kavallerie-Regimentern am Liausluß und drei Reservebrigaden, total 60 Bataillone, 26 Schwadronen oder 48 000 Gewehre, 3120 Säbel mit

252 Geschützen. Kobzu befehligt die 5. und 10. Division sowie eine Reservebrigade, zusammen 32 Bataillone, 5 Schwadronen oder 25 600 Gewehre, 1200 Säbel mit 84 Geschützen. Doch ist vielleicht auch die 8. Division, die oben vor Port Arthur angeführt war, bei Kobzus Armee. Dem die 7. Division zugeteilt ist, ist hier nicht bekannt. Die gesamte Streitmacht des Marichalls Onama wird mit Berücksichtigung dieser Truppenteile auf rund 144 000 Gewehre, 6500 Säbel und 648 Geschütze berechnet. Im ganzen haben die Japaner 13 Divisionen und 11 Reservebrigaden im Felde, dazu eine Reservebrigade in Korea. — Ueber die Gruppierung der unmittelbar an der Front stehenden japanischen Truppenkörper wird folgendes gemeldet: Der linke Flügel am Liausluß, Hunsuflüß und an der Bahn umfaßt 33 000 Mann Infanterie mit 84 Geschützen, das Zentrum bei Liaujang und Jentai 36 000 Mann Infanterie, dabei aber viele Richtschützen und 92 Geschütze, der rechte Flügel nördlich von Pönschu höchstens 10 000 Mann und 18 Geschütze; doch steht hier außerdem bei Bantapusa schwere Artillerie in starken Besetzungen. — Alle diese Angaben werden für die unmittelbar bevorstehenden Operationen die größte Bedeutung haben. Ich begehre mich nach Schachopu, 25 Werst südlich von Mukden an der Kaiserstraße.

Diese Meldung beansprucht kaum allzu großer Bedeutung. Abgesehen davon, daß noch jedesmal der Ankündigung einer russischen Offensiv die Retirade gefolgt ist: Kein ernsthaft zu nehmender Strategie kündigt in solcher Lage vorher pomphaft das an, was er zu unternehmen gedenkt!

## Die Kämpfe bei Port Arthur.

Petersburg, 5. Oktober. Ein Telegramm General Stöffels vom 23. September an den Kaiser meldet: Der vier Tage währende Sturm der Japaner ist von den heldenhaften Truppen zurückgeschlagen worden, wobei der Gegner ungeheure Verluste erlitt. Vom 19. September bis um 5 Uhr früh des 23. Beschloß der Feind uns heftig und unternahm Sturmangriffe gegen die nördliche und westliche Front der Festung und der vorgeschobenen Feldbefestigungen. Alle Angriffe des Feindes wurden noch einander abgefeuert. In seine Hände fielen zwei Feldredouten beim Tempel und der Wasserleitung, die von Verbindungswegen vollständig unbrauchbar gemacht worden waren. Die Wasserleitung selbst haben die Japaner zerstört. Der letzte Sturm auf den hohen Berg wurde heute früh 5 Uhr zurückgeschlagen. Dort hatte der Feind schon die Windungen besetzt, Maschinengewehre hinaufgeschafft und beschloß uns. General Kondratenko schickte einen Leutnant mit Sappenten und Freiwilligen unter dem Befehl eines Obersten ab, die mit Pyrophilin gefüllte Bomben in die Windungen warfen und sie in die Luft sprengten. Die Japaner flohen in panischem Schrecken, verfolgt von Freiwilligen des 5. Regiments unter einem Hauptmann. Die Verluste der Japaner betragen über 10 000 Mann. Die Truppen kämpften heldenhaft. Besonders ausgezeichnet hat sich das 5. Regiment.

Die General Stöffel unter dem 30. September weiter meldet, ist nach den blutigen Sturmangriffen vom 19. bis 23. September eine verhältnismäßige Stille eingetreten. Jetzt rückt der Feind langsam vor. Das Bombardement der Forts und der inneren Festung dauert fort. Ausfälle werden oft unternommen. Die Stimmung der Truppen ist heldenmütig. Täglich kehren aus den Hospitälern Verwundete in die Front zurück.

Die Angaben über die Verluste der Japaner sind wieder einmal mardonhaft übertrieben. Wären auch nur alle Meldungen Stöffels richtig gewesen, so hätten die Japaner allein vor Port Arthur schon ein paarmal hunderttausend Mann verloren. — Täglicher Meldungen beziffern übrigens auch die russischen Verluste bei den letzten Kämpfen auf 2000 Mann.

## Zur Kohlenversorgung des baltischen Geschwaders?

Berichtet man der „Vossischen Zeitung“ aus Kiel, daß Konzil Diederichsen sich am Sonntag nach Petersburg begeben hat, was mit der Kohlenversorgung der russischen Flotte in Zusammenhang stehen dürfte. Gleichzeitig veröffentlicht Marcel Guin im „Echo de Paris“ einen Brief, der ein Auszug aus dem Schreiben des Herrn Diederichsen an den Kontre-Admiral Moschjenski ist. Darin wird zunächst hervorgehoben, daß die Versorgung der Kriegsschiffe mit Kohle in Kiel nach den Grundregeln des Völkerrechtes zu erfolgen habe, es wird aber nicht gesagt und ist auch nicht bekannt, ob die Reichsregierung für diesen Fall besondere Bestimmungen erlassen hat oder zu erlassen gedenkt. Herr Diederichsen weist darauf hin, daß er außerhalb des Hafens und der Seegrenze alle beliebigen Mengen Kohlen liefern kann. Die englischen Häfen, die Kohlen für Kriegsschiffe liefern, verfahren genau ebenso, und die englische Regierung kann und wird sie nicht daran hindern. Die englische Admiralität gestattet nur nicht, daß eine Flotte, die direkt nach dem Kriegsschiffplan bestimmt ist, Kohle in einem englischen Hafen einnimmt. Die französische Regierung scheint die Grundzüge der Neutralität ähnlich zu verstehen wie die deutsche, vielleicht bereitet sich Frankreich sogar vor, noch etwas mehr entgegenkommen zu zeigen. Die russische Flotte soll angeblich in allen Häfen Frankreichs und der französischen Kolonien so viel Feuerung übernehmen können, wie sie will. Zwei große französische Kohlengeschäfte, zu denen das Haus Worms gehört, haben sich kontraktlich verpflichtet, in den im voraus bestimmten Plätzen der französischen Kolonien die Kohlen zur Verfügung zu halten, welche das zweite russische Geschwader des Stiles Dyzans gebrauchen könnte. Marcel Guin behauptet das wenigstens.

Es erscheint mehr als fraglich, ob diese laze Auslegung der Tendenz der betreffenden Vereinbarungen des Völkerrechtes entspricht. Aber wenn die kapitalistische Profitlust in Frage kommt, gelangt man überall zu den wunderlichsten Auslegungen völkerrechtlicher Bestimmungen!

## Partei-Nachrichten.

Drei Jahre acht Wochen und drei Tage Freiheitsstrafen sowie 887 M. Geldstrafen wurden im September von deutschen Gerichten über Genossen verhängt, die im Dienste der Partei oder der Gewerkschaften tätig waren.

Mit dem Bremer Parteitage beschäftigte sich eine Parteiversammlung in Hanau. Sie endete mit der Annahme dieser Resolution:

„Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages, namentlich auch zu den in der Angelegenheit des Genossen Schippel. Sie erklärt sich mit der Stellungnahme des Genossen Hoch in dem Falle Schippel einverstanden und hofft, daß die Verschleppungen gegen die Parteidisziplin, deren sich nicht nur Schippel, sondern auch einige andere Genossen in fälschlicher Stellung in letzter Zeit zum Schaden der Partei haben zuschulden kommen lassen, endlich einmal ihr Ende genommen haben.“

Hoch hatte ausgeführt, daß es bei dem Beschluß gegen Schippel weniger auf den Wortlaut, als auf den Sinn des Ganzen ankomme, der dahin gehe, daß die Genossen in fälschlicher Stellung sich ebenso wie jeder andere Genosse in den Grenzen der Disziplin halten und das Interesse der Gesamtpartei wahrnehmen.

Auch im sozialdemokratischen Verein in Dittensen wurde bei der Verlesung von Parteitag hauptsächlich über den Fall Schippel diskutiert. Ein vertikal seinen aus den Berichten über den Parteitag bekannten Standpunkt, während die übrigen Redner Schippels Zweideutigkeit verurteilten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Ohne Beschlußfassung und mit nur geringfügiger Diskussion nahmen die Königsberger Genossen den Bericht ihres Delegierten Braun entgegen.

Die Provinzialkonferenz für das östliche Westfalen erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Auf der Provinzialkonferenz für das Mittlere Westfalen wurden über die Zahl der im Bezirk organisierten Parteigenossen folgende



Angaben gemacht: Bielefeld 621, Schildesche 301, Sieker 272, Braackweide 85, Gadderbaum 88, Quelle 62, Lammeln 32, Drake bei Bielefeld 19, Herford 152, Emigloh 15, Salzuflen 32, Lemgo 32, Minden 47, Niesme 55, Kutenhausen 43, im ganzen 2050 politisch organisierte Mitglieder.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter wurden gewählt in: Bielefeld 9, Braackweide 3, Schildesche 2, Bauerschaft Schildesche 2, Gellershagen 2, Sieker 1, Quelle 2, Herford 2, Vlotho 1, Emigloh 2, Lemgo 5, Doringhausen 3 und Haverstadt 1. Im ganzen 35 Vertreter.

Da der Organisationsbezirk auch die Lippeschen Fürstentümer umfaßt, beschäftigte sich der Parteitag im Laufe seiner Verhandlungen mit dem Lippeschen Erbfolgestreit und nahm dazu folgende Resolution an:

„Zu dem jetzt wieder aktuell werdenden Lippeschen Erbfolgestreit erklärt der Parteitag der Sozialdemokratie des östlichen Westfalens und der Lippeschen Fürstentümer angesichts der Einberufung des Lippeschen Landtages zum 5. Oktober:

Die Sozialdemokratie protestiert gegen die Rückständigkeit der Standpunkte, von denen aus der Streit bis jetzt behandelt worden ist und weiter behandelt werden soll. Es ist von einer nicht zu überbietenden großen Komik, daß die Entscheidung darüber, wer im Anfang des 20. Jahrhunderts Herrscher von Gottes Gnaden in einem Lande sein soll, abhängt von der Verantwortung der welterschütternden Frage, ob eine Frau, welche vor 150 Jahren lebte, ebendüchtig war oder nicht. Eine vernichtendere Kritik des Prinzipes der Monarchie von Gottes Gnaden ist undenkbar.

Da aber der Einfluß der Sozialdemokratie zurzeit zu gering ist, um ihren Standpunkt, daß der Wille des Volkes allein zu entscheiden hat, zur Geltung zu bringen, einen Standpunkt, welchen zu verteidigen die liberale Bourgeoisie längst vergessen hat, so erklärt der Parteitag weiter:

Die Sozialdemokratie stellt der Frage, ob Bielefeld oder Schaumburg in Lippe regieren soll, mit ganztägiger Interessiertheit gegenüber, die sozialdemokratische Partei des Fürstentums Lippe, insbesondere die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten, haben sich daher jeder Stellungnahme für oder gegen Bielefeld oder Schaumburg zu enthalten.“

Eine neue Parteiversammlung für Leipzig ist bereits für nächsten Freitag einberufen mit der Tagesordnung: „Die Vorgänge in der Parteiversammlung am 29. September“. Zutritt haben nur legitimierte Parteigenossen.

Ein neuer Wahlverein wurde in Saarbrücken, Wahlkreis Ludenwalde, einem weit abseits des Wahlbezirks gelegenen Dorfe, gebildet. Es traten sofort 28 Mitglieder bei. Vorher hatte Genosse Jahn-Ludenwalde über den Bremer Parteitag mit besonderer Berücksichtigung des Falles Schippel referiert.

### Pölschliches, Gerichtliches usw.

— In 100 M. Geldstrafe wurde der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse Werner in Forst L., verurteilt. In dem Worte war vor längerer Zeit ein Ergebenheitstelegramm glossiert worden, das die Jägerkompagnie der Forster Schützenhilfe an den Kaiser gerichtet hatte. Werner war für diese Notiz verantwortlich und wurde deshalb wegen Beleidigung der Jägerkompagnie bestraft.

## Aus Industrie und Handel.

Der Außenhandelsverkehr Südafrikas. Bei der Beendigung des südafrikanischen Krieges wurde fast von der gesamten kapitalistischen Welt eine schnellere und gewaltigere Auffassung des südafrikanischen Geschäftslebens prophezeit. Es würde, hieß es damals, in den nächsten Jahren eine ganz enorme Einfuhr sowohl in das verwaltete Transvaal- und Orangegebiet, als in die Kapkolonie und in Natal stattfinden, und an diesem Eisenimport würde nicht England und Deutschland den größten Anteil haben. Selten hat sich eine Prophezeiung so schlecht bewährt wie diese. Der Handelsverkehr Südafrikas hat sich allerdings seit dem Friedensschluß gehoben, aber doch im ganzen in recht mäßigem Grade; und soweit eine Steigerung erfolgt ist, hat daran die Einfuhr aus Deutschland nur einen bescheidenen Anteil. Der größte Teil der Zunahme entfällt auf England und die Vereinigten Staaten von Amerika, die fast sämtliche neuen Maschinen und Werkzeuge für den Minenbetrieb geliefert haben. Deutlich ergibt sich dies aus der längst erschienenen Handelsstatistik der südafrikanischen Kolonien. Ein bis ins einzelne zuverlässiges Bild über den Anteil der verschiedenen Länder an dem Einfuhrhandel nach Südafrika läßt sich allerdings aus den zur Verfügung stehenden Zahlen nicht geben. Eine große Anzahl von Waren, außerbritischen Ursprungs gehen über England und erscheinen in den statistischen Nachweisungen als britische Einfuhr. Ferner ist darin die Einfuhr der Länder ohne Seegrenze oder solcher Länder, deren Seegrenzen nicht für die südafrikanische Einfuhr in Betracht kommen, nicht als solche gekennzeichnet. So erscheint z. B. ein großer Teil des schweizerischen und österreichischen Imports unter „Deutschland“, ein Teil der deutschen Einfuhr unter der Bezeichnung britischer Waren. Den nachstehenden Zahlen kommt also eine unbedeutende Bedeutung nicht zu; sie können lediglich den Anspruch darauf erheben, ein allgemeines, annäherndes Bild über die Verteilung der Waren nach Herkunftsländern zu geben. Nach diesen Verhältnissen waren an den Einfuhren über sämtliche Kap- und Natalhäfen in den letzten drei Jahren vornehmlich folgende Länder beteiligt:

|                        | 1901       | 1902       | 1903       |
|------------------------|------------|------------|------------|
|                        | Wb. Sterl. | Wb. Sterl. | Wb. Sterl. |
| Vereinigtes Königreich | 20 825 822 | 20 247 743 | 20 298 840 |
| Vereinigte Staaten     | 2 640 198  | 4 429 839  | 6 211 303  |
| Deutschland            | 1 117 692  | 1 739 352  | 2 247 989  |
| Belgien                | 374 736    | 633 375    | 686 336    |
| Niederlande            | 287 892    | 301 219    | 354 476    |
| Frankreich             | 215 198    | 250 695    | 236 544    |

Rußlands Getreiderente. Wie berichtet jüngst über die Getreiderente-Schätzungen der „Zorg-Prom. Gaz.“ Jetzt liegen genauere Schätzungen des russischen statistischen Zentralkomitees vor, die sich auf das gesamte europäische Rußland beziehen, also auch die in der ersten genannten Schätzung nicht berücksichtigte Erste Russisch-Polen mit einschließen. Danach sind im Durchschnitt der Jahre 1898/1902 sowie in den Jahren 1903 und 1904 folgende Erntemengen erzielt worden:

|              | Durchschnitt 1898—1902 | Ernte des Jahres 1903 | Schätzung für 1904 |
|--------------|------------------------|-----------------------|--------------------|
|              |                        |                       |                    |
|              |                        |                       |                    |
| Roggen       | 1297                   | 1343                  | 1211               |
| Winterweizen | 210                    | 244                   | 153                |
| Sommerweizen | 403                    | 543                   | 459                |
| Gerste       | 452                    | 471                   | 357                |
| Budweizen    | 60                     | 50                    | 43                 |
| Hirse        | 111                    | 98                    | 69                 |
| Weizen       | 58                     | 63                    | 44                 |
| Safer        | 605                    | 623                   | 680                |

Die Schätzungen, die eher zu günstig als zu niedrig gehalten sein dürften, zeigen, daß die diesjährige russische Getreiderente nicht nur beträchtlich hinter der des Vorjahres, sondern auch hinter den Durchschnittserträgen des Jahres 1898/1902 zurückbleibt. Unter den jetzt in Rußland bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen eine sehr ernste Sache. Der russische Bauer, der ohnehin vielfach nur eben fortgehetzt, wird den Schnäppereien noch enger angeschlossen müssen.

Vorlesungen für junge Kaufleute. In den von den Kellern der Kaufmannschaft von Berlin für das Vierteljahr Oktober—Dezember 1904 veranstalteten rechtswissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Vorlesungen beginnen:

1. am Montag, den 17. Oktober, die Vorträge der Herren Landgerichtsrat Dr. Marcus (das III. Buch des Handels-

gesetzbuch: Die Handelsgesellschaften) und Justizrat Dr. Felix Landau (Rechte und Pflichten der Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge);

2. am Dienstag, den 18. Oktober, die Vorträge der Herren Dr. Ernst Loeb (Entwicklung und Bedeutung der Großbanken) und Direktor Dr. Otto Anst (Das britische Weltreich).

Die Vorlesungen finden abends von 8—9 bzw. 9—10 Uhr im Vörsengebäude (Eingang von der St. Wolfgangstraße) statt. Anmeldungen zu denselben werden im Zentralbureau der Korporation der Kaufmannschaft, Neue Friedrichstr. 51 I, entgegengenommen.

## Gewerkschaftliches.

### Bedrohung durch einen Unternehmer.

Herrn . . .

Wir ersuchen Sie hierdurch, Ihre angefangene Arbeit fertig zu machen, da wir sonst veranlassen werden, daß Sie als Ausländer ausgewiesen werden.

Hochachtungsvoll

G. Klingmann.

Wir geben zu, daß bei einem Streit wohl auf beiden Seiten einmal über die Schur gehaunt werden kann, und nehmen es deshalb auch nicht tragisch, wenn ein Unternehmer durch Drohungen die ihre Wirkung verheißt, seinen Zweck zu erreichen sucht. Aber die Handlungsweise des Herrn Klingmann kann für ihn doch gefährlich werden, wenn nämlich Richter und Staatsanwalt Drohungen, die ein Unternehmer gegen einen streikenden Arbeiter ausstößt, ebenso bewerten wie Äußerungen von Arbeitern, die für ihre Interessen im Kampf stehen. Wenn Herr Klingmann einem Ausländer die Ausweisung, d. h. die Vernichtung seiner Existenz in Aussicht stellt, so kennzeichnet sich das nach der gegen Arbeiter beliebten Rechtsprechung als eine Erpressung, mindestens aber als ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Oder ist der Briefschreiber so sicher, daß auch ihm der Grundsat: „Wenn zwei das Beste tun, so ist es nicht das Beste“ zugute kommt?

Mag es auch eine Fäulerei sein, wenn Herr Klingmann den Eindruck zu erwecken sucht, als ob er die Ausweisung eines Streikenden veranlassen könne. Wenn man sich aber daran erinnert, wie bereitwillig sich die Polizei bei wirtschaftlichen Konflikten der Interessen der Unternehmer und Arbeitswilligen annimmt, dann versteht man wohl, daß Herr Klingmann sich der Hoffnung hingibt, die Polizei werde auf einen Wink des Unternehmers zu der Einsicht kommen, daß ein ausländischer Arbeiter, nachdem er sich an einem Streit beteiligt hat, plötzlich „lässig fällt“ und ausgewiesen werden muß.

Wir wünschen dem Herrn Klingmann nicht, daß ihm der Staatsanwalt den Prozeß macht, aber wir geben seine Handlungsweise hiermit dem Urteil der öffentlichen Meinung anheim.

### Berlin und Umgegend.

Die streikenden Musikinstrumentenarbeiter waren am Mittwoch vorläufig im Gewerkschaftshause verammelt, um den Bericht über die Situation des Streiks entgegenzunehmen. Wie mitgeteilt wurde, befinden sich 1807 Arbeiter im Streit, während 28 Fabriken mit 511 Arbeiter die Forderungen bewilligt haben. Voraussetzungen für die Einstellung der Streikenden sind nicht erheblich geändert. In einzelnen Fabriken, wo vor dem Streit keine rechte Stimmung für die Arbeitsniederlegung herrschte, sei nach dem Streikbeschluss doch in erheblichem Umfange die Arbeit niedergelegt worden, so bei Görs und Kaufmann, bei Reumeyer und anderen. Nur im Reichensteiner Betriebe wollen die Arbeiter noch die für den 10. Oktober in Aussicht gestellte Verhandlung mit dem zurzeit abwesenden Chef des Betriebes abwarten. Mit welchen Mitteln die Suche nach Arbeitswilligen betrieben wird, beweist ein Inserat, welches der Fabrikant Reumeyer in der „Volkszeitung“ erläßt. Herr Reumeyer sucht arbeitswillige Polierer und Poliererinnen, sowie ungelehrte Arbeiter, und versichert ihnen in dem Inserat: „Durch polizeiliche Maßnahmen ist den Arbeitswilligen der weitgehendste Schutz zugesichert.“ — Herr Reumeyer fühlt sich also des polizeilichen Schutzes seiner gewerkschaftlichen Interessen sicher, obgleich niemand daran denkt, den Arbeitswilligen, die er etwa finden sollte, etwas zu Leide zu tun. Die Fabrikanten stützen sich auf die Solidarität ihrer auswärtigen Kollegen. Diese Stütze ist nicht allzu sicher, denn nur 5 bis 6 auswärtige Fabriken gehören der in Frage kommenden Organisation an. Von der Aussperrung, die die Fabrikanten beschließen, hat man bis jetzt nichts gemerkt. Nun einen könnte man allenfalls als Ausgesperrten betrachten. Der war als einziger nach dem Streit in einer Werkstatt zurückgeblieben, und diesen treuen Arbeiter wies der Fabrikant mit dem Bemerkten hinaus: „Wegen Sie allein werde ich die Wunde nicht heilen.“ — Die Situation des Streiks wird in jeder Hinsicht als günstig bezeichnet.

Die Müllkutscher und Mütsfahrer von den Firmen G. und C. Scheller sind am Montag in den Ausstand getreten, nachdem verschiedene Verhandlungen seitens einer Kommission der Kutscher mit den Firmeninhabern erfolglos geblieben waren. Die Löhne der im Müllabfuhrverbe beschäftigten Kutscher und Mütsfahrer sind bis dato stets mit Rücksicht auf den Nebenverdienst, welchen die in Frage kommenden durch das „Schalen“ des Mülls verdienen, festgesetzt worden. Dieser Nebenverdienst ist den Kutschern usw. nun seit einigen Monaten und zwar auf Grund einer im Januar d. J. erlassenen Polizeiverordnung, wonach das Schalen unter Androhung von Strafen bis zu 40 M. verboten wurde, entzogen worden. Die Kutscher wurden infolgedessen mit Strafmandaten geradezu überschüttet. So hat ein Teil Kutscher innerhalb ganz kurzer Zeit für die verschiedenen Anzeigen insgesamt 80—90 M. zu zahlen. Dieselben beschließen deshalb, das Schalen einzustellen und sich durch Erhöhung des Lohnes schadlos zu halten. Sie forderten eine Erhöhung von 27 auf 33 M. für Mütsfahrer und von 30 auf 36 M. für Kutscher. Am Montag haben dann im Laufe des Vormittags Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, an welchen auch ein Vertreter des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrarbeiter (Ortsverwaltung I) teilgenommen hat. — Mit einer Lohnerhöhung von 3 M., welche die Firmeninhaber boten, erklärten sich die Ausständigen nicht einverstanden, sondern blieben auf ihrer Forderung bestehen. Die Firma G. Scheller, von welcher 63 Mann am Ausstand beteiligt waren, hat nach am Montag abend die Forderungen der Kutscher bewilligt und ist die Arbeit am Dienstag dort wieder aufgenommen worden. Bei der Firma C. Scheller ist es trotz wiederholter Verhandlungen zu einer Einigung noch nicht gekommen und dauert der Streik bei dieser Firma ununterbrochen fort. Die Firma befindet sich in größter Verlegenheit, da sie Streikbrecher erreculäverweise noch nicht gefunden hat.

Die Kutscher und Mütsfahrer von der Berliner Abfuhrgesellschaft (in Frage kommen gegen 100 Mann) sind ebenfalls um eine Lohnerhöhung von 3 auf 36 M. vorstellig geworden und hat die Direktion diese Forderung bewilligt, ohne daß es zu einer Arbeitsniederlegung kam.

Wahrung, Schuhmacher: Die Lohnunterschiede in der mechanischen Schuhwarenfabrik von L. Klein u. Co. sind auf dem Wege der Verhandlung zwischen den Fabrikanten und Arbeitern erledigt worden.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Wahrung! Alle Möbelpolierer, welche in Pianofabriken beschäftigt sind, werden hiermit aufgefordert, überall da, wo sich die Pianoarbeiter im Streit befinden resp. in Streit treten, sofort die Arbeit niederzulegen und sich beim Vorstehenden Willkürlich, Kopernikusstr. 5, zu melden.

Der Vorstand des Verbandes der Möbelpolierer.

## Deutsches Reich.

Die Buchbinder in Dresden sind in die Lohnbewegung eingekippt. Die Arbeiter der Druckereien, Kartonnagen- und Zugschiffpapierfabriken sollen folgen. Zugzug ist dringend fern zu halten.

Der Streit in der Zigarettenfabrik Jozetti zu Dresden ist bereits zu Gunsten der Arbeiterinnen beendet. Die Ursache zum Streit war folgendes: Am Sonnabend vor acht Tagen wurden sämtliche Arbeiterinnen auf die ungebührliche Weise ausgesucht, weil die Firma in m. a. M. h. t., daß sie bestohlen wurde. Die Arbeiterinnen wurden durch den Geschäftsführer, Herrn Junge, in den Keller geführt, wo sie einer Bestattung unterzogen werden sollten. Bei dieser Arbeit, die die Direktrice und die erste Baderin ausführten, wurde nicht gerade in der höflichsten Weise verfahren. Eine Arbeiterin, die gegen das Verhalten ganz energisch protestierte, wurde am Montag entlassen. Durch das Eintreten der Kolleginnen aber wurde die Entlassung rückgängig gemacht. Diesen Sonnabend wurden nun fünf Verhandlungsmittglieder gemahregelt, die sich besonders in der Vertretung der Arbeiterinteressen hervorgetan hatten. Daraufhin beschloßen sämtliche Arbeiterinnen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis sämtliche Entlassene wieder eingestellt werden, die Behandlung eine bessere wird und die Lohnabzüge wieder rückgängig gemacht werden. Ihre Sinnigkeit hatte die erhoffte Wirkung. Nach zweistündiger Unterhandlung des Vertrauensmanns des Vorstehenden der Vorortskommission und der gewählten Kommission mit dem Chef der Firma, Herrn Meier, wurden die Forderungen: Einstellung der fünf Gemahregelten, Aufbesserung des Lohnes auf zwei Sorten Zigaretten, Aufbesserung des Lohnes für die Baderinnen, Zusage humaner Behandlung durch die Direktrice und die erste Baderin bewilligt. Die jung organisierten Zigarettenarbeiterinnen haben damit einen vollen Sieg errungen.

Uebrigens war die Berliner Zentrale der Firma Jozetti von dem Ausbruch des Streiks völlig überrascht und auch über die Ursachen desselben nicht unterrichtet. Gätten die Arbeiterinnen sich nach Berlin gewandt, so wäre die Angelegenheit wahrscheinlich noch schneller geregelt, da der Firma natürlich nichts daran gelegen ist, durch solche Vorläufe ihre große Arbeiterkundschaft mißtrauisch zu machen.

Die bremischen Baugewerksmeister beschloßen die schon gemeldete Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter so lange durchzuführen, bis auch die Zimmerer die Aufnahme der Arbeit beschloßen hätten.

### Ausland.

Ein Straßenbahnerstreik ist, wie uns ein Privattelegramm meldet, in Norrköping (Schweden) ausgebrochen. Die Landesorganisation der schwedischen Straßenbahner warnt namentlich Straßenbahnfahrer davor, Anstellung in Norrköping zu nehmen, da man vielleicht von dort versucht, geübte Fahrer als Streikbrecher heranzuziehen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 5. Oktober. Wie das „Reuterische Bureau“ erfährt, hofft man noch in diesem Jahre die Grenzarbeiten der englisch-deutschen Kommission am Altmanndorfer fertigzustellen. Die Grenzkommission hatte viel mit Wölkern zu kämpfen. Unlängst wurde ein Boot der Kommission durch ein Flußpferd zertrümmert. Die Insassen vermittelten sich nur mit Mühe vor den dort zahlreich vorkommenden Krokodilen zu retten.

London, 5. Oktober. Das „Reuterische Bureau“ erfährt: Der Vertrag bezüglich Marokkos sei von Frankreich und Spanien unterzeichnet worden. Alle Einzelheiten der Verhandlungen seien der englischen Regierung mitgeteilt worden und die drei beteiligten Regierungen seien von den Bestimmungen des Vertrages befriedigt. Der Vertrag enthalte eine Reihe geheimer Bestimmungen, auf Grund deren Frankreich und Spanien eine Politik friedlicher Entwicklung verfolgen würden. Die Bestimmungen seien klar gefaßt und die kommerziellen und politischen Rechte Englands seien streng geschützt. Gegenwärtig sei keine Rede von irgend einer Aufteilung Marokkos, das unter der Souveränität des Sultans verbleibe.

Paris, 5. Oktober. (Melbung der „Agence Havas“.) Der spanische Vorkämpfer Leon y Castillo hatte heute eine Unterredung mit dem Minister des Aeußern Delcassé. Zwischen den beiden Regierungen scheint es bezüglich der Abmachungen betreffend Marokko zu einer hinsichtlich aller Punkte fast vollständigen Verständigung gekommen zu sein und die unterzeichneten Vertragsentwürfe werden wahrscheinlich Mitte der Woche in Paris ausgetauscht werden.

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 5. Oktober. (W. T. W.) Der russische Telegraphen-Agentur wird von ihrem Korrespondenten in Charkin gemeldet, daß die japanische Flotte am 2. d. Mts. auf der ganzen Linie des Humber bis zur Straße Muden—Pönshü die Offensiv ergriffen hat, aber zurückgedrängt worden ist. Vom 3. d. Mts. liegen Meldungen über kriegerische Operationen nicht vor.

Petersburg, 5. Oktober. (W. T. W.) Ein Telegramm General Staropattins an den Kaiser meldet: Auf die Frage der chinesischen Regierung hin, daß unsere Truppen in den heiligen Gärten der Kaisergräber in Hulin Wäme gefaßt hätten, besuchte ich am 29. September den Gärten und die Gräber. Die Frage ist gegenstandslos; nicht ein Baum innerhalb der Parkumfriedigung, wo alle Gräber und Gräber sich befinden, ist von unseren Truppen gefaßt worden. An der Spitze stehen Wachposten, die keine Unternehmungen hincinlassen. Die chinesischen Beamten, die jetzt die Gräber bewachen, erklärten auf mein Befragen, sie hätten keinen Grund, über die Truppen zu klagen. Die Truppen haben bei Anlegung von Positionen Bäume gefällt, um das Gelände frei zu legen, hauptsächlich aber auf dem linken Ufer des Humber. Auf dem rechten Ufer sind die Wege ausgebessert, wobei im Gestrüpp, das die Wauer der Kaisergräber umgibt, einige Duzend Bäume gefällt wurden. Der Aorpostkommandeur General Baron Stadelberg fragte dabei vorher den Kutscher der Gräber um seine Meinung, der nur bat, die Bäume innerhalb der Wauer stehen zu lassen. Zur richtigen Beleuchtung der Frage der chinesischen Regierung will ich melden, daß ich beim Besuch der Kaisergräber in Hulin bemerkt habe, daß sie unordentlich gehalten werden. Die Umfassungsmauer ist auf vielen Stellen eingestürzt und innerhalb derselben sah ich chinesische Pferde und Maultiere weiden, die durch die Löcher in der Mauer in den heiligen Gärten eingedrungen waren. Um dem ganzen die Krone aufzusetzen, ist der Kutscher des heiligen Gärten, der Wambshu Fouman, der schon sehr lange diesen Posten besetzt, verhaftet worden, da er Holz aus dem heiligen Gärten an die Einwohner Huldens verkauft hat.

Norburg, 5. Oktober. (W. T. W.) Ein russischer Hilfskrieger ist heute mittag südwärts gehend hier gestolzt worden.

Brisbane, 5. Oktober. (Melbung des „Reuterischen Bureaus“.) Hier eingegangenen Meldungen zufolge kreuzen zwei russische Kriegsschiffe auf der Höhe der Thorsday (Insel an der Nordküste von Australien).

### Portugiesische Kolonialkämpfe.

Lissabon, 5. Oktober. (W. T. W.) In der Deputiertenkammer teilte heute der Marineminister Correas mit, daß eine von dem unter dem Befehl des früheren Gouverneurs von Mosambik und Quila Kapitänens Coao Aguiar stehenden Expedition gegen die Quanhamas abgeworfene Abteilung beim Uebergang über den Amenenfluß vom Feinde überfallen und heftig angegriffen worden sei. Die aus 400 Mann bestehende Abteilung habe 294 an Toten und 60 an Verwundeten verloren. Unter den Toten seien 15 Offiziere. Die Hauptkolonne sei auch in das Feuer gekommen, habe keine nennenswerten Verluste erlitten.

### Die Pest in Brasilien.

Rio de Janeiro, 5. Oktober. (Melbung der „Agence Havas“.) Hier ist ein neues Auftreten der Pest festgestellt worden. In der letzten Woche starben 12 Personen an der Seuche, 60 Kranke befinden sich in ärztlicher Behandlung.



Neues Material zum Herero-Aufstande.

(Schluß.)

Der südwesafrikanische Farmer fährt dann in der „Allgemeinen Deutschen Universitäts-Zeitung“ fort:

... Damals, vor der Zeit Leutweins, verabsfolgten die Eingeborenen an Ort und Stelle betrügerischen Händlern ihre geübende Tracht Prügel, indem sie solche Leute über die Wagendiebstahl jagten. Probaturum est! Später, wo geordnete Verhältnisse geschaffen werden mußten, mußte dieses probate Mittel leider aufhören. Und wie segensreich hätte es sich erwiesen, wenn dieses Mittel für solche Leute Geseh geworden wäre!

In den meisten Fällen hat wohl die Polizei von den Hebergriffen nichts erfahren; denn der Eingeborene, hauptsächlich der im Felde, erträgt dumme Weise viel eher ein unangenehmes Unrecht, als daß er die Sache der Polizei zur Anzeige bringt. Und so kommen wir zum zweiten Punkte:

„Der Eingeborene vor Gericht.“

Wie viel mal hörte ich die Klagen: „Du sagst, wir sollen zur Station gehen und uns beschweren, wenn jemand uns Unrecht tut. Was hilft's? Wir sind ja nur Eingeborene, und glaubt man nicht!“ Welcher Notzorn liegt nicht für uns Weiße darin? Wenn auch die Eingeborenen die Engel nicht sind, als welche sie sich ihren Missionaren gegenüber genöhnlich vorstellen, das Empfinden hatten sie, daß ihrer Aussage, wenn überhaupt, doch nur ein verschwindend geringer Wert beigelegt zu werden pflegt. Nehmen wir zu Gunsten der höheren, mit Strafgewalt versehenen Beamten an, daß trotz dieser Klagen von ihnen Recht als Recht gesprochen wurde ohne Ansehen der Farbe. Der Angriff richtet sich wohl mehr gegen die niederen Polizeiorgane, die in Unkenntnis der Sprache bei möglicherweise noch schlechtem Dolmetscher manches auf sich laden; zudem waren oft nicht die Edelsten bei der mangelhaften Bezahlung Polizisten. Mißverständnisse und mangelndes Interesse waren die notwendigen Folgen.

Wie gesagt, die Eingeborenen empfanden, daß von vorn herein Polizisten, sofern sie in einer Auslagerzone atmeten, darunter sitzen und ihren Aussagen weniger Glauben beimessen beliebten wie denen von Weißen. ... Nur kommt zu all dem, was meines Erachtens ein Kernpunkt der Wahrung bildete, hinzu, daß in den letzten Jahren unter dem Zeichen des Alkohol liebende Individuen Eingeborene aus nichtigen Gründen wie tolle Hunde niederschossen. Statt solche Leute dauernd unschädlich zu machen durch Einsperren in eine Irrenanstalt oder in Zuchthäusern, gehen sie nach 1-2 Jahren bequemer und kostenfreier Unterstunft im Gefängnis als Gentleman wieder einher. Wo bleibt das Blut, das Blut verlangt? Diese Sühne verlangt das Hererogeseh für einen Mord und mehr oder minder kann ein Niederschießen doch nicht sein, wenigstens nicht in den Augen der Eingeborenen. Der letzte derartige Fall war der des verkrachten Kaufmanns Dietrich auf Omaruru. Statt solchen Mann nach Vollbringung seiner Tat in Haft zu behalten, ihn den Augen der Herero zu entziehen, läßt ihn der Richter auf freiem Fuße, der Gentleman arbeitet als Buchhalter der Firma Wescmann unter den Augen derer, deren Anwesenheit er erschaffen, auf Karibib weiter und findet nachher ein Gericht, das ihn — freispricht. Draußen vor der offenen Türe standen, die beteiligten Eingeborenen — die Kapitane Jaharias und Michael mit ihren Grobheuten — denn um die leidliche Tochter des Kapitäns Banju, die Frau des Stiefsohnes Jaharias handelte es sich, sie hörten, daß das Niederschlagen ungeführt bleiben sollte. Wenn aus dieses Spruches eine allgemeine Empörung nicht nur unter den Eingeborenen, sondern auch den rechtlich denkenden Weißen Platz griff, so dürfte es erklärlich sein, — die blutige Quittung, von welcher der als Staatsanwaltschaftsvertreter amtierende Distriktschef von Karibib damals gesprochen, die angesichts solcher Fälle nur eine Frage der Zeit wäre, wir haben sie drei Monate nachher erhalten. Was gilt noch die Aburteilung in höchster Instanz zu drei Jahren Gefängnis in den Augen der Eingeborenen, wenn ein solcher Zeitraum vom Tage des Mordes bis zur endgültigen Aburteilung ihrem Empfinden Raum geben konnte, daß ihre Angelegenheiten doch in anderem Lichte von den weißen Besuchern gesehen werden als die der Weißen. Wenn derartige Fälle nur Monate dauern, bis sie abgeurteilt werden, dann konnte noch von Gnad gesagt werden; ich kenne deren andere, wo Jahr und Tag verstrichen sind und sie hatten noch immer ihrer Aburteilung. Wenn ferner, was dahin gestellt sein mag, ein Besucher unvorsichtiger Weise sich dahin geäußert haben soll, man könne um eines Eingeborenen willen den Dietrich nicht unglücklich machen, dann ist jegliche Erläuterung aberflüssig. Daher die Sähe der Eingeborenen, ihre Sachen vor das Gericht zu bringen. Obmächtig stehen solchen Urteilen der Gouverneur und die Polizeiorgane gegenüber, die geballte Faust bleibt ihnen wie den Anklägern. Diese Tatsache läßt sich nicht abstreiten, sie ist zu offensichtlich, und da sollten eheliche unparteiische Männer sich nicht rühren, um der Wahrheit der Verhältnisse die Ehre zu geben! So und nicht anders steht es in Südwest, anders wird's nur, wenn den Elementen das Handwerk entschieden gelegt wird, die nur auf Raubbau bedacht sind.

Weber die Behandlung der Eingeborenen im täglichen Leben kann nur gesagt werden, daß sie viel zu wünschen übrig läßt. Aus sprachlichen Mißverständnissen erwächst zu leicht, vor allem bei Ungebildeten, die Gewalttat, und die Folge davon, das Weglaufen der Eingeborenen. Dazu kommt noch das System vieler Weißen, den eingeborenen Arbeiter ebenfalls nur auszunutzen, an dessen Wohl zu denken liegt ihnen fern. Der Eingeborene erhält seine Verpflegung, die noch mangelhaft, den Lohn bei Vieelen nicht in bar, sondern in Waren, doch lediglich nur, um auch hieran wieder zu verdienen. Das sollte der Eingeborene nicht fühlen? Sollte er Interesse an dem Gut seines Herrn nehmen, wenn ihm selbst nicht das letzte entgegengebracht wird? Ich habe jahrelang dieselben Arbeiter und sie sind treu, das haben sie in der schweren Zeit bewiesen, sie bewiesen es heute noch. Und warum? Nur weil Strenge sich mit Milde paarte, weil ich in ihnen nicht das sah, was andere sahen, den Gegenstand der Ausbeutung. ...

Ich gehe nun zum letzten Punkt der Klagen über:

„Die Farmverkäufe.“

Daß ein Kulturboll, wie das deutsche, das zur Gründung von Kolonien schreitet, nicht nur die Absicht dabei hatte, seine aufgewendeten Millionen lediglich im Sinne der Eingeborenen zu verwenden, sondern daß es von vornherein den Gedanken verfolgte, aus dem Lande noch Möglichkeit Nutzen zu ziehen, ist selbstverständlich. Allerdings hätte ich es für besser gefunden, statt der „Schubverträge“ von vornherein den Standpunkt des Stärkeren zu vertreten: Wir wollen die Kolonien als unbestrittenen Besitz der Eingeborenen nicht zu unserer freien Verfügung all das überlassen, was ihr besitzt. (1) Unter diesem Gesichtspunkte hätte damals unter Aufgebot von 2-3000 Mann die Kolonie erobert werden müssen. Wenn dies zu jener Zeit verabsäumt wurde (d. h. zurzeit der Besitzergreifung), konnte später der Gouverneur im Reichstage, wo er nur mit Versprechungen die Volkvertreter zu verlocken hatte, konnte er zur Entlohnung der Eingeborenen 3000 Mann Verpflegung verlangen? Ich glaube, man hätte im Reichstage sich nicht wenig darüber entrüstet, vor allem auch schon wegen der Frage der Notwendigkeit der Entlohnung. ... Daß Land von den Herero verkauft werden mußte, lag in dem Fortgange der Entwicklung und in dem Umstande, daß die Gesellschaften mit Landkonzessionen und im Streben nach Land zu neuer Farmen zu einem schrecklich hohen Preise anboten und die Regierung Land nur in beschränktem Maße besch. Die Art und Weise jedoch, wie sich die Farmverkäufe häufig vollzogen, sie war es mit, die böses Blut erzeugen mußte.

Gewöhnlich suchten Händler und auch sog. Kaufleute sich die Gunst der Schnapskapitäne zu erwerben, gaben ihnen bei 3-500 Pros. Verdienst Kredit, daß, wenn sie eine Abnahme gehabt hätten von dem, was sie damit für ihr Volk taten, ihnen die Haare zu Berge gestanden hätten. Waren die Kapitäne genügend in der Tüte, hatte man mit etwas Schnaps dann noch nachgeduldet und es verstanden, sich einige willige Grobheute gleichen Schlags für die Farmstücke zu gewinnen, dann wurde ein Kontrakt aufgesetzt, die Schnapskapitäne und ihr Anhang unterschrieben — und die Folge davon war eine billige Farm. Ich kenne eine Firma, die ein Viertheilung hat, wenn nicht auf gleiche Weise, so doch auf ähnliche Weise „erworben“ hatte. Ich kenne dafür andere, allerdings unparlamentarische Bezeichnungen, die hier am Plage waren. Wenn dann diese Sorte Anstiebler noch „Glad“ im Felde hatte, sei es, daß sie selbst handelten oder Händler schickten, dann konnten sie unter 20-30 000 M. Kleinverdienst jährlich ihre Bücher nicht abschließen. Bedenkt man das Kapital, das anfangs diesen Leuten zu Gebote stand, hört man jetzt, was der einzelne all dieser Leute vor dem Aufstande beisehen haben will, dann muß man sagen: „Die wertvollste, die am meisten bekannte Kolonie ist und bleibt doch Südwest“, das Land, wo Milch und Honig fließt, das Land, wo man als Schmarozker der Herero sich machen konnte. Mit diesen Leuten konnte der ostendliche Farmer, der in bar sein Stück Land kaufte, nicht in Wettbewerb treten, weil auf seinem Grund und Boden ihm die Last des baren Geldes ruhte, und er erst diesem das abringen mußte, was ihm zum Fortkommen dienen sollte. Wenn entschädigt werden soll, dann in erster Linie die Farmer, von denen die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie Nutzen zieht; denen aber, die als Händler der jenseitigen als bessere Betrüger und Gauner unter den Eingeborenen bekannt waren, keinen Heller! Diese durch eine Kommission aus der Heimat an der Hand der Polizeialten und der Kaufleute der Herero selbst festzustellen, ist leichter, als man denkt. ...

Verfammlungen.

In der Versammlung des ersten Wahlkreises erfolgte die Berichterstattung von der Brandenburger Provinzialkonferenz durch die Genossen Volkmann und Lucht. Ersterer sprach über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Umfang der seitens der Agitationskommission entfalteten Propaganda; Lucht über Presse und sonstige Verhandlungen sowie das angezeichnete Referat Stadtagens. Eine Diskussion fand hierüber nicht statt. Genosse Dr. Kronz erhielt darauf das Wort zur Berichterstattung von der Bremer Parteitag. Er erklärt, daß er auf alle Verhandlungen des Parteitages nicht so ausführlich eingehen könne und hat sich zu eingehender Besprechung die beiden wichtigsten Punkte, Parteiorganisation und Kommunalprogramm vorbehalten, aus deren Besprechung und Behandlung sich viel Neues und Interessantes ergeben könnte. Speziell das Referat des Genossen Lindemann und das von ihm im Auftrage der Partei aufgestellte Kommunalprogramm werden einen vorzüglichen Rahmen abgeben, in dem sich unsere Arbeit in den Gemeinden in Zukunft zu regeln hat. Der zweite Punkt, Organisationsstatut, zeigte schon durch die große Anzahl der eingegangenen Anträge, daß es nicht möglich sein würde, auf diesem Parteitage diese Sache zu verabschieden. Es wurde deshalb eine Kommission von 23 Mitgliedern gewählt, die spätestens drei Monate vor dem Zusammentreten des nächstjährigen Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zu unterbreiten hat. In dieser Kommission sind alle Landesstellen geeignet vertreten; besonders glänzend findet Redner die Wahl der beiden Genossen Freyhaler für Berlin und Silberfischer für die Provinz Brandenburg, da in dieser Zahl Gewerkschaft und Partei durch die besten Kräfte vertreten sind. Ueber die Kaiserliche Resolution ist nicht viel zu sagen, da sie sich fast wörtlich mit der Mündener vom vorigen Jahre deckt. Interessant bei den Verhandlungen war, daß verschiedene Gewerkschaftler scharf gegen die Arbeitsruhe zu Felde zogen. Bei den Verichten über den Amsterdamer internationalen Kongress zeigte Rebel und Bernstein in ihren Ausführungen keinerlei Abweichung über den Wert der Verhandlungen. Dömelburg blieb es vorbehalten, interessante Beobachtungen mitzuteilen über das Verhalten der Gewerkschaften der verschiedenen außerdeutschen Länder zu einander, und die Gegensätze, die dabei zu Tage traten. Das Gehalt der Parteifektüre wurde auf Antrag Weisters um 50 Mark erhöht, doch sei der Modus der Abstimmung zu laden gewesen, der zu einem Zwischenfall Anlaß gab, an dem auch zwei Berliner Delegierte beteiligt waren. Der Fall Schippel gab unseren Gegnern die Hoffnung, eine Reu-Auflage Dresden zu erhalten. Wenn nun auch zirka acht Stunden darüber verhandelt wurde, so ist der Fall doch so gelöst, daß sich kein Gegner mehr darauf berufen können. Aus den weiteren Ausführungen des Redners geht übrigens hervor, daß im Fall Schippel die beiden Delegierten des ersten Kreises nicht einer Auffassung waren, was sich auch in der heiderseitigen Abstimmung dokumentierte. — Die Kolonialpolitik-Bewilligung für den Hererokrieg und den abgelehnten Antrag Essen, sowie den Protest des pommerischen Wahlkreises gegen die Abstimmung der Faktion bei der Gesetzesvorlage, betreffend Kaufmannsgerichte zog der Redner nunmehr in den Kreis seiner Erörterung und verteidigt den Standpunkt, den der Parteitag hierbei eingenommen hat, als er beide Anträge ablehnte. — Zu der Frage des Generalstreiks übergehend, berichtet Kronz, daß derselbe allgemein einer ablehnenden Haltung begegnete, trotzdem die Ereignisse in Italien eine Versuchung für die Fremde des Generalstreiks, diese Frage zu neuer ausführlicher Besprechung zu bringen, nahe legten. Es ist nicht Aufgabe des praktischen Politikers, vorher darüber zu debattieren, was bei besonderen Veranlassungen, Aufhebung des gleichen Wahlrechts und sonstigen Gewalttätigkeiten der Herrschenden zu geschehen hat. Nur ganz außergewöhnliche Fälle können Anlaß zu einer derartigen Abwehr bieten. Die Grundlage für den Erfolg liegt aber einzig und allein in der umfassendsten Aufklärung und Organisation der Massen der Bevölkerung. Der Antrag „Schulfrage“, zu dessen Vertretung Redner beauftragt war, ist gefallen und einer Prezentation überwiegen worden. Es wäre zu wünschen, daß diese Konferenz zu einer dauernden Institution gemacht würde, Material ist reichlich vorhanden. — Antrag 92 des ersten Wahlkreises: Regelung der Gehälter der Buchhandlungs-Angestellten, fand nicht einmal die Unterstützung der Berliner Delegierten; nur die zwei Abgeordneten des ersten Kreises stimmten dafür. Der Antrag 103 der Elbinger Genossen, den auch der erste Wahlkreis zu dem stimmigen gemacht hatte, nachdem weitergehende Anträge gefallen waren, gab auf dem Parteitage zu sehr heftigen Ablehnungen seitens verschiedener Redner Anlaß: Es sei unmöglich zu verhindern, daß durch eine derartige Agitation namenloses Unglück über eine große Zahl von jungen Leuten gebracht wird. Der Vorschlag Kronz, den Antrag dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen, wurde ebenfalls von Fischer, Schöpplin und Wollenbuhr sehr entschieden bekämpft und abgelehnt. Das einzige, was von dem Antrag 105 übrig blieb, war eine Resolution, an der dem Redner besonders der Zwischenfall sehr wichtig erscheint, daß die Kameraden sich auch selbst nicht an den Verhandlungen beteiligen mögen, wie es leider so oft schon seitens der älteren Mannschaften geschehen ist und gerechtfertigt wurde. — Zum Schluß forderte der Redner die Parteigenossen auf, sich das ganze Jahr mit der Arbeit für den nächsten Parteitag zu beschäftigen und zu beraten, welche Forderungen zu stellen sind, und dies nicht solchen Genossen zu überlassen, die sich sonst an der Mitarbeit nicht beteiligen, aber am Tage der Parteitags-Versammlung erscheinen und nun oft Anträge produzieren, die dem Parteitag, wenn sie Unterstützung finden, nur unnütze

Arbeit machen. In der Diskussion tabelte zunächst Schippel, daß Kronz gegen die Rebel-Resolution, Schippel betreffend, gestimmt hat, so daß zwischen den beiden Delegierten des Kreises eine Spaltung bestand. Guttman wunderte sich, daß über den Antrag 105 seitens Rebels und anderer Delegierten in einem solchen Schlußverfahren hergezogen wurde, und machte seinen Unwillen darüber heftig und in längeren Ausführungen kund. Er ist auch empört, daß Kronz jetzt ebenfalls den Antrag 105 fallen läßt, während er vor dem Parteitag wesentliches nicht dagegen vorgebracht hätte. Auch in der Frage des Generalstreiks sieht G. auf dem Standpunkt, daß es wohl notwendig sei, denselben zu debattieren, und daß wir besonders aus den Vorkängen in Italien unsere Lehren zu ziehen hätten. Genosse Dr. Karl Liebknecht sieht ebenfalls im scharfen Gegensatz zu den Ausführungen des Referenten, besonders in bezug auf den Antrag 105. Wenn auch die Behandlung dieses Antrages auf dem Parteitage eine ganz zweckmäßige war, was er im Gegensatz zu Guttman gern anerkennt, so sei doch unverständlich, daß sein Eventualantrag so schön behandelt wurde. Er müsse seitens der Delegierten total mißverstanden worden sein, oder die scharfen Worte Fishers und der anderen Redner haben ihnen in den Gliedern gestekt. Eingehend beschäftigte sich Redner nochmals mit dem Inhalt und Wert der bezüglichen Anträge und Debatten. Wichtiger noch als dieser Antrag war die Generalstreikfrage. Auch hier wendet sich G. gegen Kronz Stellungnahme und verteidigt sich dabei auf die Verhandlungen des Hererokrieges Parteitages. Auch er besteht auf die Notwendigkeit der Propagierung dieses Kampfmittels und weist darauf hin, daß die Gewerkschaftler sich verschiedentlich energisch dagegen ausgesprochen haben und uns gegebenen Falls im Stiche lassen könnten, wenn die Frage der Anwendung an uns herantreten würde und uns unvorbereitet fände. Uebrigens unterscheidet Redner scharf zwischen Generalstreik und politischem Massenstreik, welsch letztere Bezeichnung die richtigere und für die politischen Organisationen in Frage komme. Agitation und Organisation seien wohl Waffen, denen aber in besonderem Maße noch eine stärkere Waffe zur Seite stehen müsse, und das sei der Massenstreik. Eine Perspektive für die Zukunft sei diese Idee, von der alle Organisationen durchzuführen werden müssen, dann hat der Bremer Parteitag segensreich gewirkt. Vohln beantragt, sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden zu erklären, während ein Antrag Steuermann sich die Mißbilligung der Behandlung des Antrages Liebknecht, betreffend die antimilitaristische Propaganda unter der Jugend, vorbehielt. — Im Schlußwort geht Genosse Dr. Kronz in recht ruhiger und sachlicher Weise auf die Angriffe der Vorredner ein und widerlegt vor allen Dingen die Ausführungen, die auf die guten Erfahrungen mit der sozialistischen Jugendzuegung in Oesterreich hinweisen. Er wendet sich nochmals gegen die Abstimmung des Massenstreik in laugem Vorzubereiten und zu diskutieren. Nur Agitation und Organisation sind unsere Waffen.

Nach persönlichen Bemerkungen Guttmanns und Dr. Karl Liebknechts wird der Antrag Vohln angenommen, durch welchen sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt.

Zweiter Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins tagte in der Vohrbrauerei. Den Bericht von der Provinzialkonferenz erstattete Genosse Reimann, der einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen der Konferenz gab. Denzel, der in der Diskussion das Wort nahm, wünschte, daß sich die Berliner Delegierten mehr an den Debatten, besonders bei der Organisationsfrage, beteiligten hätten, um die Ansichten der Berliner Parteigenossen zu vertreten, die ja doch hauptsächlich das Feld für die Agitation in der Provinz aufbringen müßten. Eine Zentralorganisation für die ganze Provinz hält der Redner nicht für angebracht, wohl aber eine Realisation der einzelnen Kreise. — Nachdem noch Dinge zu diesem Punkte gesprochen hatte, nahm die Versammlung die Berichte der Delegierten vom Parteitage entgegen.

Schneider, der über die drei ersten Punkte der Tagesordnung berichtete, gab eine Uebersicht über die Verhandlungen und bemerkte, daß die Delegierten des Kreises für Antrag 105, eine besondere Agitation unter der militärpflichtigen Jugend zu entfalten, nicht stimmen konnten, weil der Antrag, wenn er angenommen worden wäre, voraussichtlich bald wieder hätte aufgehoben werden müssen.

Antik referierte über den parlamentarischen Bericht, die Kaiserliche und die Kommunalpolitik. In der Debatte über den parlamentarischen Bericht seien drei Punkte hervorgetreten: Die Haltung der Faktion zum Hererokrieg, die Stellung des Pommerischen Provinzialtages zu den Sozialgesetzten und die Angelegenheit Schippel. — In der Herero-Angelegenheit habe sich der Parteitag mit der Haltung der Faktion einverstanden erklärt. Redner bemerkte, daß er persönlich hierin anderer Ansicht sei. Er glaube aber, daß die Kritik, welche die Stimmhaltung der Faktion gefunden hat, dazu beitragen werde, daß die Faktion künftig in allen derartigen Fragen von vornherein eine Haltung einnehmen werde, die unserer Stellung zur Kolonialpolitik entspricht. — Die Gründe, welche höchsten namens des Pommerischen Provinzialtages dafür anföhre, daß wir für eine soziale sozialpolitische Gesehe zu stimmen hätten, seien nicht neu, sie seien von unseren Gegnern oft geltend gemacht worden. Dieser Standpunkt sei ein rüßständiger, den wir und nicht zu eigen machen dürften. — Ausführlischer ging der Redner auf den Fall Schippel ein. Er erläuterte die Entstehung desselben und sagte dann mit Bezug auf den Beschluß des Parteitages: Es gebe Leute, welche hoffen, daß Schippel aus dem Reichstagsvotum, welches ihm der Parteitag erteilte, die Konsequenzen ziehen werde. Er, Redner, habe in dieser Hinsicht eine andere Meinung von Schippel. Was er zu dieser Angelegenheit in Bremen sagte, halte er aufrecht. — Ueber die Kaiserliche brauche er nicht weiter sagen; der Beschluß sei so angefallen, wie er der Ansicht der Mehrheit der Parteigenossen entspreche. — Die Kommunalpolitik sei wegen der vorkürzeten Zeit in der Debatte sehr kurz behandelt worden. Gegen die Resolution Lindemann ließe sich manches sagen. Wenn sie zum aktuellen Parteiprogramm erhoben werden sollte, dann würde wohl mancher Parteiort Bedenken gegen die Durchführung erheben haben. So kurz die Verhandlung über diesen Punkt auch war, so habe sie doch gezeigt, daß wir auf dem Gebiete der Kommunalpolitik noch viel zu lernen haben. — Auch im allgemeinen sei die theoretische Schulung und systematische Bildung unserer Parteigenossen notwendig. Zu unseren jetzigen Führern könnten wir ja mit Vertrauen aufblicken. Es könne aber die Zeit kommen, wo andere Leute die Führung übernehmen, denen wir nicht mehr unbedingt vertrauen können. Für diesen Fall müßten die Parteigenossen durch gründliche Bildung befähigt werden, sich über alle wichtigen Fragen ein eigenes Urteil zu bilden, so daß sie nicht mehr nötig haben, den Führern mit blindem Vertrauen zu folgen.

Der dritte Delegierte, Friß Karl, besprach die übrigen Punkte der Tagesordnung des Parteitages. Dann folgte die Diskussion.

Schneider ergänzte seinen Bericht noch, indem er die Haltung der Delegierten des Kreises zu der Erhöhung des Gehaltes der Parteifektüre begründete. Die Delegierten hätten ihre Erklärung: Sie würden bei einem anderen Abstimmungsmodus gegen die Gehaltserhöhung gestimmt haben, deshalb abgegeben, weil sie wissen, daß die Berliner Genossen die Gehaltserhöhung, weil sie unermutet kam, nicht beivilligt haben würden. Persönlich sei er dafür, daß die Sekretäre wirtschaftlich gut gestellt werden, er meine aber, die Kontrolleure hätten den Antrag früher stellen sollen, damit die Genossen dazu Stellung nehmen könnten.

Lidke hält die zum Fall Schippel angenommene Resolution für nicht weitgehend genug. Wer so wie Schippel gegen die Grundzüge und Gesichtspunkte der Partei verstoßen habe, der dürfe keine führende Stellung in der Partei einnehmen. In solchem Führer könne die Masse der Parteigenossen kein Vertrauen haben. Redner



Hätte die Annahme der Resolution Kastenstein gewünscht. Wenn einer von den Genossen, welche die Arbeit machen, sich so gegen die Partei verhalten hätte wie Schippel, dann wäre man nicht so nachsichtig verfahren. Auch hier bedauerte sich das Wort: Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen. (Zustimmung.) — Der Standpunkt, den Kastenstein auf dem Parteitag vertrat, sei nicht eine Entgleisung eines einzelnen, sondern eine Ansicht, die von verschiedenen Parteigenossen vertreten werde. Redner ist als Handlungsgeschehe der Ansicht, daß die Fraktion richtig handelte, indem sie gegen das Kaufmannsgericht-Gesetz stimmte. — Die revisionistische Strömung sei im Gange, in den Gewerkschaften sei vom Klassenkampf kaum noch die Rede. (Widerspruch.)

Wiechel sprach ebenfalls gegen Schippel. Er, Redner, verfolge wohl, daß jemand wissenschaftlich zur Billigung von Agrarzöllen kommen kann, daß man aber mit solchen Ansichten noch Sozialdemokrat sein wolle, das verfolge er nicht. Schippel stehe nicht mehr auf unserem Standpunkte. Mit solchen Ansichten, wie sie Schippel vertritt, gehöre man nicht mehr in die Partei, aber es sei nicht anzunehmen, daß Schippel die Konsequenzen aus der Resolution Bebel-Freihaller ziehen werde. Weiter erklärte sich der Redner gegen die Stimmhaltung der Fraktion in der Herero-Frage, er verurteilte den Ton der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Siedelum und billigte nicht die Gehaltserhöhung der Parteisekretäre.

Judrian hätte ebenfalls ein schärferes Vorgehen gegen Schippel gewünscht. Was solle nun daraus werden, daß der Parteitag ein Mißtrauensvotum gegen Schippel angenommen habe, seine Wähler sich aber mit ihm einverstanden erklärt hätten. Die Erhöhung des Gehaltes der Sekretäre billigt der Redner nicht.

Er empe nahm unter anderem Bezug auf die Abweisung der Schulfrage von der Tagesordnung und bestricherte eine elementare Agitation gegen die preussische Schulvorlage. Schon damals, als diese Vorlage eingebracht wurde und die Parteien ein Kompromiß für dieselbe schlossen, hätte von unserer Seite die Agitation gegen die Vorlage einsetzen müssen. Es sei doch nicht so sicher, daß die Vorlage in dieser Session nicht mehr erledigt werden würde, deshalb müßten wir unversäglich eine lebhaftige Agitation gegen dieselbe entfalten. Weiter bestricherte der Redner die Herausgabe einer Jugendzeitung. Genosse Fischer würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er eine solche Schrift im Verlage des Vorwärts erscheinen ließe. Wenn das Werk begonnen sei, dann würden sich auch nach und nach die geeigneten Kräfte zur Mitarbeit finden, wie das auch bei anderen Zeitschriften, beispielsweise der „kommunalen Praxis“, der Fall war, um die sich während ihres Bestehens ein Stab tüchtiger Mitarbeiter gebildet habe. — Mit der Gehaltserhöhung der Sekretäre ist der Redner einverstanden. So tüchtigen und erprobten Genossen, wie wir sie in Parteivorständen haben, könne man die Gehaltserhöhung ohne weiteres gewähren. (Bravol)

Antrid äußerte sich noch zu einigen Ausführungen der Redner.

Silberschmidt trat der Ansicht Lübles, die Gewerkschaften betätigen den Klassenkampf nicht, entgegen und betonte, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit nichts anderes als Klassenkampf sei.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Bremer Parteitages sowie mit der Haltung der Delegierten des Kreises einverstanden und verpflichtet sich, für die Durchführung der Parteitagbeschlüsse einzutreten.“

Die Parteiversammlung für den dritten Wahlkreis tagte im Dresdener Kasino, Dresdenstr. 10. Ueber die Provinzial-Konferenz berichtete Genosse Lange, indem er ein zusammenfassendes Bild von den Verhandlungen gab. Diskutiert wurde hierüber nicht.

Der Bericht vom Parteitag erstattete zum Teil Genosse Karl König. In großen Zügen schilderte er den Gang der Verhandlungen bis zum Abschluß der Schippel-Debatte. Seine Ausführungen blieben rein referierend. — Genosse Rosin setzte dann die Berichterstattung fort. Er behandelte die Fragen der Organisation, Reisekosten und Kommunalpolitik, gleichfalls sich auf eine einfache Wiedergabe der tatsächlichen Vorgänge auf dem Parteitag beschränkend. — Genosse Hahn als dritter Delegierter schloß die Berichterstattung mit einer Uebersicht über die ferneren Verhandlungen. Zu dem bekannten Siedelum-Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ bemerkte Redner, er könne nicht begreifen, wie führende Parteigenossen sich dazu hergeben könnten, in einem Arbeiterblatt solche rüpelhaften Angriffe gegen andere Genossen zu bringen. Wenn das einfache Arbeiter täten, würde man sie mit Wasserjungen vergleichen.

Genosse Gehrman als erster Diskussionsredner mißbilligt, daß man den Antrag Elbing betreffs Auflösung der zur Fahne einberufenen jungen Leute in einer Weise abgetan habe, wie seinen zweiten. Im allgemeinen denke man darüber anders, als der Parteitag, ohne daß man gerade auf Liebnechts Standpunkt stehen brauche. Die Elbinger Genossen hätten mit ihrem Antrage gar nicht gewollt, daß sich die jungen Leute während der Militärzeit widersetzen. Der Parteitag hätte diesen Antrag annehmen sollen und lieber den ablehnen, der die Frage des Generalstreiks dem Parteivorstand zur Erwägung darüber, ob sie auf dem nächsten Parteitag zur Verhandlung zu stellen sei, überwie. Vor dem Parteitag habe Genosse Friedberg noch eine gewisse Abfuhr mit seinem Vorne erfahren, auf dem Parteitag hätten sich aber Schüler von ihm gefunden, die unter einer anderen Form dieselbe Meinung vertraten und die es verstanden hätten, den erwähnten Antrag durchzuführen. Es werde ja nun gesagt, der politische Massenstreik und der Generalstreik seien zweierlei. Er könne indessen keinen Unterschied finden. Verkehrt sei die auch von Liebnecht vertretene Auffassung, daß man sich wegen der Befürchtung der Wahlentziehung schon vorher nach anderen Waffen umsehen müsse. Auf die scheinbaren Erfolge der Italiener könne man sich nicht berufen. Ein deutsches Ministerium würde nicht dazu kommen, Ordr zu geben, abzuziehen vom Aufmarsch der bewaffneten Macht. In Deutschland würde im gegebenen Falle sofort das Militär requiriert werden. Er erinnere an die Erfahrungen bei der Reise, wo man das Militär in den Kasernen bereit gehalten habe. Wenn aber Genossen, wie Liebnecht mit seiner Bildung, für die Sache eintreten, so sei das geeignet, die breiten Massen zu verwirren. Mit der Stellungnahme der Kontrolleure in der Vielseitigen Angelegenheit ist Redner einverstanden. Ueber die Abstimmung der Delegierten des Kreises in der Schippel-Affäre müsse er sein Bedauern ausdrücken. Die drei Delegierten hätten geschlossen stimmen müssen, während König gegen das Amendement Freihaller gestimmt habe und die beiden anderen Delegierten dafür stimmten. Sie hätten sich vorher einigen können. Dem Redner ging die Resolution Bebel nicht weit genug. Mit Recht sei durch den Zusatzantrag Freihallers ausgesprochen worden, daß Schippel, wenn er es so weiter treibe, die Konsequenzen zu ziehen habe. Damit sei ja nicht ausgesprochen, daß Schippel alsbald sein Mandat niederzulegen hätte. Daß der Parteitag über den Antrag des dritten Berliner Kreises, bei Stichwahlen zwischen Gegnern nicht zu stimmen, zur Tagesordnung übergegangen sei, müsse entschieden gerügt werden. Es treffe nicht zu, daß man vier Jahre Zeit habe, dazu Stellung zu nehmen. Es kämen doch öfter Ergänzungswahlen vor, und dann wisse man garnicht, ob und nicht über kurz oder lang eine Reichstags-Auflösung blähe. Es sei ihm beinahe unbegreiflich, wie man über diesen Antrag zur Tagesordnung habe übergehen können. Nach dem Verhalten der Freistimmigen bei den Landtagswahlen müßten wir die Stellung einnehmen, daß wir für den Freistimmigen keine Stimmen mehr übrig hätten. — Im Falle Siedelum hätte der Parteitag noch schärfer gegen die „Leipziger Volkszeitung“ vorgehen müssen, denn schon die Stellungnahme des Blattes zu den Schiedsgerichtsurteilen in Sachen Heine, Göhre usw. habe die schärfste Verurteilung verdient. Er meine, daß die Redakteure, die jetzt aus dem Leipziger Organ herausgingen, ihm nicht von Nutzen gewesen seien und daß es in Leipzig auch ohne sie ganz gut gehen werde.

Genosse Hahn als Vorsitzender stellt fest, daß die letzte Parteiversammlung den Delegierten im Falle Schippel freie Hand gelassen habe.

Genosse Harndt ist mit dem diesjährigen Parteitag ebensowenig zufrieden, wie mit dem vorjährigen. Er habe das Gefühl, daß sich bedeutliche Zeichen von Deladenz bemerkbar machten. Die Parteitage setzten gut ein, aber was nachkommt, sei Wärme. Die Sache Siedelum-„Leipziger Volkszeitung“ sehe er von einer anderen Seite wie die beiden letzten Vordredner an. Wenn man diese andere Seite betrachte, dann sei die Stellungnahme der „Leipziger Volkszeitung“ nicht übel gewesen. Allerdings habe Siedelum die Pflicht gehabt, der Prinzessin zu helfen. In Betracht komme aber: Siedelum wohne in Berlin, kenne aber den „Vorwärts“ nicht, sondern schildere seine Tat in Jaurès Blatt in Paris, und nun werde die Sache in ganz Deutschland breitgetreten. Weitere Darstellungen gebe Siedelum im „Neuen Montagblatt“, er kenne noch nicht den „Vorwärts“. Erst als er angegriffen werde, da finde er den „Vorwärts“. Er meine, die „Leipziger Volkszeitung“ habe der Sache die Schelle umgehängt. — Auch ein Zeichen von Deladenz sei es, wenn man immer jammere, der gute Ton sei zu Grunde gegangen. Wir hätten garnicht das Bedürfnis, so auf den guten Ton zu halten. — Was die Angelegenheit Schippel angehe, so stehe er auf dem Standpunkt Bedebours. Wenn man solche Anschauungen vertritt und in solcher Weise, dann könne man keinen Platz in der Partei haben. Redner läßt sich scharf über den Genossen Schippel aus und sagt, Arbeiter würden es lumpig nehmen, wenn jemand, wie Schippel beim Handbuch, seiner eigenen schriftlichen Arbeit auf Wunsch durch Umarbeitung zu einem anderen Sinn verheße. Welchen Ausdruck die Gebildeten dafür hätten, müße er ihnen überlassen. Ueber die Frage des Generalstreiks denke er auch anders als Gehrman. Von 99 Personen werde die Frage 99 Mal verschieden aufgeführt und behandelt. Ueber eine so vieldeutige Frage müße aber auf einem Parteitag verhandelt werden. Damit liefern wir den Gegnern keine Waffen aus. Man müße Aufklärung darüber schaffen, und dies könne nur durch eine gründliche Diskussion geschehen. Für den Rekrutenantrag wäre er auch gewesen, denn die jungen Leute sollten ja nur über ihre Rechte belehrt werden. — Ueber das Verhalten der Delegierten bei der Beschlußfassung über die Gehaltsfrage der Parteivorstandsmitglieder habe er sich gewundert. Sie hätten sich melden können und sagen, 3600 M. seien genug, deswegen lehnten sie ihre Zustimmung ab. Aber nicht hinterher mit Erklärungen kommen und sich dahinter zurückziehen, daß man „keine große Staatsaktion machen“ wolle, wie Antrid sich ausdrückte.

Genosse Kräcker hätte gewünscht, daß die Delegierten des Kreises ihren verschiedenen Standpunkt in Sachen Schippel motiviert hätten. Die Drei hätten sich auch verständigen können. König habe nach Redners Meinung falsch gestimmt, indem er abweichend von den beiden anderen Delegierten gegen das Amendement Freihaller stimmte. Nach der im dritten Wahlkreis herrschenden Stimmung hätte König dafür stimmen müssen. Ebenso seien die Delegierten des Kreises in der Gehaltsfrage der Parteivorstandsmitglieder der Partei nicht einig gewesen, da Rosin sich der Erklärung von Antrid und Genossen nicht angeschlossen habe, im Gegenzug zu König und Hahn. (Nach einer Rüge des Abstimmungsmodus befragt die Erklärung: „Wir erklären deshalb, daß wir bei einem anderen Abstimmungsmodus gegen diese Erhöhung gestimmt hätten.“)

Den ablehnenden Standpunkt gegenüber der Erhöhung billigt Kräcker. Mit 3600 M. könne man als Mensch leben. Als die Gehaltserhöhung für die Unterbeamten des „Vorwärts“ von der Preßkommission abgelehnt worden sei, habe der Parteivorstand nicht Stellung genommen zu Gunsten der Beamten. Hier, wo es sich um die eigenen Leute handele, spränge man gleich von 3600 auf 4200 M. Die Delegierten hätten ihren ablehnenden Standpunkt begründen müssen.

Genosse Heilmann: Von den Seiten aus dem Richterschen Handbuch, welche Schippel in des sozialdemokratischen Handbuch übernommen hatte und die ersetzt wurden, sei festgestellt, daß sie nicht eine abweichende Meinung enthielten. Ob das Wort „lumpig“, das Harndt gebrauchte, darauf passe, müße er Harndt überlassen. Harndts Vorwürfe gegen Siedelum seien ebenfalls unbegründet. Siedelum sei selbstbetreiber Mitarbeiter von Jaurès Zeitschrift und sei auch Mitarbeiter vom „Neuen Montagblatt“. Was sei natürlicher, daß er an diese Zeitschrift und diese Zeitung sich mit seinen Beiträgen wende. Und schließlich habe sich Siedelum damals in Paris befunden und dort geschrieben. Im übrigen habe er keinen Einfluß auf das, was die Blätter sonst schreiben. — Eine dringliche Aufgabe für den Parteitag wäre es gewesen, die Schulmühsen in Preußen zu lenzeln. — Daß man über den Antrag des dritten Wahlkreises, Stichwahlen betreffend, zur Tagesordnung übergegangen sei, wäre nicht schlimm. Es sei ganz richtig, daß sich solche Beschlüsse in der Praxis nicht immer durchführen ließen. In der Rot freie der Teufel manchmal fliegen, was hier befragen wolle, in der Rot sei der Freistimm doch schließlich das kleinere Übel. — In der Schippel-Affäre wäre es das Beste gewesen, wenn sich die Delegierten des dritten Kreises der Stimme enthalten hätten, da ja Schippel von der Vereinsleitung in einer Notlage zu dem Ausschuss erregenden Vortrag veranlaßt worden sei. Die Erhöhung der Vorstandsgelder von 3600 auf 4200 M. erklärt Redner für durchaus gerechtfertigt, umso mehr, als in sechs Jahren keine Erhöhung eingetreten sei, indem allerlei Zufälle dazwischen kamen. Aufrichtig bedauert er, daß sich zwei der Delegierten des Kreises dagegen erklärt hätten, und mit Freuden habe er die nachträgliche Erklärung Königs vernommen, daß dieser durch Unterzeichnung der Erklärung Antrids und Genossen nur gegen die Form der Abstimmung habe protestieren wollen. Redner wendet sich ebenfalls gegen die „Leipziger Volkszeitung“. Es dürfe nicht sein, daß ein Parteiblatt einen Abgeordneten unserer Partei in solcher ganz unbegründeten Weise in den Schmutz ziehe. Wie solle denn Siedelum das nächste Mal seine Wahlagitation betreiben, wenn bürgerliche Blätter und Gegner sagen, ein angesehenes sozialdemokratisches Blatt schreibe, Siedelum habe nur Interesse für Prinzessinnen, Kravatten usw. Er sei der Meinung, daß der Verlust dreier Wahlkreise zum Teil mit verschuldet sei durch die Beschimpfungen, die Parteigenossen in und außerhalb Dresden gegen einander ausgestoßen hätten. Eine scharfe Reklamation der „Leipziger Volkszeitung“ bezügl. der in Betracht kommenden Personen wäre angebracht gewesen.

Genosse E. Dittmer schloß sich dem Urteil des Vordredners über die „Leipziger Volkszeitung“ an und vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß man nicht bei Polemiken den guten Ton vermissen lassen solle. Dresden habe schädigend nach allen Richtungen gewirkt. Scharfe Ausdrücke könnten mal vorkommen, aber immer sei man dem Genossen Achtung schuldig, und stets müsse das auch in der Polemik zum Ausdruck kommen. Die Entscheidung des Parteitages im Falle Schippel sei die richtige gewesen. Redner hätte gewünscht, daß die Fragen der Kommunalpolitik auf dem Parteitag etwas eingehender erörtert worden wären. Wenn auch in der Resolution die Verhältnisse der nach Zehntausenden zählenden städtischen Arbeiter berücksichtigt wären, so habe er doch in den Verhandlungen selber eine Erörterung ihrer Lage und der Maßnahmen zu ihren Gunsten vermißt.

Delegierter Hahn: Er habe für das Amendement Freihaller gestimmt, weil er der Meinung gewesen sei, daß es der Rüge in der Resolution Bebel eine Verwarnung für die Zukunft hinzufüge, ohne schon jetzt eine Mandatsniederlegung zu verlangen. Indessen glaube er, daß Resolution und Amendement denkbar seien, weshalb sie von anderen Genossen anders ausgelegt worden wären, was wieder deren ablehnende Haltung gegen das Amendement Freihaller erkläre. Zurückweisen müße er, daß der dritte Kreis schuld sei an dem „Fall Schippel“. Die Versammlung im dritten Kreise sei gewissermaßen nur das letzte Blatt in einem Stranje gewesen. Er glaube, Schippel habe nur darauf gewartet, herangeworfen zu werden. Wie im Falle Schippel werde auch hinsichtlich der Gehaltserhöhung den Delegierten des Kreises vorgeworfen, daß sie sich entzweit hätten. Ja, wo kein gebundenes Mandat vorliege, könne doch jeder nach seiner eigenen Ueberzeugung stimmen. Er meine, die Gehaltserhöhung sei mit einemmal zu hoch gewesen.

Genosse Piaskowski findet die nachträgliche Erklärung der Delegierten in der Gehaltsfrage des Vorstandes lächerlich. Sie hätten eben rechtzeitig Einspruch erheben müssen gegen den Antrag, um ihren gegenteiligen Standpunkt zur Geltung bringen zu können.

Redner hofft, daß der nächste Parteitag sowohl in der Alkoholfrage als auch in der Schulfrage verhandelt möge. Jene gehöre unbedingt zu dieser. Bevor nicht die Alkoholfrage erörtert sei, nüge auch die Erörterung der Schulfrage nichts.

Harndt bemerkt nach Schluß der Debatte persönlich, er habe bei seinen Ausführungen gegen Schippel nicht die drei Seiten aus dem Richterschen Buch gemeint, sondern die andere Umarbeitung, von der auf dem Parteitag noch gesprochen worden sei.

Karl König (persönlich): Er habe die ganze Schippel-Affäre von Anfang an verfolgt und habe schließlich Schippels wiederholte Erklärung gehört, daß er Gegner der Agrarzölle sei. Sein Gefühl habe ihn darauf geleitet, gegen das Amendement Freihaller zu stimmen, in welchem er einen politischen Todesstoß gegen Schippel gesehen habe. Er meine, man könne diesen Todesstoß unter den abwaltenden Umständen nicht einem Manne verfehen, der Großes für die Partei geleistet habe. Und er glaube, ein großer Teil von Genossen werde sich auf seinen Standpunkt stellen. Wesentlich der Gehaltserhöhung betont König in Uebereinstimmung mit einer von ihm schon im „Vorwärts“ abgegebenen Erklärung, daß er nicht prinzipiell gegen dieselbe sei und dem Genossen Antrid seine Unterschrift nur gegeben habe, um gegen die Art der Abstimmung Protest einzulegen. Eine andere Handhabung der Geschäftsführung wäre notwendig gewesen. Im übrigen hätten sich auf Dieck's Bemerkung, es melde sich niemand, gleich etwa 10 Stimmen erhoben. Es möge ja sein, daß dies nicht bemerkt wurde. Es wäre gut gewesen, wenn der Antrag vorher im Kreise zur Besprechung gelangt wäre.

Genosse St. Frij legt nochmals dar, wie er seinerzeit dazu gekommen sei, Schippel zu dem Referat zu bewegen. Schippel habe die Wahrheit gesagt, daß er in einer durch die Abreise Schippels entstandenen Notlage auf sein (Frij) Verlangen eingetreten sei.

Delegierter Rosin: Wenn Antrids Zettel (bei der Gehaltsfrage) nur ein Protest gegen den Abstimmungsmodus gewesen wäre, dann hätte er ihn auch unterschrieben. Bei einer regelrechten Abstimmung hätte er aber für das Gehalt gestimmt.

Es wurde nun die bereits gestern mitgeteilte Resolution mit großer Majorität angenommen. Damit fiel eine von Harndt eingebrachte Resolution, welche die Spaltung der Delegierten im Falle Schippel und in der Gehaltsfrage bedauerte und in Sachen Schippel die Resolution Bebel mit dem Amendement Freihaller für das Mindeste erklärte.

Die Parteigenossen des 4. Kreises waren in Scheruchs Festsaal, Müddersdorferstraße, zahlreich versammelt. Den Bericht der Provinzialkonferenz erstattete Genosse M. M. Er gab die Verhandlungen referierend wieder und forderte zu energischer Agitation unter der Landbevölkerung auf. Dann nahm Genosse Jänisch das Wort, um als Delegierter über den Bremer Parteitag zu berichten. Der Punkt „Schulfrage“ sei, obwohl von allen Rednern als wichtig anerkannt, leider für das nächste Jahr zurückgestellt worden. Die preussischen Parteigenossen müßten zu dieser Frage unbedingt Stellung nehmen. Sobald die Gesetzesvorlage nach ihrem Wortlaute bekannt sei, müsse eine Konferenz in dieser Sache stattfinden. — Den Bericht des Parteivorstandes, den Massenbericht, Preßstatistik, sowie Meißners Bericht der Kontrolleure streifte Redner kurz und gab der Erwartung Ausdruck, daß solche Fernwürfnisse, wie im Westen Deutschlands (Fall Emmel-Wahlhausen und Windhoff-Düßeldorf) sich unter den Parteigenossen nicht wiederholen möchten. Die Anträge zu Punkt „Presse“, die auch der vierte Kreis gestellt habe, seien dem Parteivorstand überwiesen worden und würden von diesem hoffentlich berücksichtigt werden. Die „Neue Welt“ sei in ihrer jetzigen Gestalt zu einseitig, bringe nur Stimmungsbilder, nichts allgemein wissenschaftliches, wie die bürgerlichen Blätter. Die Begründung einer Jugendzeitung hielt Redner für minder wichtig. Mit Recht sei der Antrag 105 (Agitation unter den jungen Leuten vor Eintritt in die Armee) abgelehnt worden. In der Alkoholfrage trat der Referent für eine vernünftige Einschränkung ein; getrauten werde und müsse ja immer werden. Wie diese Frage, so wünschte er auch die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt. Beim parlamentarischen Bericht der Fraktion kam Redner auf den Fall Schippel zu sprechen. Wenn jemand, wie Schippel, innerhalb der sozialdemokratischen Partei der heutigen Regierung in ihrer Jollpolitik recht gibt, so müsse das Proletariat insinüktiv von diesem Manne abriden. Er habe die bindenden Beschlüsse der Fraktion nicht beachtet, sich zu wenig mit den Fragen der Taktik im Interesse der Arbeiterklasse beschäftigt, dagegen zu viel mit der Theorie, und den Gegnern nur Material geliefert. Länder mit Freihandelspolitik hätten auch eine Landwirtschaf, allerdings bezügl. die englischen Großgrundbesitzer nicht die Revenuen aus den Zöllen der Allgemeinheit, wie in Deutschland; kommen daher erst an zweiter und dritter Stelle im Staat. Jetzt geht ein Staat gegen den anderen vor. Die ganze Zoll- und Handelspolitik wird nur inszeniert zur Bereicherung der herrschenden Klassen. Bebel und Kautsky hätten ja auch Schippels izzige Auffassung gehörig beleuchtet. Zum Schluß kam Jänisch noch auf das Mandat Hendrich zu sprechen, der auf eigne Kosten anwesend war. Derartige Delegationen müßten in Zukunft ein für allemal abgewiesen werden.

Genosse Jänisch, als zweiter Delegierter, referierte über die Frage der Organisation der Partei, die der Parteitag bis zum nächsten Jahre vertagt habe. Offenheit werde die Kommission, die 3 Monate vor dem Parteitag einen Statutenentwurf zur Kritik den Genossen vorzulegen habe, nützlich leisten. Eine der wichtigsten Fragen sei der Antrag 63, der die Aenderung der Delegationen verlangte, nach der Zahl der abgegebenen Stimmen der einzelnen Wahlkreise. Es würde daraus ein mehr zahlreiches Arbeiterparlament entstehen, jedoch sei der Kostenpunkt zu bedenken. Jeder der in Frage kommenden 281 Kreise müßte zu den Unkosten herangezogen werden, die heute von den großen Städten allein aufgebracht werden. Daß die Einsetzung eines Schiedsgerichtes nur auf Antrag einer Organisation geschehen kann, werde ebenfalls alle Uebelstände beseitigen. Bei der Abstimmung in der Gehaltsfrage der Sekretäre und des Kassierers sei es sehr eigenartig zugegangen; denn erfahrungsgemäß fehle es am letzten Tage an der nötigen Aufmerksamkeit. Wir beschützen den üblichen Abstimmungsmodus. Väter Wille seitens des Bureaus mag nicht vorhanden sein; aber unsere Jurufe sind überhört worden. Zur „Maffier“ haben wir die Resolution des Referenten angenommen, die sich bezieht mit dem Beschluß des internationalen Kongresses in Amsterdam. — In der sehr lebhaften Diskussion erinnerte Genosse Stumpe nochmals an den Postampel, den das Proletariat geführt habe, und wandte sich scharf gegen Schippel. Dieser habe seine Pflicht als Vertreter der Arbeiterklasse nicht getan. Es sei unwahrscheinlich, er ginge freiwillig, damit endlich diese Dinge erledigt würden. Boeksch spricht zur Organisationsfrage, gegen den „Rekrutenantrag“. Eine passe nicht für alle. Was in Belgien die junge sozialistische Garde tue, sei für Deutschland unmöglich und würde den Beteiligten Jahrzehnte Juchhaus kosten. Wichtiger sei die Jugendziehung seitens der Eltern, nicht die Aufklärung im letzten Augenblick. In der Alkoholfrage ist Redner für Mäßigkeit. Schippels jebige Sünden sind nicht so schwer, als seine vielfachen früheren Seitenstränge, aus diesem Gefühl heraus sei auch wohl die Resolution gegen ihn angenommen worden, die zu scharf sei. Er könne keine großen Kenntnisse besser verwenden. Boeksch wundert sich, daß Delegierte, die materiell besser stehen, sich zum Mundstück des Protestes gegen die Gehaltserhöhung der Sekretäre hergeben haben. —

Schlenker spricht gegen die Neutralität der Gewerkschaften, die jungen Proletarier müßten mehr zum Sozialismus erzogen werden. Zum 1. Mai müsse völlige Arbeitseinstellung eintreten. Die Waffe des Generalstreiks müsse Anerkennung finden. In Sachen der Frau Gubela ist Redner der Meinung, daß ihre Achtung nach dem Organisationsstatut nicht zuzufügen sei; seitens der Berliner Vertrauensleute sei man nicht konsequent verfahren. In der Gehaltsfrage ist Redner gegen die bewilligte Erhöhung; es hätte von der Kontrollkommission ein Antrag gestellt werden müssen.

Im Schlußwort berichtigt Genosse Jänisch den Fall Gubela. Er ersucht die Genossen, die Sache Schippel nochmals zu prüfen und ver-



Weist auf die „Neue Zeit“ und die „Sozialistischen Monatshefte“. Korrekt sei man bei der Gehaltsfrage nicht verfahren, da die Unterfrühungsfrage nicht gestellt war. Für eine Erhöhung um 300, also auf 3900 M. sei er auch zu haben gewesen.

Die Versammlung erklärt sich, wie schon berichtet, mit den Ergebnissen des Parteitag und mit der Haltung ihrer Delegierten daselbst im ganzen einverstanden.

**Äußerer Wahlkreis.** Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in Lepdeder'saal seine Generalversammlung ab, um die Dienste von der Brandenburger Provinzialkonferenz und vom Bremer Parteitag entgegenzunehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtern die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Genossen Koch in der üblichen Weise, worauf 42 Mitglieder als neu aufgenommen bestätigt wurden. Sodann gab Stange den Bericht von der Provinzialkonferenz. Allgemeine Entwürfsarbeiten erhalten aus der Versammlung, als der Redner bei Erwähnung des preussischen Kontraktbruchgesetzes die unmenschliche Behandlung und Ausbeutung der Agrarier überantworteten Waisenkinder schilderte. Eine Diskussion über den Bericht wurde nicht beliebt.

Den Bericht vom Bremer Parteitag erstatteten Zucht und Hanisch. Der erste Redner hob den ruhigen, sachlichen Charakter der Parteitagverhandlungen hervor, die in einem wohlwollenden Gegenatz zu Dresden gestanden hätten. Leider sei es nicht gelungen, die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Was die Referentenfrage anbelange, so hätten die Delegierten der Provinzen gar nicht so unrecht, sich bei dem Verlangen nach Rednern „mit Titel“ auf Berlin zu berufen, denn auch hier seien die Versammlungen mit namhaften Rednern stets besser besetzt, als wenn „Schulze aus Norddorf“ als Referent angelündigt würde. Hervorheben wollte er sodann, daß der von Liebknecht begründete Antrag 105, betreffend die Rekrutenagitation, zu großer Befriedigung fast sämtlicher Delegierten abgelehnt worden sei. In der Schuppelschen Angelegenheit hat Redner wohl für die Resolution Vebel, aber gegen das Amendement Freythalers gestimmt, weil dieses zu unklar gewesen sei und im Grunde genommen nur ein wertloses Anhängsel zur Resolution Vebel darstellt. Natürlich verurteilte er die Haltung Schuppels genau so wie sein Mitdelegierter Hanisch, der auch für das Amendement Freythalers gestimmt hat. Wenn aber Vebel meinte, Schuppel sei es gewissermaßen darum zu tun gewesen, aus der Partei hinausgeworfen zu werden, so sei er, Redner, dem doch gegenteiliger Meinung. Vielmehr habe Schuppel in seiner Schlussrede, die übrigens ein rhetorisches Meisterstück gewesen sei, ausdrücklich betont, wieviel ihm an der Parteizugehörigkeit liege. Hanisch, der hierauf den Bericht von Zucht ergänzte, hebt hervor, er habe mit voller Ueberzeugung für das Amendement Freythalers gestimmt, ja dieses sei ihm eigentlich gar nicht einmal scharf genug gewesen. Betreffs des Kommunalprogramms hätte Redner es für richtiger gehalten, wenn dasselbe einer Konferenz von parteigenösslichen Gemeindevertretern zur definitiven Ausarbeitung überwiesen worden wäre. Alles in allem genommen, könne sich wohl jeder mit den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklären.

Schulz und Wasner bemängeln, daß Zucht nicht ebenso wie Hanisch für das Amendement Freythalers gestimmt hat.

Liepmann hält das Amendement Freythalers auch gerade für kein Muster von Klarheit, democh würde er an Zucht's Stelle dafür gestimmt haben. Ihm scheint überhaupt, als sei man in Bremen um den Fall Schuppel herumgegangen wie die Kage um den heißen Brei. Schuppel habe sich längst als unzuverlässiger Charakter bewiesen. Wer nur daran denke, wie Schuppel die Unabhängigenbewegung eingerührt und sich dann rechtzeitig falbirt habe, als seine damaligen Reimungsgeossen in der Linke saßen, der könne ihn nach seinen neuesten Leistungen nicht mehr als Vertreter der Partei im Reichstage anerkennen. Man hätte ihn einfach zur Niederlegung seines Mandats zwingen müssen. Redner bemängelt ferner, daß über die Organisationsfrage keine Generaldiskussion zugelassen wurde; der gewählten Kommission hätte es sicher keinen Schaden getan, wenn ihr vom Parteitag in ergiebiger Diskussion Anregungen und Direktiven gegeben worden wären. Am unangenehmsten aber habe er es empfunden, daß auf dem Parteitage leider wieder ein gewisser Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften hervorgetreten sei, ein Gegensatz, wie er bei den beiden in innigster Personalunion stehenden Körperschaften eigentlich nicht bestehen sollte. Man müsse sich wundern über eine Rede, wie sie der Genosse Körstgen gehalten habe. Körstgen habe nicht wie ein Sozialdemokrat, sondern wie ein Sozialreformer oder wie ein Nationalsozialist gesprochen. Und dabei sei Körstgen Sekretär der Berliner Gewerkschaftskommission. Die Genossen in den Gewerkschaften würden wohl kaum umhin können, ihrem ersten Sekretär zu Gemüte zu führen, daß er in Bremen nicht in ihrem Sinne gesprochen habe. Was nun die Gesamtverhandlungen des Parteitages anbelange, so könne er dieselben nur als äußerst mickrig und trift bezeichnen. Obwohl er die Vorgänge in Dresden vor einem Jahr mitverurteilt habe, so überkomme ihn jetzt doch förmlich ein Gefühl der Befriedigung über den vorjährigen Parteitag, wenn er Dresden mit Bremen in Vergleich zieht. Er müsse es andersprechen: An Anregungen für die sozialdemokratische Sache habe Bremen einfach nichts geboten. Die Leistungen dieses Parteitages seien durchaus unbefriedigend.

Mitter ist der Meinung, daß die Gewerkschaften mehr auf ihre Führer achten möchten, damit nicht künstliche Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften geschaffen würden. Pontow pflichtete ihm bei und kritisierte die Haltung Robert Schmidts in der Maiseier-Frage. Der Herr kann sich mit dem Vorgehen gegen Schuppel nicht einverstanden erklären. Er findet dagegen die Gehalts-erhöhung der Parteisekretäre für unverantwortlich und ist der Meinung, die Delegierten des Parteitages hätten entschieden geheimer gehandelt, in Bremen die wichtige Schulfrage zu erörtern, als zum Vergnügen nach Holland zu godeln. Wes polemisierte in der Schuppelsache und der Gehalts-angelegenheit gegen Herber. Bezüglich Schuppels siehe er auf dem Standpunkte Ledebours. Im Gegenatz zu Liepmann wolle er jedoch betonen, daß der Bremer Parteitag zweifellos sehr vieles für die Partei geleistet habe. — In seinem Schlusswort geht Zucht noch auf verschiedene Einwendungen der Diskussionsredner ein und kommt zu dem Resultate, daß jeder Genosse mit dem Verlauf des Parteitages wohl zufrieden sein könne. Er teilte sodann mit, daß am 20. Oktober eine Flugblattverbreitung zur Kommunalwahl im 30. Bezirk stattfinden werde. — Damit war die Tagesordnung der Versammlung erledigt. Anträge oder Resolutionen lagen nicht vor.

**Sechster Wahlkreis.** In der Generalversammlung des Wahlvereins, die in den Germania-Sälen tagte, gab Genosse Marx eine allgemeine Uebersicht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. Er bemerkte im Verlauf seiner sachlich gehaltenen Ausführungen, daß mit dem Antrag zum Organisationsstatut durchaus keine Ueberumpelung beabsichtigt worden sei und daß die Berliner Genossen nach wie vor mit den Parteigenossen in der Provinz Seite an Seite kämpfen werden. Der Redner schloß mit der Aufforderung zu thätigster Teilnahme an der Organisation und Agitation für die Partei. — Da zur Diskussion niemand das Wort verlangte, folgte sofort der Bericht vom Bremer Parteitag.

Genosse Freythalers erwähnte in seinem Referat zunächst die Ablehnung des Antrages, die Schulfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, und bemerkte, daß die preussischen Delegierten den Vorschlag, diesen Punkt auf einer besonderen Preussenkongferenz zu behandeln, mit Recht abgelehnt hätten, weil es sich, da es mit den Schulen in den anderen Bundesstaaten ebenfalls sehr schlecht bestellt sei, um eine Frage handele, die das ganze Reich angehe, außerdem aber nach den sechs-jährigen Verhandlungen des Parteitages in einer besonderen Konferenz wohl kaum die für diese wichtige Frage nötige Aufmerksamkeit vorhanden gewesen wäre, und auch ein Teil der Delegierten genötigt war, abzuweichen. Der Redner wies später auf die zur Schulfrage angenommene Resolution und die kurze Diskussion über den Punkt hin und erklärte, daß dadurch das nicht ersetzt werden könnte, was die Parteigenossen in dieser Hinsicht gewünscht hätten. Die Verhandlungen über den Bericht des Parteivorstandes betreffend bemerkte der Redner, daß der Beschluß über Anstellung von

Sekretären allgemeine Befriedigung gewährt habe, namentlich bei den Delegierten aus der Provinz. Die Klagen über wenig befriedigende Betätigung der Abgeordneten in der Agitation, die Mahnung, die in dieser Hinsicht in der Diskussion ausgesprochen worden sei, würde wohl ihre Wirkung nicht verfehlen. Der Redner erwähnte ferner die Anträge und Beschlüsse über die Militärfrage, die Militärhändlungen, über die Alkohol- und die Generalfreilich-Frage und ging dann näher auf die Angelegenheit Schuppels ein, dessen sonderbare und denungsfähige Stellung er kritisierte. Er erklärte, es könne nicht davon die Rede sein, daß die Resolution samt dem Amendement gegen die Person Schuppels gerichtet seien; der Parteitag habe vielmehr durch seine Beschlüsse Stellung genommen gegen bestimmte Handlungen, gleichviel welcher Parteigenosse sie begehe. Auch sei damit festgestellt worden, daß ein Abgeordneter nicht nur seinem Kreise, sondern auch der Gesamtpartei Rechenschaft über seine Handlungen schulde. — Hinsichtlich der Kommission zu den Vorarbeiten des neuen Organisationsstatuts bemerkte der Redner, daß ein den Wünschen der Berliner Delegierten entsprechender Antrag, die Wahlen der Kommissionsmitglieder den einzelnen Landesstellen zu überlassen, abgelehnt worden sei und demgemäß die betreffenden sogleich vom Parteitage gewählt wurden. Außerdem erwähnte der Redner die Diskussion über die Maiseier, die im allgemeinen nichts Neues ergeben habe, verlas dann die Resolution gegen die Rufensbefolgungen und schloß mit der Bemerkung, daß durch die einmütige Tätigkeit auf dem Parteitage und durch die Beschlüsse die Partei innerlich gestärkt und mit neuer Aktionskraft erfüllt worden sei. — Zur Diskussion wurde zunächst vom Genossen Halster eine Resolution eingebracht, wonach die Generalversammlung den neun Delegierten, die auf dem Parteitage gegen die Gehalts erhöhungen der Parteibeamten Protest erhoben, ihre Anerkennung ausspreche, und zum Zeichen dafür, daß es ihr Ernst mit dem Anschluß an diesen Protest sei, beschließen sollte, den Monatsbeitrag zum Wahlverein bis auf weiteres von 25 Pf. auf 15 Pf. herabzusetzen. — Genosse Freythalers bemerkte hierzu, daß er in seinem Referat vergessen habe, auf diese Angelegenheit einzugehen. Der Protest auf dem Parteitag, der sich gegen die Gehaltssteigerung richtete, sei unbedeutend gewesen. Die Kontrollkommission hätte nach reiflicher Erwägung den Antrag auf Gehaltssteigerung gestellt und nach der Aufforderung des Vorsitzenden habe niemand das Wort verlangt. Erst nachdem schon einige andere Angelegenheiten erledigt worden waren, sei der Protest eingereicht worden. Ihm (Redner) sei der Protest auch unterbreitet worden; er hätte es aber abgelehnt, zu unterschreiben. Von den Delegierten der Berliner Parteigenossen hätte übrigens nur ein kleiner Bruchteil den Protest unterschrieben, der im allgemeinen eine Plamage für die Betroffenen gewesen sei. — Genosse Wiesner billigte die Gehalts erhöhungen nicht und erklärte, daß man mit 300 M. im Monat wohl auskommen könne. Mit der Behandlung des Antrages Liebknechts zur Militärfrage war der Redner nicht zufrieden und verwies auf die Agitation, die von den Gegnern in den Jugendwehren betrieben wird. Hinsichtlich der Maiseier erklärte der Redner, daß er sich über die Rede Richard Fischers gefreut habe. Was den Generalfreilich anbetreffe, so hätte Italien gezeigt, daß damit doch wohl unter Umständen was zu erreichen sei; auch hier müsse das Wort gelten, daß man alles prüfen und das Beste behalten solle. — Genosse Kiesel bemerkte, daß den Genossen, die sich außerordentlich um die Partei verdient gemacht hätten, die Gehalts erhöhungen wohl zu gönnen seien. Der Redner wandte sich dann ganz entschieden gegen die Haltung Schuppels und erklärte, daß er die Ueberzeugung habe, daß Schuppel eigentlich nicht mehr zur Partei gehöre und nun wohl seine Konsequenzen aus dem Amendement Freythalers ziehen werde. Ein zweiter bedauerlicher Fall betreffe die Ansetzungen Körstgen in der Debatte über die Kaufmannsgerichte; es sei notwendig, daß man in der Agitation konsequent bleibe. Hinsichtlich der Generalfreilich-Frage erklärte der Redner, daß man über ein derartiges Kampfmittel heute noch nicht vorherbestimmen könne; zu rechter Zeit werde man wohl erkennen, was zu tun notwendig sei. — Genosse Gutmann sprach sich ebenfalls entschieden gegen Schuppel aus, war jedoch mit dem Amendement nicht ganz einverstanden. Es hätte klare gefaßt sein können, man hätte es nicht einem anderen überlassen müssen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Nachdem der Redner noch auf einen den Reichstags-Abgeordneten Peus betreffenden Vorgang hingewiesen hatte, bemerkte er, es sei notwendig, die Pflicht der Parteigenossen, daß sie auf die Ansetzungen ihrer Reichstags-Abgeordneten genaue Obacht geben, sonst könnte es dahin kommen, daß die Partei zur Hälfte aus „psychologischen Rätseln“ und zur Hälfte aus Parteigenossen bestehe. — Genosse Ledebour sprach zunächst über seine Stellung zur Generalfreilich-Frage. Er habe sich nicht, wie behauptet worden sei, als Gegner der Generalfreilich-Idee ausgesprochen, sondern sich nur entschieden gegen die Art der Propaganda Dr. Friedeburgs gewandt, weil sie darauf hinauslaufe, den Genossen die politische Tätigkeit zu verlernen. Man dürfe kein brauchbares Kampfmittel zurückweisen, aber die Agitationsweise Friedeburgs werde dahin wirken, daß man dieses Mittel nicht anwenden könne. Die von Friedeburg propagierte Idee, den Generalfreilich als Mittel zur Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaft anzusehen, sei die anarchistische Auffassung. Wenn sie von Leuten geäußert werde, die sich zum Anarchismus bekennen, halte er, Redner, es nicht für nötig, sich darüber heranzustreiten, wenn man aber innerhalb der Partei verläufe, dieser Auffassung Geltung zu verschaffen, sei allerdings nötig, dazu Stellung zu nehmen. Der Redner erklärte, daß er persönlich ganz der in der Amsterdamer Resolution dargelegten Auffassung über den Generalfreilich sei. Ferner bemerkte der Redner, er habe mit großer Verwunderung gelesen, daß er mit seiner auf dem Parteitage gehaltenen Aeußerung vom „hinterponnerischen Standpunkt“ eine allgemeine Pommern-Beleidigung begangen haben sollte. Derartige habe ihm selbstverständlich vollständig ferngelegen; mit jenen Worten habe er nur die Aeußerung Körstgens, man dürfe in Pommern bei der Agitation nicht mit dem Achtstundentag kommen, zurückgewiesen. Der Redner wandte sich des weiteren gegen den Vorschlag einer illoyalen Auslegung des Amendements zum Fall Schuppel. Er sei, als die Erklärung im „Vorwärts“ erschien, auf der Agitationsreise gewesen, sonst hätte er sofort dazu Stellung genommen. Aus dem Bericht über den Parteitag gehe hervor, daß mehrere Redner dieselbe Auffassung wie er von der Resolution und dem Amendement hatten. — Zum Beweise dafür verlas der Redner die Aeußerungen verschiedener Parteitagdelegierter. — Gestützt auf diese Reden habe er seine Schlussbemerkungen gemacht. Am habe Stautsch in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ die psychologischen Gründe dafürargelegt, warum die Mehrheit der Genossen das Amendement Freythalers vorgezogen, und es wäre zweckmäßig für die Debatte in den Parteiverfassungen gewesen, wenn dieser Artikel vorher im „Vorwärts“ abgedruckt worden wäre. Uebrigens komme die Meinung des Parteitages klar genug in dem Amendement zum Ausdruck. Wenn Schuppel, der früher sehr viel geleistet habe, weiter wirken wolle in der Partei, müsse er sich den Boden dafür schaffen, und das sei zur Zeit nicht der Reichstag. — Hierauf nahm Genosse Halster das Wort und äußerte sich über Parteischiedsgerichte, Maiseier, über die Zollfragen, die Generalfreilich sowie über die Gehalts erhöhungen. — Nachdem sich dann noch Genosse Liebich zum Fall Schuppel geäußert hatte, war die Diskussion erschöpft. Die Resolution Halsters wurde, wie bereits im Vorbericht erwähnt, gegen eine Stimme abgelehnt. Die Versammlung wurde mit Hochrufen auf die Partei geschlossen.

**Charlottenburg.** Am Dienstag wurde in einer öffentlichen Volksversammlung, die von etwa 400 Personen besucht war, der Bericht vom Bremer Parteitag gegeben. Genosse Wollermann-Schöneberg hatte kurz vor Beginn der Versammlung eine Radreise gefaßt, daß er am Erscheinen verhindert sei. Genosse Jubel-Verlin erschien ebenfalls nicht. Ein Antrag des Genossen Kühle, aus diesem Grunde gegen Jubel einen Tadel auszusprechen, wurde abgelehnt, weil gerade Jubel, wie mehrere Genossen ausführen, als besonders eifriger und tätiger Agitator bekannt sei und man unter allen Umständen eine Aeußerung seinerseits abwarten müsse.

Genosse Müller, der den Bericht erstattete, war im allgemeinen mit den Beschlüssen und Arbeiten des Parteitages zufrieden; nur bedauerte er, daß die Schulfrage nicht behandelt sei, die nunmehr auf einer besonderen Preussenkongferenz zu behandeln angeregt sei. — In der Diskussion gab Genosse Dr. Borchart dem Gefühl vollständiger Unbefriedigung über den Verlauf des Parteitages Ausdruck. Mit der Nichtbehandlung der Schulfrage gerade in gegenwärtiger Zeit sei geradezu eine Pflicht, welche die Partei als Volks- und Kulturpartei hatte, verfehlt worden. Dafür habe man Zeit verbrochen mit Erörterung des Falles Schuppel und ihn in ganz unwürdiger Weise erledigt. Schuppels klare Bescheidnis zu den Grundfragen der Partei lag bereits vor dem Parteitage vor; hiervon hatte man einfach Kenntnis zu nehmen und zur Tagesordnung überzugehen. Glaubte aber die Mehrheit der Parteigenossen, Schuppels Ansichten besser zu kennen als er selbst, und sich danach zu dem Urteil berechtigt, daß Schuppels Anschauungen mit den Grundfragen des Parteiprogramms nicht mehr übereinstimmen, so war die einzig mögliche Konsequenz der Antrag Kagenstein, nicht aber die nichtssagende Resolution Vebel mit dem Amendement Freythalers, in dessen erstem Satz gesagt wird, Schuppel habe das Vertrauen, das zur Bekleidung von Vertrauensstellungen notwendig sei, verloren, und das dann fortsetze: und wenn er es noch weiter verliere, könne er Vertrauensstellungen nicht mehr bekleiden. Solchem Verhalten gegenüber sei der Vorschlag der Zweideutigkeit, den Schuppel dem Parteitage machte, vollauf berechtigt. — Auf die Behandlung des Amsterdamer Kongresses in Bremen übergehend, bedauerte der Redner, daß der in Amsterdame begangene Fehler der Einmischung in die Streitigkeiten der sozialistischen Parteien Frankreichs, wodurch die Beilegung dieser Streitigkeiten erschwert und das Ansehen des Internationalen Kongresses herabgesetzt ist, in Bremen gutgeheißen wurde; freilich war dies zu erwarten, da der bedauerliche Amsterdamer Beschluß gerade durch die Deutschen, die sich von dem einen Teil der Franzosen haben mißbrauchen lassen, herbeigeführt wurde. — Die übrigen Redner, die Genossen Cide, Flemining, Schmidt, Schärnberg, waren dagegen mit den Beschlüssen so wie sie gefaßt waren, bis auf die Behandlung der Schulfrage, durchaus zufrieden; nur hoben Cide und besonders Flemining hervor, daß der Gedanke der Maiseier stärker propagiert werden müsse, tatsächlich dehne sich die Arbeitsruhe am 1. Mai immer weiter aus, und es sei dem Bestreben einiger Gewerkschaftsführer, hier bremsend eingzugreifen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Niedorf. Am 4. d. M. fand bei Thiel, Bergstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Conrad den Bericht vom Bremer Parteitag erstattete. Das Wort zur Diskussion wurde von niemand gewünscht, und so konnte der Vorsitzende Käger konstatieren, daß die Versammlung mit der Tätigkeit des Parteitages einverstanden sei. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß die Zahlstellen des Wahlvereins mit dem 1. Oktober aufgehoben worden seien und die Genossen ihre Beiträge von nun an in den Zahlstenden, welche jeden zweiten Mittwoch im Monat einheitlich mit Groß-Berlin stattfinden, entrichten mögen.

## Vermischtes.

Ein Konsumverein der Blinden. Die uralte, schon von Ludwig IX. gegründete Blindenverforgungsanstalt Quingé-Bingis zu Paris hat unlängst einen neuen Verwalter in der Person des blutroten Sozialdemokraten Vaughan bekommen. Genosse Vaughan war einst ein tüchtiges Mitglied der Internationale, für die er in Rouen und Umgegend eine eifrige Tätigkeit entfaltet; seit Jahrzehnten für die Verwirklichung unserer Ideale kämpfend, hat er in seiner jetzigen Stellung den Beweis erbracht, wie segensreich auch die „Gegenswartsarbeit“ des aufklärten Sozialisten zu sein vermag. Das Blindenverforgungshaus Quingé-Bingis erfreute sich eines sehr schlechten Rufes, als Vaughan seine Verwaltung übernahm; die sanitären Verhältnisse in dem finsternen Steinlasten waren höchst bedenklich, die Höfe verunreinigt, der „Garten“ eine wilde Ablagerungshölle für allerhand Unrat, die Latrinen unsauber und verpestet, kurzum das ganze Institut in einem unheilbaren Zustande. Die Anstalt ist von ungefähr 300 Blinden bewohnt, von denen die Hälfte verheiratet ist. Die Unverheirateten haben jeder ein Zimmer zur Verfügung, die Verheirateten je eine kleine Wohnung. Beschäftigung finden die Arbeitsfähigen teils in der Anstalt, teils in der Stadt; besonders beliebt, weil leicht für Blinde erlernbar, ist die Wurstbäckerei, die aber sehr schlecht entlohnt wird; etwas besser stehen sich die Klavierstimmer, denen jedoch ihre lebenden Kollegen eine immer scharfer werdende Konkurrenz bereiten. Außer dem Ertrage der eigenen Arbeit hat jeder Anstaltsbewohner Anspruch auf 1,60 Fr. (= 1,25 M.) für den Tag aus dem Mitteln der Anstalt; für jedes Familienmitglied eines Verheirateten erhöht sich der Zuschuß um 40 Centimes (= 30 Pf.). Daß die Leute dabei nur ein recht trauriges Leben führen konnten, versteht sich. Genosse Vaughan kam deshalb, nachdem er erst einmal Ordnung und Sauberkeit in das Getriebe des Hauses gebracht hatte, auf den Gedanken, die Vorteile des Konsumgenossenschaftswesens auch seinen Blinden zugänglich zu machen. Die Idee wurde von den Anstaltsinsassen und dem Pfllegepersonal freudig aufgenommen und sofort in die Tat umgesetzt. Der Konsumverein, mit dem auch ein gut eingerichtetes Restaurant verbunden ist, gedeiht prächtig, obgleich natürlich nicht der geringste Kauf- oder Beitrittzwang ausgeübt wird. Die Blinden haben den Aufsichtsrat und die Verwaltung selbst gewählt und halten auf eine genaue Kontrolle der Geschäfte. Es braucht nicht erst noch erwähnt zu werden, daß sich ihr Lebensstand seit der Gründung des Vereins merklich gehoben hat, ganz abgesehen von der geistigen Bereicherung, die die Anstaltsbewohner dadurch erfahren haben, daß sie an der Leitung eines blühenden Geschäftes teilhaben.

Epidemische Erkrankungen in Braunschweig. Nach amtlicher Feststellung sind in der Woche vom 25. September bis 1. Oktober im Herzogtum Braunschweig 55 Erkrankungen an Scharlach (davon 25 in der Stadt Braunschweig) und 12 Erkrankungen an Typhus (davon 7 im Kreise Ganderheim) angemeldet worden.

Eisenbahnunfälle. Aus Herzogenrath wird telegraphiert: Auf der Eisenbahnstrecke Herzogenrath-Sittard wurde das Fuhrwerk des Landwirts Diederzen von der Lokomotive erfasst und demoliert. Der Landwirt verstarb an den erlittenen Verletzungen kurz darauf. — Ein großes Eisenbahnunglück hat sich in England ereignet, worüber schon kurz berichtet worden ist. Bei Phansley im südlichen Wales entgleiste Montag nachmittags ein von New-Milford nach London abgegangener Schnellzug und wurde zum Teil zertrümmert. Der Zug hatte zwei Lokomotiven und fuhr mit 80 Kilometer Geschwindigkeit, als aus unbekanntem Grunde die erste Maschine entgleiste und sich überschlug. Die zweite entgleiste ebenfalls. Die drei ersten Personenwagen rollten den Dammbahn hinab und wurden zerschmettert, die übrigen entgleisten, blieben aber stehen. Das furchtbare Geschrei der Verletzten und der unter den Trümmern Eingeschlossenen erfüllte die Luft. Die Unverletzten leisteten unter Führung eines mitreisenden Arztes tapfer Rettungsdienste. An 50 Personen waren verletzt, darunter viele schwer. Der Führer und der Zeiger der ersten Lokomotive und drei Fahrgäste wurden getötet.

Die Gemeinde-Klitterbride. Aus Breitingen a. Harz wird thüringische Blätter geschrieben: Unser idyllisch am Harz gelegener Ort, der vom großen Verkehr und Getriebe der Welt noch nicht angekränkt ist, hat sich noch manches aus der „guten, alten Zeit“ herübergerettet, das für ihn recht praktisch ist. Vor einigen Tagen durchwanderte gravitätischen Schrittes der Gemeindevorsteher die Ortstraße, von „Jung-Breitungen“ gefolgt, in gemessenen Abständen die Gemeindefingel rührend und dann in mächtigem Maß die Worte auswendig: „Derjenige, welcher gegenwärtig die Gemeinde-Klitterbride im Besitz hat, wird dringend ersucht, sie sofort dem Ortschulzen zu überbringen.“ Keine näheren Erläuterungen forderten zutage, daß von Gemeinde wegen für vorkommende Fälle ein solches, anscheinend für viele Krankheiten nütliches Instrument angeschafft worden ist. Der gegenwärtige Inhaber hatte es sich beim Ortschulzen geborgt nicht wieder abgeliefert, und der Schulze benutzte nun den für ihn nicht ungewöhnlichen Weg des Ausleihens, um wieder zum Gemeindevorsteher zu kommen.



# A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17  
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2  
Am Blicherplatz

GROSSE FRANKFURTER STR. 113  
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21  
Ecke Veteranen-Strasse

Von Donnerstag den 6. Oktober bis Dienstag den 11. Oktober soweit der Vorrat reicht.

**Damen - Bluse** **3<sup>45</sup>**  
M.  
Neueste Phantasie-Schotten mit Sammetkragen und Manschette

**Elegante Bluse** **4<sup>95</sup>**  
M.  
Japon-Seide, in 4 verschiedenen Façons u. modernsten Farben, in sehr geschmackvoller Verarbeitung.

**Costümrock** **4<sup>75</sup>**  
M. fussfrei  
neueste Façon mit Falten und Sattel, gute marengo-Stoffe.....

**Costümrock** **7<sup>75</sup>**  
M. fussfrei  
13teilig, eleganter Sitz, marine Cheviot oder braunmelirte Stoffe

**Kinderkleidchen „Elsa“**  
Taillehänger, neueste Phantasie-Stoffe  
Länge ca. 50 55 60 65 70 75 80 cm  
**2<sup>95</sup> 3<sup>45</sup> 3<sup>95</sup> 4<sup>45</sup> 4<sup>95</sup> 5<sup>45</sup> 5<sup>95</sup>**  
M. M. M. M. M. M. M.

**Kinderkleidchen „Charlotte“**  
Taillehänger, neueste Phantasie-Stoffe in bester Verarbeitung, mit doppeltem Volant und Gürtel  
Länge ca. 50 55 60 65 70 75 80 cm  
**4<sup>25</sup> 4<sup>75</sup> 5<sup>25</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>25</sup> 6<sup>75</sup> 7<sup>25</sup>**  
M. M. M. M. M. M. M.

**Schulkleidchen „Victoria“**  
aus haltbarem, gemustertem Stoff, in sehr hübscher Verarbeitung  
Länge ca. 70 75 80 85 90 95 100 cm  
**4<sup>35</sup> 4<sup>85</sup> 5<sup>35</sup> 5<sup>85</sup> 6<sup>35</sup> 6<sup>85</sup> 7<sup>35</sup>**  
M. M. M. M. M. M. M.

**Costümrock** **9<sup>75</sup>**  
M. fussfrei  
13 teilig, eleganter Sitz, karierte Stoffe.....

**Unterrock** **3<sup>45</sup>**  
M.  
Moiré in vielen Farben mit hübsch garniertem Volant.....

**Unterrock** **4<sup>65</sup>**  
M.  
Velour, viele Farben mit garniertem Volant.....

**Unterrock** **7<sup>75</sup>**  
M.  
Velour in modernen Farben, Volant gebrannt und reich garniert.....

**Damen-Blusen** **4<sup>65</sup>**  
M. neueste, blau-grüne Schotten, „Wolle“, ganz gefüttert

**Mädchen-Schul-Capes** marine Cheviot mit einfarbig rot oder blau-grün kariertem Kappe  
Länge ca. 60 65 70 75 80 cm  
**2<sup>65</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>35</sup> 3<sup>75</sup> 4<sup>05</sup> 4<sup>55</sup> 4<sup>95</sup>**  
M. M. M. M. M. M. M.

**Damen-Paletots** Cover-coat, neueste Façon, regulärer Wert bis **16<sup>50</sup>** **9<sup>75</sup> 12<sup>50</sup>** M. M.

**Ein Costüm-Röcke** ganz besonders preiswert **2<sup>95</sup> 3<sup>75</sup>** M. M.

Ganz aussergewöhnlicher Gelegenheitskauf

**Ein Posten ca. 2400 Stück Damen-Unterröcke**

**Velour** **Serie I** **3<sup>95</sup>** M. regulärer Wert bis **6<sup>50</sup>** M.  
**Reine Wolle**  
**Serie II** **5<sup>95</sup>** M. regulärer Wert bis **8<sup>50</sup>** M.  
**Serie III** **7<sup>95</sup>** M. regulärer Wert bis **12<sup>50</sup>** M.  
**Velour** **Reine Wolle**

6039 Gewinne  
**Berliner Loose à 1 M.**  
11 Loose 10 M.  
Porto und Liste 20 Pf.  
der 15. Lotterie der Techn. Kommission für Traktoren, Ziehung 4. u. 6. Novbr.  
Gewinn: **10000, 6000, 5000, 4000, 3000, 1500** u. s. v.  
Wert.  
Loose zu haben bei Lotterien- und Cigarrengegeschäften u. dem Generaldebet  
**Lud. Müller & Co., Berlin, Breitestr. 5**  
Kauf und Verkauf von Staatspapieren, Planstabellen etc.  
Telegraphen-Adressen: 5164 und 5165

Die **Möbelfabrik** von **Adalbert Schulz**  
Reichenbergerstr. 5  
Liefert Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. in nur anerkannt gediegener Ausführung zu äusserst billigen Preisen.  
Coulanteste Bedingungen.  
T.-A. IV 6877. [701]

Trinkt **Bilz-Brause.**  
Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.  
Otto Starick, N.O., Landsberger Allee 6-7.  
Tel. VII, 1666.

Reine **Glaserei, Einrahmung, Bilder u. Güssen bewährter**  
Vorteilsgenossen und Vereindarsteller wie Stadlaternen, Röhren, Anfertigung von Bannern- und Fahnenelcorationen befindet sich jetzt  
**Max Richter,**  
Berlin O., Friedrichselderstr. 20, vorn parterre.

Soeben erschienen:  
**Parlamentarismus und Generalstreik.**  
Stenogramm der Rede des Genossen **Dr. R. Friedeberg** gehalten am 3. August 1904 in Kellers Festsaal.  
Mit einem Vorwort.  
Die Broschüre ist 32 Seiten stark mit Umschlag und im Einzelverkauf für **10 Pfennige** in der Expedition „Die Einigkeit“, Franzstr. 2, der Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstr. 69, sowie in allen Buchhandlungen und bei allen Kolporteurs zu haben. Verlag „Die Einigkeit“.

**Berliner Ressource**  
Kommandanten-Strasse 57.  
Empfehle meine hocheleganten, renovierten, großen u. kleinen Festsäle zu Festlichkeiten und Beisammungen.  
Fernsprecher Amt IV, 9075. [2682\*]  
**Adolf Stein.**  
Sonnabende und Sonntage noch frei.

**Mühlhäuser Kautabak**  
von **Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhausen i. Th.** nur echt, wenn die Bläschen den beigebrachten Zettel enthalten, worauf gefüllt genau zu achten bitten.  
Vertreter für Berlin und Umgegend:  
**August Kleinert,** 58142\*  
Berlin SW., Grobbererstrasse 39.

**Scheruchs Festsäle**  
Rüdersdorferstr. 45  
Sonnabends u. Sonntags noch frei.  
614L\*  
Ergebenst **Albert Scheruch.**

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.  
Soeben erschienen: 233/15\*  
**Protokoll**  
des Internationalen Sozialistenkongresses zu Amsterdam 1904.  
Aus dem Inhalt heben wir hervor: Internationale Regelung der sozialistischen Politik, Kolonialpolitik, Auswanderung und Einwanderung, Generalstreik, Sozialpolitik und Arbeiterversicherung, Achtstundentag, Trauß und Arbeitslosigkeit.  
Dem Protokoll sind die Verhandlungen der Lokalkommission als Anhang beigegeben.  
**Preis 1 M.**  
Agitationsausgabe **40 Pf.**  
Ferner empfehlen wir die **Protokolle der Internationalen Arbeiterkongresse**  
**Paris 1889.** Mit einem Vorwort von Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder. Abschaffung der stehenden Heere. 25 Pf.  
**Zürich 1893.** Stellung der Partei im Kriegsfalle. Agrarfrage. Generalstreik. 50 Pf.  
**London 1896.** Politische Aktion. Wirtschaftliche Aktion. Erziehung und körperliche Entwicklung. 20 Pf.  
**Paris 1900.** Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht. Die Eroberung der politischen Macht. Kolonialpolitik. Der Sozialismus in den Gemeinden. 20 Pf.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, [35/13\*]  
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

**Möbel ab Fabrik**  
Gediegene Arbeit.  
Eine erste ansehnliche Möbel-fabrik ist bereit, an Beamte, Dienstdiener etc. kompl. Einrichtungen sowie einzelne Gegenstände bei 1/2, oder 1/3, Ermäßigung laut Katalog abzugeben. Abreisen bitten unter L. 1 in der Hauptgebäude H. abzugeben. Fordern Sie die vollständigste Zustellung des Kataloges.



Die Aussperrung der Berliner Tischler

Soll jetzt auf der ganzen Linie durchgeführt werden. So hat es eine Versammlung der Tischlermeister am Dienstag beschlossen. Zwar soll die Aussperrung — selbst wenn sie zur Wahrheit wird — bei weitem nicht den Umfang annehmen, den ihr bürgerliche Blätter in diesen Tagen andichteten, aber es handelt sich immerhin um etwa 8000 Arbeiter, die auf die Straße gesetzt werden — falls die Tischlermeister den Beschluß, den sie mit erheblicher Mehrheit gefaßt haben, auch wirklich ausführen. Wie berichtet wird, haben 602 Arbeitgeber mit 5650 Arbeitern für die Aussperrung gestimmt, während 232 Arbeitgeber mit 2500 Arbeitern ihre Stimme gegen die Aussperrung abgegeben haben. Die Minderheit soll sich verpflichtet haben, sich dem Beschluß der Mehrheit zu fügen, also die Aussperrung, die sie nicht wollten, mitzumachen.

Nicht mit einem Schläge sollen die 8000 Tischlergesellen auf die Straße geworfen werden, sondern nach und nach. Der Beschluß der Tischlermeister geht nämlich dahin, daß vom 5. Oktober ab jeder Arbeiter — gleichgültig ob er in Lohn oder in Afford beschäftigt wird — nach Fertigstellung seiner zugeschnittenen Arbeit zu entlassen ist, und daß neue Arbeiten von diesem Tage ab nicht mehr ausgegeben und Arbeiter nicht mehr eingestellt werden. Wenn der Beschluß endlich ausgeführt wird, so müßten die Werkstätten der Möbeltischlerei in wenigen Tagen zum völligen Stillstand gebracht sein mit Ausnahme derjenigen, die nicht mehr wie drei Gesellen beschäftigen. Diese sind nämlich von der Pflicht zur Aussperrung ausgeschlossen. Ob aber die anderen ihren Beschluß halten werden, darf bezweifelt werden. Bis gestern, Mittwoch, waren erst 35 Tischler als ausgesperrt gemeldet.

Trotz der erheblichen Mehrheit, mit der die Aussperrung beschlossen wurde, trotz der angeblichen Versicherung, daß sich die Minderheit der Mehrheit fügen wolle, scheinen die scharfmachenden Führer der Tischlermeister ihrer Gefolgschaft doch nicht sicher zu sein. Woher sollte die Sicherheit der Gefolgschaft auch kommen; ist doch auf der Seite der Arbeitgeber nicht der Schein eines Grundes für die Aussperrung vorhanden. Wo aber Gründe fehlen, da stellen Ehrfurcht und kräftige Schlagworte zur rechten Zeit sich ein. Mit Phrasen und bombastischen Nebenarten im Stile antimilitärischer Vorkämpfer arbeitet denn auch ein Flugblatt, welches die freie Vereinigung der Holzindustriellen verbreitet, um die Tischlermeister in den Kampf gegen die Gesellen zu ziehen. Hier eine Probe des Phrasengebüßes, das zwar von Holzindustriellen erzeugt, aber doch nur dünnes, klapperndes Blech ist:

„Was auf, Meister, etwa! Ein grimmer Feind rüttelt an der Tür Deiner Werkstatt, in frecher Hand trägt er die Fackel der Zwietracht und des Habens, um sie in Deine stille Betriebsstätte zu schleudern; er steift Dir seine gierigen Zähne entgegen, um Dich und alles, was Dir lieb auf Erden, zu zerreißen. — Kennst Du den Feind, der Dich mit Weib und Kind zu erwürgen trachtet, um Dich dann höhnisch zu dem großen Leichenhaufen der durch ihn vernichteten Errungenschaften zu werfen? — Wir alle kennen diesen unerträglichsten Feind, in unsrer aller Fleisch hat der Holzarbeiter-Verband seine scharfen Krallen geschlagen und ein flammender Zorn über gemeinsam erlittene Unbill eint und zum heiligen Kampfe für das höchste Lebensgut: die wirtschaftliche Selbstständigkeit.“

In diesem Tone, der lebhaft an die „Blumenreiche Sprache“ des Dreßgroschen erinnert, geht es weiter. Es ist davon die Rede, daß der Holzarbeiter-Verband einen Tischlermeister nach dem anderen an die Schlichtbank geschleppt hat, und schließlich werden die Tischlermeister aufgefordert, einen Kampf auf Leben und Tod zu führen gegen den Holzarbeiter-Verband, der „in jämmerlichem Übermut so wahnwitzige Forderungen stellt, daß die Erfüllung derselben den Untergang der gesamten Berliner Möbelindustrie bedeuten würde.“

Wozu die „wahnwitzigen Forderungen“ bestehen, davon ist in dem schmaltzigen Flugblatt mit keiner Silbe die Rede. Wir glauben auch, daß unter denen, an die sich das Flugblatt wendet, viele sind, die nicht einmal wissen, welche „wahnwitzigen Forderungen“ der Holzarbeiter-Verband denn eigentlich gestellt hat. Damit nicht nur die unmittelbar Beteiligten, sondern auch die breite Öffentlichkeit erfährt, was eigentlich die Führer der Holzindustriellen zu dem drohenden Kriegsdrauf gegen den Holzarbeiter-Verband veranlaßt hat, führen wir folgende Tatsachen an:

Zunächst sei bemerkt, daß für die Forderung, die man als Ursache des Konflikts ansehen kann, nicht etwa die ganze Berliner Möbelindustrie, sondern nur ein Teil derselben, nämlich Betriebe von größerem Umfange, in Frage kommen. Es handelt sich um jene Betriebe, welche gute Mittelarbeit, fast ausschließlich Schlafzimmers- und Salonerichtungen für den Markt anfertigen. Während bei der Herstellung geringer Möbel fast immer ein und dieselben Muster angefertigt werden, bringt die hier in Frage kommende Branche von Zeit zu Zeit wechselnde Muster auf den Markt. Die Arbeit wird in dieser Branche in Afford hergestellt. Kommt nun ein neues Muster in Arbeit, so stellt dem Arbeiter natürlich jede Grundlage für die Berechnung des Affordlohnes. Ist der Affordpreis bei dem ersten Muster zu niedrig angesetzt, so hat der Arbeiter, der nun mehrere Monate das selbe Muster anfertigt, einen erheblichen Nachteil. Um sich dagegen zu sichern, forderten die Arbeiter, daß jedes neue Muster das erste Mal in Lohn angefertigt, und danach dann der Affordpreis bestimmt werde. Ueber diese Forderung wurde verhandelt, die Meister lehnten sie ab. Die Arbeiter verlangten dann, daß bei Herstellung von neuen Mustern in Afford dem Arbeiter der von ihm bisher erzielte Durchschnittslohn garantiert werde, und als die Meister auch daraufhin nicht eingingen, wollten sich die Arbeiter mit einer Garantie von 95 Proz. des durchschnittlichen Verdienstes begnügen. Die Meister boten aber nur 90 Prozent. Diese Differenz von 5 Prozent des garantierten Lohnes bei dem ersten Stück eines neuen Musters ist also das Objekt, um das die Führer der Berliner Holzindustriellen die Aussperrung von 8000 Arbeitern beschlossen haben.

Die Arbeiter fordern also keine Lohnerhöhung, sie verlangen nicht die Abschaffung der Affordarbeit, sondern sie wollen nichts weiter, als eine einigermaßen sichere Grundlage für die Berechnung des Affordlohnes. Was hier gefordert wird, das ist im vorigen Jahre unter Zugiehung und Zustimmung von zwei Führern der Holzindustriellen, der Herren R a h a r d t und P a t h e n, für den Betrieb von A u m e l bereits eingehandelt worden. Später schloß sich auch die Firma G r o s c h u s diesem Modus an. Was also in zwei namhaften Betrieben der hier in Frage kommenden Branche bereits herrschender Brauch war, das soll jetzt zum Ruin der gesamten Berliner Möbelindustrie führen. Was einige Führer der Berliner Holzindustrie im vorigen Jahre anerkannten, das stellen dieselben Herren heute als „wahnwitzige Forderungen des Holzarbeiter-Verbandes“ hin, und zum Kampfe gegen die von ihnen selbst anerkannten Forderungen rufen sie heute die ganze Möbelindustrie auf.

Ob die Mehrzahl der Tischlermeister, welche an der vorliegenden Streitfrage gar nicht beteiligt sind, den interessierten Geschäftsinhabern den Gefallen tun werden, die Aussperrung mitzumachen? Wenn sie nicht blindlings gegen ihre eigenen Interessen wüthen, können sie es nicht. Es ist nicht anzunehmen, daß die Tischlermeister, die von der fröhlichen Forderung gar nicht berührt werden, sich durch die Aussperrung die gegenwärtige günstige Konjunktur verschmerzen, nur weil einige ihrer Vorkämpfer, die an dieser Angelegenheit persönlich interessiert sind, es so wollen. Sollte die Mehrheit der Tischlermeister wirklich für eine Handvoll Interessenten die Kassen an dem Feuer holen wollen, so könnte das allerdings zum Ruin der gesamten Berliner Möbelindustrie führen. Die Differenz von 5 Prozent des Lohnes, die nur in einem Teil der Tischlereien besteht, wird der gesamten Berliner Möbelindustrie, ja

nicht einmal dem an der Forderung interessierten Teil derselben schaden, geschweige denn zum Untergange führen.

Sollten die an der unbedeutenden Forderung nicht interessierten Tischlermeister so einseitig sein, sich an der allgemeinen Aussperrung zu beteiligen, so wird der Holzarbeiter-Verband auch diesen Kampf zu führen wissen und in einer Weise zu Ende bringen, daß die Gefolgschaft der Scharfmacher keine Freude daran hat.

Lokales.

Die schlechte Zensur.

Der Tag, an dem der Schuljugend die Halbjahreszeugnisse über ihr Wissen und Können überreicht wurden, liegt wieder einmal hinter uns. Die Schulen haben ihr Sommerhalbjahr mit Ende voriger Woche geschlossen. Inzwischen haben wir am Dienstag darüber berichtet, daß diesmal nach dem Zeugnistag wieder drei Familien das Verschwinden ihrer Söhne gemeldet haben. Drei Knaben von 13, 14 und 14 Jahren hatten bis dahin sich nicht in die elterliche Wohnung zurückgewagt, weil sie schlechte Zeugnisse hatten.

Solche Vorkommnisse sind leider nicht neu. Sie wiederholen sich mit großer Regelmäßigkeit nach jeder Zeugnisverteilung, die der Kreislauf des Schuljahres unseren Kindern bringt. Gewöhnlich kommt schon nach einigen Tagen die erfreuliche Nachricht, daß der Sünder, abgerissen und halbverhungert, sich reumütig bei den Seinen wieder angefunden hat. Aber manchmal endet die Sache doch trauriger. Nach Wochen wird der Verschundene irgendwo als Leiche aufgefunden: er hat seinem jungen Leben durch Selbstmord ein frühes Ziel gesetzt.

Mußte das sein? In dem armen Jungen, der aus Scham, Furcht und Verzweiflung ins Wasser rannte, tief es: „Ja, es muß!“ Die Eltern, die durch falsche Erziehung, durch ihre übertriebene Strenge oder durch Anstachelung eines ungesunden Ehrgeizes diesen betrübenden Ausgang verschuldet und auf ihr Gewissen geladen haben, widersprechen mit einem erschütterten „Nein, das war nicht nötig!“ Nein, gewiß nicht! Aber wenn der nächste Zeugnistag kommt, dann erleben wir immer wieder dasselbe Trauerspiel. Wieder rennt da oder dort ein verzweifelter Junge ins Wasser, wieder steht schmerzerfüllt vor der Wäre ein Elternpaar, das nicht bezweifelt an fremdem Leid zu lernen gewußt hat.

Die ganze Verlehrtheit der erzieherischen Behandlung, die der Jugend von heute zuteil wird, tritt in solchen durch schlechte Zeugnisse veranlaßten Schülerelbstmorden zutage. Für die meisten Eltern giebt den Ausschlag der Erfolg, mit dem ein Kind am Schulunterricht teilzunehmen vermag. Wenn die Schule einem Jungen bescheinigt, daß er ein Faulpelz oder ein Esel sei, dann gilt er dem Hause als ein halb Verlorener. Er kann im übrigen der beste Junge von der Welt sein, das rettet ihn nicht. Er muß es haben, daß er im Unterricht nicht vorwärts kommt. Wie vielen Kindern wird aus diesem Grunde ihr bisheriges Jugendzeit lieblos verkümmert, wie viele werden für ihr ganzes Leben unheilbar verpfuscht — durch die eigenen Eltern!

Dabei wird auch selten danach gefragt, wie weit etwa die Schule selber daran schuld ist, daß die Zeugnisse nichts Rühmliches über ein Kind zu berichten hat. Wenn doch die hartköpfigen Väter und ehrgeizigen Mütter sich einmal umsehen wollten unter denen, die mit ihnen dieselbe Schulbank gedrückt haben! Hat nicht mancher und manche, die damals unter den Lehren saßen, später sich zu einem tüchtigen Mann, einer brauchbaren Frau entwickelt? Es liegt in der Art unserer Schul- und Unterrichtsverhältnisse, daß viele Kinder es der Schule niemals werden recht machen können. Schule und öffentlicher Unterricht sind auf Durchschnittskinder zugeschnitten; was von der Norm abweicht, muß zurecht gestutzt werden. Bei manchem Kinde gelingt es, bei manchem nicht. Es sind aber nicht immer die schlechtesten Köpfe, bei denen das nicht gelingt.

Wollten die Lehrer reden, so wäre vielleicht mancher von ihnen der erste, die Eltern zu trösten: „Was liegt an einer Zeugnisur!“ Aber freilich wäre den meisten Eltern mit der Erkenntnis des wahren Wertes oder Unwertes der Zeugnisse wenig geholfen. Zeugnisse und ähnliche Zeugnisse haben praktisch eine große Bedeutung. Das schöne Wort „Wissen ist Macht“ hat eine häßliche Variante: „Auch ein Zeugnis ist eine Macht.“ Wer durch behördlichen Stempel für brauchbar erklärt ist, dem wird es leichter gemacht, vorwärts zu kommen, als dem anderen, der durch eigene Kraft Anerkennung erringen muß. Es gibt sogar Berufe, in denen der größte Esel eine brillante Karriere machen kann, wenn er sich nur zu einem leidlichen Zeugnis durchgepaukt hat.

Die städtischen Parlarbeiter.

Die Lage der in den städtischen Parks beschäftigten Arbeiter stand, wie wir gestern bereits mitteilten, in der letzten Sitzung der Parkdeputation auf der Tagesordnung. Nach der in dieser Sitzung zur Sprache gebrachten Statistik sind 147 Gärtnere von der Stadt beschäftigt, darunter 118 dauernd und 29 vorübergehend. Es beziehen davon einer Altersrente, einer Invalidenrente, zwei Unfallrenten; beschränkt arbeitsfähig sind sechs. Was das Alter der Gärtnere betrifft, so zählen 39 bis 30 Jahre, 38 von 31 bis 40 Jahre, 34 von 41 bis 50 Jahre, 19 von 51 bis 60 Jahre, 17 von 61 bis 70 Jahre und 2 von 71 bis 80 Jahre. Der Tagelohn stellt sich bei 2 Gärtnern auf 6,75 M., bei 4 auf 6 M., bei 4 auf 5,75 M., bei 1 auf 5,50 M., bei 4 auf 5,25 M., bei 5 auf 5 M., bei 4 auf 4,75 M., bei 6 auf 4,50 M., bei 13 auf 4,25 M., bei 10 auf 4 M., bei 22 auf 3,75 M., bei 18 auf 3,50 M., bei 10 auf 3,25 M., bei 35 auf 3 M. Wie wir gestern mitteilten, ist als Mindestlohn der Tag von 3,50 M. festgesetzt worden, die Vorschläge, diesen Lohn auf 3,75 M. resp. 4 M. festzusetzen, drang nicht durch.

Von den 584 im städtischen Dienst stehenden Parlarbeitern werden dauernd 254, vorübergehend 310 beschäftigt. Altersrente empfangen 23, Invalidenrente 57, Unfallrente 45, anderweit beschränkt arbeitsfähig sind 53; nur 9 erhalten Witwen. Die Löhne dieser Arbeiter stellen sich wie folgt: Einer wird mit 5,25 M. täglich entlohnt, 2 mit 5 M., 1 mit 4,50 M., 15 mit 4,25 M., 10 mit 4 M., 11 mit 3,75 M., 30 mit 3,50 M., 68 mit 3,25 M., 87 mit 3 M., 179 mit 2,75 M., 151 mit 2,50 M.

Den Alter nach zählen 19 Arbeiter bis 30 Jahre, 50 von 31 bis 40 Jahre, 79 von 41 bis 50 Jahre, 101 von 51 bis 60 Jahre, 106 von 61 bis 70 Jahre, 32 von 71 bis 80 Jahre. Man sieht, daß sich für den niedrigen Lohn verhältnismäßig wenig junge Leute zu dieser Beschäftigung bereit finden. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß es der Stadt Berlin nicht würdig sei, so niedrige Löhne zu zahlen. Die Folge solcher Entlohnung sei, daß die Frauen der Parlarbeiter sich ebenfalls außerhalb des Hauses Arbeit suchen müßten. Als ersichernd konnte noch die Länge der Arbeitszeit in Betracht; die meisten der Arbeiter seien täglich 14 Stunden vom Hause abwesend. Der Tag von 8 M. 50 Pf. wurde hier als Mindestlohn bezeichnet. Von anderer Seite fiel die Entgegnung, daß die durchschnittliche Arbeitszeit sich nicht auf 12, sondern auf 9 1/2 Stunden stelle, da sich in der letzten Jahreszeit die Arbeit von selbst verringere. Auch sei die Mehrzahl der städtischen Arbeiter schon infolge ihres durchweg hohen Alters

nur beschränkt arbeitsfähig. Dieser Ansicht wurde entgegengehalten, daß die Mehrzahl der Arbeiter, nämlich 310, nur vorübergehend, also in der besseren Jahreszeit beschäftigt sei und daher gar nicht dazu komme, längere Zeit zu arbeiten. Die Mehrheit der Deputation bestimmte schließlich, daß 8 M. Tagelohn als Mindestsatz zu gewähren sei.

Moderne Ethik für — Quartier.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Es ist nichts Neues, daß der Lehrstoff in unseren Schulbüchern der Anschauungsweise der bestehenden Klassen angepaßt wird, und es hieß: Denkmäler in den Berliner Tiergarten tragen, wollte man auseinandersehen, mit welchem religiösen und historischen Vorkurs unseren Kindern in den heutigen Lehranstalten das arme Gehirn verfleißert wird.

Sobald indessen ein „genialer“ Schulmann der uralten Methode neue Nuancen abzugewinnen weiß, verlohnt es sich schon der Mühe, dem Klageklage von der Kulturwidrigkeit unseres modernen Unterrichts eine Strophe anzufügen: Eines der verbreitetsten Lehrbücher für die Anfangsgründe der französischen Sprache ist der P l o e y - K a r e s, an dessen Schönheiten sich unsere Quartier, d. h. Knaben zwischen 11 und 13 Jahren (auch Mädchen), zu erfreuen haben. Nun sind wir es seit jeher gewöhnt, in dieser Büchern den König, die Königin und ähnliche hohe Herrschaften als Hauptgestalten der grammatikalischen Übungen denkwürdig zu sehen; auch wissen wir, daß Kämpfe, Kriege, Schlachten usw. von Pädagogen gewissen Schläges als besonders geeignet betrachtet werden, unseren Kleinen und Kleinsten als Lehr- und Übungsstoff zu dienen. Aber mit so raffinierten Methodik ist bisher meines Wissens noch kein Schulmann zu Werke gegangen wie Herr Dr. Gustav P l o e y in seinem oben zitierten Elementarbuch (Ausgabe B für Gymnasien und Realgymnasien). Das Buch hat in kaum 10 Jahren 7 Auflagen gehabt, so daß also Tausende und Abertausende von Elf- bis Dreizehnjährigen aus ihm Bildung und Weisheit schöpfen konnten. — Die 7. Auflage (Berlin 1903) liegt vor mir, und ich blättere in ihr. Auf den mangelnden Ehrgeiz eines Monarchen, der als „unser König“ bezeichnet wird, weist P l o e y mit Vorliebe hin, bis er (Seite 125) endlich mit der Sprache herandrückt, indem er die Quartier folgenden Satz übersehen läßt: „Unser König ist nicht ehrgeizig; er t u n s i c h nur den Frieden.“ (Da der Mensch eigentlich — wie man den Kindern gelegentlich sagt — Ehrgeiz besitzen soll, so müßte „unser König“ im Grunde genommen den Krieg wünschen!) —

Nachdem ein passant auf Seite 130 zur Abwechslung auch einmal erklärt ist: „Der Krieg wird immer ein Unglück sein“, kommen wir auf Seite 132 mit Stück 19 A zu einer Glangleistung, die erst dann voll gewürdigt werden kann, wenn wir uns den wunderbaren Aufbau dieses Übungsstückes mit seinen effektvollen Steigerungen umbertastet zu Gemüte führen. Das ganze Stück 19 A lautet:

1. Wie werden die Schanze angreifen. 2. Der Oberst wird zuerst hinaufsteigen. 3. Die Feinde werden schießen. 4. Wir werden auf die Feinde schießen. 5. Der Soldat wird seinen Gegner töten. 6. Wenn ich in Gefahr bin, wirst Du mir zu Hilfe kommen. 7. Wenn Du in Gefahr wärest, würde ich Dir zu Hilfe kommen. 8. Wirst Du auf die Gegner schießen? — Ich werde schießen, wenn der Oberst den Befehl gibt, zu schießen. 9. Wirst Du auf einen Kameraden schießen? — Ich würde schießen, wenn der Oberst den Befehl gäbe, zu schießen. — Und Du würdest keine Gefühlsbisse empfinden? — Nein, denn ich würde denken, daß mein Kamerad schuldig ist. (11)

Viel reizvoller, Herr Dr. P l o e y, wäre es noch, wenn Sie in Satz 9 schreiben: „Wirst Du auf Vater und Mutter schießen?“ und dann die schöne Antwort folgte wie oben steht: „Ich würde denken, daß Vater und Mutter schuldig sind!“ — Vielleicht kann diese Anregung in der 8. Auflage berücksichtigt werden!

Nun noch zu Stück 19 B. Auch hier finden wir drei reizende Sätze mit moralischem Hintergrund. Satz 16: Würdest Du einen Flüchtling verbergen, wenn er Deinen Sohn anschießt? 17. Ich würde einen Schuldigen nicht verbergen. 18. Der Mann, welcher einen Schuldigen verbergen würde, würde selbst schuldig sein.

Und das im selben Bunde, in dem wir vorher die Erzählung von einem Arbeiter finden, der sogar dem Richter seines Sohnes die einmal verbrochene Gastfreundschaft nicht verteidigt! Wahrscheinlich wird Herr Dr. P l o e y unseren Gymnasialisten den Gegenfall zwischen orientalischen Ehrbegriffen und preussisch-russischer Ehrlichkeit demnächst schon im ersten Schuljahr begrifflich zu machen beginnen. Ja, ja — wir haben herzlich weit gebracht!

Eine Lösung der Straßenbahnfrage.

Die Sache hat entschieden einen Stich ins Komische. Berlin wittert zornentbrannt gegen die Zeitarten-Verleerung auf der Straßenbahn, und mitten im Kampfe bietet sich der streitenden Parteien ein Retter an. Die Bevölkerung ist unzufrieden ob der Habgier der Großen? Ihr soll geholfen werden! Und nicht allein ihr, sondern auch der Großen, die die Abkommen nicht befehen kann und ihnen am liebsten Rattengift legen möchte. Und ganz nebenher kann noch etlichen hundert Geschäftsleuten zu vermehrter Kundshaft verholfen werden. Kurzum ein Radikalmittel in der Straßenbahnnot ist erfunden worden, nicht minder genial wie das, wovon Mephisto dem Kaiser erzählt:

Man wird sich nicht mit Vörs' und Deutel plagen, Ein Blättchen ist im Wafen leicht zu tragen, Mit Liebesbrieflein paart's bequemt sich hier, Der Meister trägt's andächtigen Drevier, Und der Soldat, um rascher sich zu wenden, Erleichtert schnell den Müttel seiner Leiden.

Um auf den Kern der Sache zu kommen, so sei bemerkt, daß eine Gesellschaft für Straßenbahn-Kellame sie jetzt anheftig macht, dem lieben Publikum eine Fahrt auf der Straßenbahn, die jetzt 10 Pf. kostet, für 5 Pf. zu ermöglichen. Der Gedanke, der diesen menschenfreundlichen Plan zugrunde liegt, ist außerordentlich einfach. In einer Reihe größerer Geschäfte sind kleine Kellame für 5 Pf. zu kaufen, in denen die erwähnte Kellamegesellschaft allerdings Kellames mittel. Man kauft in so einem gelben Hest, was man zu tun hat, um fremde Körper aus dem Auge zu entfernen, um das übermäßige Schwitzen der Hände zu verhalten, um Erfrischungshusten zu heilen. Wirten vor dem Verderben zu bewahren und was dergleichen nützliche Ratsschläge mehr sind. Auch ehrwürdige Knechtchen und Wipe sind in dem Hest, ferner allerhand Adressen, ein Kalender und selbstverständlich auch Anzeigen. Diese Anzeigen sind die Hauptsache, denn sie ermöglichen es der Gesellschaft, daß sie für jedes Hest, das sie drucken läßt, der Großen Berliner bare fünf Pfennig in die Kasse legen und dann einem solchen Hest zu fünf Pfennig den C o u p o n anhängen kann, der auf jeder Straßenbahn vom Schaffner gegen einen Fahrchein zu 10 Pf. eingetauscht wird. So viel bringen die Annoncen in dem Fahrcheinheit ein! Die Straßenbahn geht bei dem Unternehmen augenscheinlich kein Risiko ein; sie kann im Gegenteil darauf rechnen, daß sie bei solcher für sie kostenlosen Verbilligung der Fahrt von den verhassten Abkommen eine erhebliche Anzahl los wird, sobald die Heste genügend Verbreitung finden. Die Kellamegesellschaft denkt ebenfalls ein Wombengeschäft zu machen und desgleichen die Geschäftsleute, die darauf rechnen, daß der Fahrgast in der Langeweile der Straßenbahnfahrt den Annoncen in dem Fahrcheinheit geziemende Beachtung widmet. Den Inferenten und ebenso der Kellamegesellschaft kommt noch der Umstand zu statten, daß die Polizei die Veranzierung der Straßenbahnen durch Geschäftsreklamen verboten hat. Kurzum, ein Allheilmittel gegen die Straßenbahn-Gebrechen ist erfunden worden, und in der Erkenntnis, daß solche Kellame etwas für sich hat, sollen hiesige große Warenhäuser bei der Kellamegesellschaft



Schon Millionen Fahrtscheinhefte bestellt haben. Eine Frage taucht noch auf, nämlich die, ob auch ein Mißbrauch mit dem neuen Wundermittel getrieben werden darf. Wer will es einem Straßenbahnschaffner verbieten, wenn er jeden Tag etliche hundert Kellameche aufkauft und sie am Abend bei seiner Gesellschaft mit 5 Pf. Profit für jedes Stück einläßt? Diese Möglichkeit wird die Geschäftsinshaber wahrscheinlich veranlassen, die Hefte nicht unbefristet, sondern nur im Verhältnis des Wertes der eingekauften Waren am Publikum abzugeben. Wie dem aber auch sei, das Publikum hat immerhin einen Gewinn aus der neuen Kellameche und kann lachen.

In der Rolle der getränkten Unschuld gefaßt sich weiter die „Freisinnige Zeitung“. Sie jammert, der „Vorwärts“ habe ihr bitter Unrecht getan, indem er an ihren „Menschenqualerei“-Artikel, der die hohen Klassenfrequenzen preussischer Volksschulen tabelte, die Bemerkung knüpfte, über die ähnlich hohen Klassenfrequenzen der Volksschulen Berlins rege die „Freisinnige Zeitung“ sich nicht auf. Das sei die Kampfweise des „Vorwärts“: Da er an ihren Ausführungen nichts auszuweisen wisse, so bemängelt er das, was nicht gesagt sei. Mit Verlaub! Nicht von dem, was nicht gesagt war, haben wir gesprochen, sondern von dem, was in der „Freisinnigen Zeitung“ noch nie gesagt worden ist. Und eben das bemängelten wir, daß es noch nie gesagt wurde.

Komisch wirkt der Nachdruck, mit dem das Blatt hervorhebt, wir hätten „zugegeben“, daß in den Schulen Berlins schon manches besser geworden sei. Ei gewiß doch, mit dem größten Vergnügen wird das von uns „zugegeben“; denn wir haben es ja oft genug selber gesagt. Wir wissen aber, daß es der „Freis.“ sehr viel weniger Vergnügen bereiten würde, einmal ihren Lesern zu erzählen, was alles in den Schulen Berlins noch schlecht ist. Selbstverständlich zieht sie es auch in ihrer neuesten Entgegnung vor, darüber zu schweigen und desto lauter über „nichtsagende und perfide Verdächtigungen“ zu jähren. Gleichzeitig registriert sie mit Stolz, daß wir ihren den preussischen Volksschulen gewidmeten Artikel „prächtig“ und ihre Ausführungen „verständlich“ und „beherzigenswert“ genannt haben. Sie hat in der Tat einen blamablen Mut!

Zum Schluß meint das Blatt, unsre Polemik solle mehr der Agitation als der Sache dienen. Selbst die ernstesten Fragen würden vom „Vorwärts“ zu Agitationszwecken „herabgewürdigt“. Wie vornehm das klingt! Weich denn die „Freis.“ nicht, daß gerade die Schule einst dem Berliner Freisinn das beliebteste Agitationsmittel war? Ach, wie gern würde er noch heute diese ernsteste Frage zu gleichem Zweck „herabwürdigend“, wenn er nicht inzwischen selber eingesehen hätte, daß er mit den Berliner Schulen keinen Staat machen kann.

In sachlichem Inhalt bietet die „Freis.“ in ihrer Erwiderung nur den Hinweis, daß bei zu hohen Frequenzen der Unterricht in Deutsch und Rechnen auf Antrag des Direktors in getrennten Abteilungen gegeben werde. Nun, das wußten auch wir. Aber will uns die „Freis.“ nicht sagen, in wieviel Klassen das geschieht? Oder wird sie auch das lieber nicht tun?

**Verlorene Kraft.** Mit dem Problem der Rückgewinnung der für das Bremsen der Züge aufgewendeten Energie beschäftigt sich gegenwärtig hervorragende Eisenbahntechniker. Wenn die schweren, mit großer Geschwindigkeit fahrenden Züge beim Einlaufen in die Aufenthaltsstationen gebremst werden sollen, müssen natürlich außerordentliche Kräfte aufgewendet werden, um der lebendigen Kraft des Zuges entgegenzuwirken und diesen zum Stehen zu bringen. Diese Kräfte gingen bisher nutzlos verloren; man will jetzt versuchen, sie in elektrische Energie umzuwandeln und anzuspeichern, um den so gewonnenen elektrischen Strom zu Beleuchtungs- oder anderen Zwecken zu verwenden. Freilich wird sich nur ein Bruchteil der verlorenen Kraft — etwa 6 Proz. — zurückgewinnen lassen, welche in Akkumulatoren aufgespeichert werden muß; auf Stationen, auf denen viele Züge halten, würde man aber trotzdem ein ganz ansehnliches Quantum von Energie gewinnen, so daß sich die dazu erforderliche Sammelstelle bezahlt machen würde. Es gehören zu derselben: die Isolierung der Schienen, welche den Strom fortleiten, Zuleitungen, Akkumulator-Zellen und Dynamomaschinen nebst Antriebsvorrichtungen. Derartige Anlagen werden für Eisenbahnstrecken empfohlen, auf denen recht viele Stationen dicht bei einander liegen und Züge in kurzen Zeitabständen verkehren, wie es z. B. auf der Berliner Stadt- und Ringbahn der Fall ist.

Die städtischen Fortbildungsanstalten beginnen das bevorstehende Winterhalbjahr am Mittwoch, den 12. Oktober dieses Jahres. Die Unterrichtskurse dauern bis Mittwoch, den 24. März 1905. In allen vier Anstalten werden für Personen, die in einem praktischen Beruf stehen, Fortbildungskurse in Deutschen, Französischen, Englischen, im kaufmännischen Rechnen und in der Buchführung gehalten.

Die Anstalten befinden sich: 1. im Friedrichs-Gymnasium, Friedrichstr. 126, Unterrichtszeit Sonntag vormittags von 8—9<sup>1/2</sup> Uhr und an den Wochentagen außer Sonnabend von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends; — 2. in der ersten Realschule, Alexandrinenstr. 5—6, Unterrichtszeit Montag und Donnerstag, sowie Dienstag und Freitag von 8 bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends; — 3. im Dorotheensiedlischen Realgymnasium, Georgenstr. 30—31, Unterrichtszeit an den Wochentagen außer Sonnabend von 8 bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends; — 4. in der zweiten Realschule, Weidenburgerstraße 4a, Unterrichtszeit an den Wochentagen außer Sonnabend von 8 bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends. — Bei gleichzeitiger Beteiligung wird in allen vier Anstalten auch Unterricht in der Stenographie und im Maschinenschriften erteilt; in der ersten Anstalt auch im Freihand- und Maschinenschriften, in der Mathematik und im Aquarellieren; in der zweiten in der Chemie; in der dritten im Schreiben, in Handelskunde sowie in der kaufmännischen Korrespondenz; in der vierten Anstalt im Zeichnen und in der Physik. — Das halbjährliche Schulgeld beträgt für jeden zweistündigen Kursus 2 M., für jeden vierstündigen Kursus 4 M. Meldungen von Teilnehmern an den Unterrichtskursen sind an die Direktoren der Anstalten zu richten.

Im städtischen Schwimmbad, Dennewitzstr. 24a, wird vom 10. Oktober an ab abwechselnd ein zweites Schwimmbad für weibliche Personen, und zwar an jedem Montag von 6<sup>1/2</sup> bis 8<sup>1/2</sup> Uhr eingerichtet. Die abwechselnde Benutzung der Schwimmbäder von beiden Geschlechtern soll von dem genannten Tage ab in dieser Anstalt wie folgt stattfinden: 1. für weibliche Personen an allen Wochentagen von 9<sup>1/2</sup>—12 Uhr vormittags; jeden Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 2—4 Uhr nachmittags und jeden Montag und Donnerstag von 6<sup>1/2</sup>—8<sup>1/2</sup> Uhr abends; 2. für männliche Personen während der ganzen übrigen Betriebszeit von morgens 7 (im Sommer 6) bis abends 8<sup>1/2</sup> Uhr; freitags bis 9 Uhr, Sonnabends bis 9<sup>1/2</sup> Uhr und Sonntags bis 11 Uhr nachmittags. Der Klassenfluß erfolgt eine halbe Stunde vorher.

In den anderen städtischen Volks-Badeanstalten bleiben sowohl die Schwimmabende für Frauen und Mädchen, und zwar in den Anstalten Kurfürststraße und Schillingstraße am Montag, Oderbergerstraße am Dienstag, Bärwalderstraße am Mittwoch, als auch die übrigen Schwimm- und Badezeiten unverändert. — Die Schwimmabende sind auch zur Vermietung für Nichtschwimmer eingerichtet. — Die Bännen- und Wrausebäder stehen während des ganzen Tages (an Sonntagen vormittags) Männern und Frauen ununterbrochen zur Vermietung offen.

Unser Parteigenosse Emil Günther ist gestern unter zahlreicher Beteiligung auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde zu Grabe getragen worden. Günther war früher zweiter Vorsitzender im Wahlverein des ersten Reichstagswahlkreises; seit 12 Jahren in der Partei tätig, hat er trotz schwerer Krankheit bis in die letzte Zeit seines Lebens treu und opferwillig seine Parteipflichten erfüllt. Genosse Waldeck Manasse hielt am Grabe einen tiefempfundenen Nachruf, auf das Wirken des wackeren Streikers im Befreiungskampf. Günther hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern.

Von den 135 Arbeiterinnen in den städtischen Parks werden dauernd nur 10, vorübergehend 125 beschäftigt. Eine Frau erhält 2 M. Tagelohn, 13 Frauen 1,75 M., die übrigen 1,60 M. Alters-

rente beziehen 3 Frauen. Invalidentrente 52. Das Alter stellt sich bei 2 Frauen zwischen 31 und 40 Jahre, bei 19 zwischen 41 und 50 Jahre, bei 54 zwischen 51 und 60 Jahre, bei 67 zwischen 61 und 70 Jahre, bei 3 zwischen 71 und 80 Jahre. Der niedrige Lohn hatte zur Folge, daß in diesem Jahre mehr Frauen abgingen als zulaufen. Die Deputation setzte den Mindestlohn für Frauen auf 2 M. fest. In der Gesamtabstimmung wurden die erwünschten Lohn-erhöhungen beibehalten; ferner beschloß die Deputation, den städtischen Behörden zu empfehlen, diese Lohnhöhung am 1. April 1905 einzutreten zu lassen.

Jaques Lebaudy, der „Kaiser der Sahara“ ist in Berlin eingetroffen, um die Stadt zu besichtigen. Der Magistrat soll von Empfangsfeierlichkeiten abgesehen haben. Herr Lebaudy ist 23 Millionen schwer und will sich mit 1000 geworbenen Leuten die Sahara erobern.

Der vielgenannte „Graf Salvia“ ist nunmehr hier in Berlin verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte durch den Kriminalkommissar Schöne, also durch die politische Polizei, und zwar, dem Vernehmen nach, auf eine Requisition aus Dresden, wegen Hochverrats. Namens des Verhafteten haben die Rechtsanwälte Morris und Bahn gegen die Verhaftung Beschwerde eingelegt.

Auf der Spree und den Spreeanälen hat sich seit kurzem ein riesiger Schiffsverkehr entwickelt, nachdem auf der Oder und Elbe ein großer Teil der seit Monaten dort festliegenden Frachtschiffe freigegeben werden konnte. Der Andrang der Schiffe an den hiesigen Schleusen ist ganz gewaltig, so daß die Schleusenverwaltung kaum den gestellten Anforderungen zu genügen vermag. Bei der Mühlenstammenschleuse sammelte sich gestern eine große Flotte Stromaufwärts und stromabwärts fahrender Schiffe, so daß es zu förmlichen Verkehrsstopps kam. Allerdings haben diese Fahrzeuge, da sie nur halbe Ladung besitzen, geringen Tiefgang. Leider wird aber schon wieder ein kleiner Rückgang des Wasserspiegels gemeldet.

Ein verschwundenes Liebespaar. Der 19-jährige Handlungsgehilfe Walter unterhielt ein Liebesverhältnis mit der um drei Jahre jüngeren Martha V., der Tochter eines Handwerkers in Adlershof, das bei der Jugend der beiden von den Eltern natürlich nicht gebilligt wurde. Der Vater des Mädchens stellte Walter in energischer Weise zur Rede, und dies nahm sich das Pärchen an, indem es sich zu Herzen, daß es zu sterben beschloß. Seit Sonnabend sind beide aus Adlershof verschwunden, und es wird angenommen, daß sie sich das Leben genommen haben. Auf Anstaltsarten, die das Pärchen in Nieder-Schöneweide zur Post gegeben hat, teilt es mit, daß es sich gemeinsam in Grünau das Leben nehmen werde.

Zu der Verhaftung des Bankiers Kniehase in Moabit wird noch mitgeteilt: Das Geschäft zählte zu seinen Kunden besonders viele Handwerksmeister, kleine Rentner und Hausbesitzer, die bei Kniehase bares Geld liegen hatten, um ihre laufenden Verbindlichkeiten zu regeln. Sie sind jetzt überzeugt, daß ihr Geld verloren ist. Kniehase wird auch der Veruntreuung von Mündelgeld beschuldigt. Ein verstorbenen Hofuhrmacher S. ließ sich seine Bücher durch einen Eisenbahn-Betriebssekretär lange kontrollieren. Aus diesen Beziehungen entwickelte sich eine Freundschaft zwischen beiden Männern. Als S. starb, wurde K., der zuletzt seine und Kniehase, der mit beiden gut bekannt war, Gegenwärtig. Das Vermögen des Mündels betrug 300 000 M., davon waren bei einer hiesigen großen Bank 250 000 M. hinterlegt. Den Depotschein betrug 2. Als dieser vor etwa zwei Jahren mit seiner Familie im Bade war, schrieb im Kniehase, er brauche den Schein, weil er die Papiere nachsehen müsse, um dem etwaigen Verfall von Coupons usw. vorzubeugen, erhob dann einen bedeutenden Teil des Depots und ersetzte die guten Papiere durch minderwertige. K., der den Depotschein wieder an sich nahm, verlangte Rechenhaft, kam aber nicht zum Ziele. Jetzt stellt sich heraus, daß die Summe unterschlagen worden ist. Ein Bruder des Verhafteten bot 30 000 Mark zur Deckung des Defizits an. Es wird aber immer zweifelhafter, ob die Verwandten es decken können, wenn sie auch vermögend sind. Einen schweren Verlust erleidet jedenfalls das Mündel, der Fabrikbesitzer Bahl aus Ludwigslust, der von der Verlobungsfeier telegraphisch nach Berlin gerufen wurde. Er verliert wahrscheinlich volle 250 000 M. und wird also von seinem Vermögen noch etwa 100 000 M. retten. Kniehase hat jetzt bereits eingeräumt, daß er außer den Papieren des Mündels auch andere Depots angegriffen hat. Die Verhaftung kam ihm wohl nicht unerwartet. Der mit seiner Festnahme beauftragte Kriminalkommissar suchte ihn lange vergebens, fand ihn endlich im Bureau des Justizrats, in dem die Rechnungslegung erfolgen sollte, und ging dann erst noch mit ihm nach seinem Comptoir, bevor er ihn nach dem Polizeipräkterium brachte. Kniehase erklärt jetzt selbst, daß er sich schon seit zwei Jahren durch die Schwierigkeiten nur noch so hindurch manövriert habe. Das meiste Geld habe er in die Grube „Wine“ gesteckt, die schon seinem Vater gehörte. Der Hauptvormund Wahls, der Eisenbahnbetriebssekretär R. Lange, erklärt, daß er bezüglich der Mündelpapiere in gutem Glauben gehandelt habe, da er Kniehase den Schein und den Schlüssel überliefert habe. Die Papiere, die auf der Bank lagen, seien tatsächlich nicht mindelischer gewesen, der Vorwand Kniehases habe ihm deshalb glaubhaft erscheinen müssen. Bei seiner Rückkehr habe er wahrgenommen, daß die Dinge nicht in Ordnung waren, und den Gegenwärtigen zur Rede gestellt. Dieser habe sich herausgeredet mit angeblichen Verzögerungen, für die er nicht verantwortlich sei. Er habe zu der verlangten Regelung alles Kleingedruckte übergeben, dort verzögere sich aber der Umtausch ins Unendliche. Diese Angaben habe er, Lange, für wahr gehalten und daher immer wieder auf die Regelung gewartet. Gestern ließ die Staatsanwaltschaft auch in der Villa zu Hohen-Neudorf eine Hausdurchsuchung anstellen und Siegel anlegen. Kniehase, der auf einem Fuße hinkt, hat vier minderjährige Kinder. Er lebte gut bürgerlich und trieb keinen übermäßigen Aufwand.

„Jurat vor der Hochzeit.“ Zu dieser Zeitungsmede vom 29. September erhalten wir folgende Aufklärung: Die Angaben des Schneidemeisters W. sind unrichtig, denn er hat mit der Emma S. ein Liebesverhältnis angeknüpft, ohne ihr zu sagen, daß er verheiratet ist und von seiner Frau getrennt lebt. Das Liebesverhältnis war nicht ohne Folgen geblieben, doch erfuhr Emma S. erst später, daß W. von seiner Frau noch nicht geschieden ist, ebenso wurde ihr bekannt, daß er noch mit einer anderen Person ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Diese Umstände in Verein mit Mißhandlungen, die Emma S. und ihr Kind von W. zu erdulden hatten, mögen die Arme veranlaßt haben, zwar nicht ins Wasser zu gehen, wie angenommen wurde, sondern sich dem Vannkreis des W. zu entziehen und bei ihr freundschaftlich gesinnten Leuten Unterschlupf zu suchen.

Bei seinem vierten Selbstmordversuch den Tod gefunden hat der 54 Jahre alte Maurer Friedrich Bothe, Dranienstraße 4, dessen Leiche, wie bereits kurz gemeldet, gestern im Langen See gelandet wurde. In einem offenen Briefe, der bei dem Toten gefunden wurde, teilt er mit, daß er aus Lebensüberdruß die Tat begangen habe. Bereits dreimal habe er versucht, sich zu erhängen, sei jedoch jedesmal dabei überlistet worden. Wie festgestellt, hat er bereits am Sonnabend den Selbstmord verübt, nachdem er sein Geld, 70 M., sowie seine Uhr einem Freunde übergeben hatte.

Feuerbericht. Mittwoch gegen Mittag wurde die Wehr nach Niederwallstr. 18 gerufen, weil hier in einem Weinkeller Feuer ausgebrochen war, das auch schon die Deckenverschöpfung ergriffen hatte. Der 20. Löschzug beseitigte die Gefahr in kurzer Zeit. — Eine Stunde vorher mußte der 17. Löschzug nach der Stallweiberstr. 32a ausrücken, um dort einen Schornsteinbrand zu besorgen. — Durch die Explosion einer Petroleumlampe war in der Wehnerstr. 21 in einer Wohnung ein Brand entstanden, der im wesentlichen Möbel, Decken und Kleidungsstücke beschädigte. — Ein zweiter Wohnungsbrand beschäftigte die vierte Kompanie in der Waldstr. 59 kurze Zeit. — In der Gütchinerstr. 79 mußte gegen Abend in einer Küche ein Feuer abgelöscht werden, das neben Kogalen auch den Fußboden beschädigte. — Zur selben Zeit hatte der neunte Löschzug in der Flott-

wellstraße 4 zu tun. Dort brannte in einer Badestube das Balkenlager. — Die übrigen Alarmierungen, die noch im Laufe des gestrigen Tages einliefen, waren auf ganz unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

**Arbeiter-Samariter-Kolonie.** Wir machen die Arbeiterkassette Berlin und der Vororte darauf aufmerksam, daß am 10. Oktober in der Zentrale, Dredenerstr. 42, und am 17. Oktober in der Filiale Wrammenstr. 154 ein neuer Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfsleistung bei Unglücksfällen beginnt. Der erste Vortrag in jeder Abteilung lautet über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers) mit Demonstrationen an Bildern und Präparaten; es steht jedem der Besuch als Gast frei. Der Zweck der Arbeiter-Samariter-Kolonie ist nicht, das Heer der Kurpfalser zu vermehren, sondern wirklich brauchbare Samariter heranzubilden, welche befähigt sind, bei Unglücksfällen oder Verletzungen einzuspringen und dem Arzte voranzuarbeiten. Zu dem Zweck unterhält die Kolonie halbjährliche Kurse, in welchen unter Leitung bekannter praktischer Ärzte die Teilnehmer durch theoretische und praktische Belehrungen und Übungen unterrichtet werden. Außerdem steht zum häuslichen Studium eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Mitglied kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin werden, wenn das achtzehnte Lebensjahr erreicht ist. Auf Wunsch werden Lehrpläne vom Vorsitzenden E. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, zugefandt. Dierher sind auch alle Anfragen sowie Aufträge für die diensttunende Abteilung zu richten. Die Vereinsvorstände, welche Samariter zu ihren Festlichkeiten wünschenswert, werden ersucht, dies recht frühzeitig dem Vorsitzenden mitzuteilen.

Das Passage-Theater hat auch in diesem Monat ein hübsches Programm zusammengestellt. Die Erschaffung des Weibes aus dem Nichts wird weiter mit Eleganz betrieben, zum Erlernen der Zuschauer, die sich dies appetitliche Mädel nicht erklären können. Die Jongleuse Miss Robinson läßt auf rollender Kugel ihre Fertigkeit überdauern scheint es unter dem Akrobatenvolk Brauch zu werden, daß an sich schon halbbrechende „Gewerbe“ unter erschwerten Umständen zu betreiben. So quälten sich die Gebrüder Steffen als Barter-Akrobaten, indem sie sich mit Säden und Körben beschäftigten. In der Tanzkunst leisten die Schwestern Fiorati vortreffliches, auch die temperamentvollen russischen Rationaltänze der Engelstanz-Truppe können sich sehen lassen. Ein vortrefflicher Gesangs- und Klavierkomponist ist Herr Hans Lassen. Mit ganz neuen, verblüffenden Tricks kommen die Exzentrischen Auto und Mobil. Recht tüchtige Gesangsleistungen gaben Pia Maggioli und Liti Buscany zum besten.

Im kommenden Winterhalbjahr wird eine Kommission der Berliner freien Studentenschaft Unterrichtskurse — zunächst in Deutsch und Rechnen — für Arbeiter abhalten. Die Kurse haben den Zweck, dem älteren Arbeiter, der die Fortbildungsschule nicht mehr besuchen kann, die auf der Schule erworbenen Kenntnisse wieder ins Gedächtnis zurückzurufen und zu erweitern und ihm so die Grundlage für höhere Stufen der Bildung zu verschaffen. — In Aussicht genommen sind vier Kurse: Deutsch: Unter- und Oberstufe; Rechnen: Unter- und Oberstufe. Jeder Kursus findet das ganze Winterhalbjahr hindurch einmal wöchentlich statt in den Abendstunden von 8<sup>1/2</sup>—10. Er besteht aus Vortrag mit anschließenden Übungen. Vorkenntnisse werden für die Unterstufen nicht vorausgesetzt. — Die Kurse werden abgehalten in den Räumen der „Auskunftsstelle der deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur“, Unter den Linden 16, Gartenhaus. Die Kurse beginnen am Dienstag, den 1. November, 8<sup>1/2</sup> Uhr abends. Eine Vorbesprechung, zu der die Interessenten gebeten werden, findet in den Räumen der Auskunftsstelle am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 9 Uhr, statt. Zur Deckung der Kosten für Unterrichtsmittel wird ein Beitrag von 25 Pf. pro Kursus erhoben. Vorherige Anmeldungen zu den Kursen werden an oben bezogener Stelle entgegengenommen.

**Theater.** Im Leising-Theater wird infolge Unwohlseins von Oscar Sauer am Freitag statt „Die Frau vom Meere“, Arno Holz und Jerrechs Schauspiel „Traumulus“ gegeben. — Alumenstals und Radelburgs „Großstadtluft“, das vor langen Jahren im Schiller-Theater O. gespielt worden ist, wird Donnerstagabend zum erstenmal im Schiller-Theater N. gegeben. — „Gastons Frauen“, die Komödie des Trianon-Theaters, bringt nicht nur das gesamte bisherige Personal desselben auf die Bühne, sondern hat auch eine Reihe von Neuengagements nötig gemacht, u. a. wurden neu verpflichtet die Damen Amy Galice, von Lorée und Ely Salter, sowie die Herren Georg Bafelt, Hugo Hink, Karl Krall, Hermann Witt, Julius Sachs und Hans Semius.

### Aus den Nachbarorten.

Die Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung vom Mittwoch begann mit einer interessanten Geschäftsordnungs-Debatte. Die Stadtv. Dr. Jeyler (Soz.) und Genossen hatten rechtzeitig folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung protestiert gegen das Verhalten und die Ueberriffe der Polizei gegenüber Arbeiterinnen, welche in der Nähe der Fabrik von Siemens u. Halde Streikposten standen. Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, bei der Polizeidirektion wegen dieser Vorkommnisse vorstellig zu werden und ihr den Protest der Stadtverordneten-Versammlung zu übermitteln.“ Diesen Antrag hatte der Vorsteher nicht auf die Tagesordnung gesetzt, da er die Versammlung für unzuständig hielt. Seitens der sozialdemokratischen Stadtverordneten, in deren Namen Dr. Jeyler und Dr. Vorhardt das Wort ergriffen, wurde energisch die Zuständigkeit der Versammlung betont. Dr. Jeyler zog sich dabei, als er von einer „Seuche politischer Ueberriffe“ sprach, einen Ordnungsruf zu. Die bürgerlichen Stadtverordneten beteiligten sich an der Debatte nicht, sie begnügten sich, in namentlicher Abstimmung sich gegen die Zuständigkeit der Versammlung zu erklären, so daß der Antrag nicht zur Beratung kam.

Von den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen beantragten nur wenige ein öffentliches Interesse. U. a. sah die Versammlung wieder einmal Beschluß über den Neubau der Charlottenburger Brücke; sie entschied sich dahin, daß der Ausführung der künstlerischen Ausgestaltung der Brücke der von Professor Schade angefertigte neue Entwurf zugrunde gelegt werden soll und empfahl gleichzeitig, bei der künstlerischen Durchbildung der Einzelheiten unter Wahrung des monumentalen Eindrucks mögliche Einfachheit walten zu lassen. Nach Erledigung einiger Vorlagen ohne Bedeutung beschloß die Versammlung endlich, zum Wohnungskongress in Frankfurt a. M. die beiden Vorsteher zu delegieren. Ein Antrag Vogel (Soz.), auch je ein Mitglied der Fraktion Alt-Charlottenburg und der sozialdemokratischen Fraktion zu entsenden, wurde ohne Debatte abgelehnt.

**Treptow-Baumfchulenweg.** Die Bautätigkeit ist in diesem Jahre recht rege. Es kamen zum Oktoberumzug 20 Bauten zur Abnahme, wovon 8 auf Treptow und 21 auf Baumfchulenweg entfallen. Hierunter befinden sich 13 Genossenschaftshäuser, welche größer und hübscher angefaßt sind als die vor 7 Jahren gebauten. Mit dem Bau von 6 weiteren Häusern — wozu schon Käufer da sind — will die Gesellschaft im Frühjahr beginnen. Die Ausdehnung unseres Ortes, die durch den früheren Amtsvorsteher und jetzigen Schöffen Hoffmann so lange verzögert wurde, geht schnell vor sich; Treptow nimmt unter den Vororten jetzt schon den vierten Platz ein. — Das neue Bahnhofsgebäude in Baumfchulenweg wächst verhältnismäßig rasch empor und verspricht recht stattlich zu werden. Die Dammschüttungen sind bis auf die bei der Kreuzung der Götlicher- und der Ringbahn beendet. In der Nähe dieser Kreuzung ist die Höherlegung des Bahnkörpers mit Schwierigkeiten verknüpft. Die Züge der Götlicher Bahn fahren, von Berlin kommend, unter der Ringbahn hindurch, fallen aber schon die kurz dahinterliegende Paderstraße auf einer Weite überschreiten, weshalb diese bedeutend tiefer gelegt werden muß.



Achtung! Vereine! Aenderungen, den Vereinskalender betreffend, sind innerhalb acht Tagen einzufinden.

Deutscher Senefelder-Bund, Mitgliedschaft Berlin. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschafts-Haus, Engel-Platz 15: Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

Briefkasten der Redaktion.

Sie bitten bei jeder Anfrage eine Zeile (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahl beizulegen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Sie sich in dem Fall Ihres Sohnes auf der Gerichtsbank oder der Staatsanwaltschaft oder durch schriftliche Anfrage über die Lage der Sache. 2. Unfallrente ist von der dreizehnten Woche ab zu zahlen.

Aufnahme in einem Sanatorium steht keineswegs dem Bezug von Invalidenrente oder Altersrente gleich; sie wird in der Regel gewährt, um einer Anwaltschaft vorzuziehen.

Marktpreise von Berlin am 4. Oktober. Nach Ermittlungen des Igl. Volgel-Preisbiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*

Wassersand am 4. Oktober. Elbe bei Kuffig - 0,54 Meter, bei Dresden - 1,91 Meter, bei Wangdeburg + 0,20 Meter.

Witterungsübersicht vom 5. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Temp. in F. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Göttingen, Regensburg, Dresden, Leipzig, Bielefeld, Hannover, Kassel, Fulda, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Wien, Linz, Prag, Budapest, Pest, Saloniki, Athen, Thessaloniki, Sofia, Bukarest, Belgrad, Zagreb, Ljubljana, Triest, Venedig, Padua, Mailand, Neapel, Rom, Florenz, Genua, Livorno, Neapel, Palermo, Catania, Messina, Athen, Thessaloniki, Sofia, Bukarest, Belgrad, Zagreb, Ljubljana, Triest, Venedig, Padua, Mailand, Neapel, Rom, Florenz, Genua, Livorno, Neapel, Palermo, Catania, Messina.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 6. Oktober 1904. Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Donnerstag, 6. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhaus, Lohengrin, Neues k. u. k. Opern-Theater.

Schiller O. (Wallner-Theater). In Behandlung. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

National. Der Troubadour. Belle-Alliance. Neues. Die Kronprinzenden. Kleines. Fräulein Julie.

Zentral-Theater. Heute Anfang 7 1/2 Uhr. Die Puppe. Operette in 4 Bildern von Kubran.

National-Theater. Weinbergweg 12a-13b. Donnerstag, den 6. Oktober 1904: Der Troubadour.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67. Heute zum Gastspiel Adolf Philipp.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Rosa das gelehrte Pferd!

Deutsche Volksbühne. Carl-Weiß-Theat. Dr. Franz, Str. 132. Klar zum Gefecht.

Lustspielhaus. Friedrichstr. 236. Biederleute. Von Robert Wisk.

Kasino-Theater. Lohngasse 37. Anfang 8 Uhr. Mutter Gräbert.

Apollo-Theater. Die Attraktionen des neuen Oktober-Programms. Berliner Luft.

Metropol-Theater. Josef Giampietro a. D. Sander, Josephi. Grünfeld, Frid-Frid.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: In Behandlung.

Kleines Theater Neues Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Nachtasyl. Minna von Barnhelm.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Direction: Kren & Schönfeld. Der Weiberkönig.

Freie Volksbühne. Sonnabend, 8. Oktober, in der Brauerei Friedrichshain: Mendelssohn-Beethoven-Abend.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich.

Trianon-Theater. Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße. Ihr zweiter Mann.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Oll. Brunnenstr. 16. Gewonnene Herzen.

Zirkus Busch. Gala-Abend. 15 Polarbären von Mr. Henriksen.

Passage-Theater. Anfang 8 Abendvorst. 8 Uhr. Nehm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr.

Herrnfeld-Theater. Ueber 200 Ruf: der größte Herrnsfeld-Schlager.

Palast-Theater. Bürgerliche Schauspiele. Burgstraße 22. Anfang 8 Uhr.

Vom Himmel zur Hölle mit Direktor Richard Winkler als Jupiter.

Skala-Theater. Einigenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). Sensationelles Programm!

Weimanns Volksgarten-Theater. Badstraße 56, Gesundbrunnen. Nächste Vorstellung:

Zirkus Schumann. Heute, Donnerstag, den 6. Oktober, abends präzis 7 1/2 Uhr.

Herr Albert Carré. Sohn d. Königl. niederländischen Zirkusdirektors Oskar Carré.

Stadt-Theater Moabit. Witt-Moabit 47/49. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger (Hensel, Pietro, Britton, Steidl, Wätmmer, Böhm, Wätmmer, Walden, Schrader).

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.

Militär-Konzert. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag. Fritz Steidl-Sänger.

Otto Pritzkows Abnormalitäten - Ausstellung. Münzstr. 16, am Alexanderpl.



# WINTERGARTEN

**Neues Programm.**  
**LIANE DE VRIES**  
 Pariser Sängerin.  
 Edi Stadler, Jodler.  
 Die Asahia, japanische Akrobaten.  
 Morton und Elliot,  
 Papier-Manipulatoren.  
 Pas de Deux oriental.  
 Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.  
 Die Harmony Four, amerik. Quartett.  
 Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
 Howard de Grey, Barfußtänzerin.  
 Permane Bros, Clowns.  
 Agust-Familie, Jongleure.  
 Larive, französische Soubrette.  
 Das Motopirl.  
 Romsakoffs, weibliche Kosaken.  
 Der Biograph.

**Sanssouci.**  
 Reithaus Thor — Stat. der Hochbahn.  
 Donnerst., Sonnt., Mont.:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger.**  
 Nach jeder Soliste:  
**Tanzkränzchen.**  
 Jed. Dienstag u. Mittwoch:  
**Theater-Abend.**  
 Dienstag, den 11. Oktober:  
**Kaiser Josef II. und die**  
**Schülerstöcher.**  
 Alle ausgegebenen Vor-  
 zugskarten gelten.

**Gustav Behrens**  
 Spezialitäten-  
 Theater,  
 Frankfurter-  
 Allee 85.  
 Das vorzögl. Oktober-Programm.  
 20 Nummern.  
**Neu! Der mysteriöse Elefant**  
 (Sunder der Dreifur).  
**Neu! Der Schneider in**  
**tausend Aengsten.**  
 Große Hoffe.  
 Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

**Buggenhagen**  
 Moritzplatz.  
 Heute jeden Dienstag,  
 Donnerstag und Sonntag:

**Steidl-Sänger**  
 Jeden Montag: Festsäle des Westens,  
 Epfnerstraße.  
 Jeden Mittwoch: Klubs Festsäle,  
 Dörfelstraße.  
 Jeden Freitag: Böhmisches Brauhaus,  
 Randsberger Allee.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.)

**Victoria-Brauerei**  
 Lützowstr. 111-112.  
 Heute sowie jeden Donnerstag:  
**Gr. Tanzkränzchen.**  
 Jed. Montag u. Freitag:  
**Horst's Nordd. Sänger.**  
 Tägl.: Gr. Bürg. Mittags-  
 Tisch. Säfte zu Vereins-  
 festlichkeiten, Verfammit-  
 lungen usw. zu kulant.  
 Bedingungen.

**Kronleuchter-Fabrik**  
 für Gas u. Petroleum.  
 Größte Auswahl.  
**400 Kronen**  
 von 10-700 Mk.  
 Verk. zu billigst. Fabrik-  
 preisen an Private.  
 Auf Wunsch Teilzahlung  
 ohne Preiserhöhung.

**Siegel & Co.**  
 Prinzenstrasse 33.

**Nur noch einige Tage!**  
**Mariendorfer Hochbau-Terrain!**  
 200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geländeten M. 3.—  
 und M. 4.— pro Quadrat-Meter netto Kaufstelle, zur Straße  
 nicht mehr abzutreten.  
**Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elek-**  
**trisches Licht,** 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen  
 Bahn Behrenstraße-Mariendorf. 23906\*  
 Verkäufer, auch Sonntags von 3-8 Uhr, auf dem Terrain.  
**Eigentümer A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.**

**Konsum-Verein,**  
 eingetragene Genossenschaft mit  
 beschränkter Haftpflicht zu Char-  
 lottenburg.  
**Bilanz per 30. Juni 1904.**

| Aktiva.           |                  |
|-------------------|------------------|
| Rasse             | 1 602,04         |
| Waren             | 13 615,65        |
| Inventar          | 7 537,89         |
| Abfchreibung 10%  | 753,79           |
| Ginrichtung       | 278,36           |
| Abfchreibung 10%  | 27,84            |
| Emballage         | 563,98           |
| Kauttionen        | 130,—            |
| Debitoren         | 276,25           |
| Groß-Einkaufs-    |                  |
| Gesellschaft      | 564,90           |
| Berliner Bau- und |                  |
| Sparverein        | 50,—             |
| <b>Ga.</b>        | <b>23 837,14</b> |

**Passiva.**

|                          |                  |
|--------------------------|------------------|
| Diskussions-Fonds        | 137,80           |
| Geschäfts-Rente          | 14 081,70        |
| Reservefonds             | 1 827,94         |
| Produktionsfonds         | 204,39           |
| Rückstellungen           | 418,54           |
| Personal-Unterstützungs- |                  |
| Fonds                    | 204,90           |
| Kreditoren               | 1 780,21         |
| Reingewinn               | 5 182,25         |
| <b>Ga.</b>               | <b>23 837,14</b> |

**Mitglieder-Bewegung.**  
 Bestand am 15. Ok-  
 tober 1903 850  
 Im Laufe d. Jahres  
 eingetreten 152 1 111 Mitgl.  
 Ausgetreten durch  
 Tod, Bezug usw. 43  
 Bestand am 30. Juni  
 1904 1 068 Mitgl.  
 Die Geschäftsguthaben der Mit-  
 glieder betragen:  
 am 15. Oktober 1903 R. 12 236,49  
 Zuwachs i. J. 1903/04 1 845,21  
 Gesamt-Betrag am  
 30. Juni 1904 R. 14 081,70  
 Die Guthabene d. Mitglieder betrug:  
 am 15. Oktober 1903 R. 28 770,—  
 Zuwachs i. J. 1903/04 3 270,—  
 Gesamt-Betrag am  
 30. Juni 1904 R. 32 040,—  
 Charlottenburg, 1. Oktober 1904.  
**Der Vorstand.**  
 E. Kurth, A. Sellin, Joh. David.

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung liefert  
 eleg. fertige Herren-Moden.  
 Bestellungen n. Maß, indell. Ausf.  
 Werkstatt im Hause.  
**J. Kurzberg,**  
 An der Jannowitzbrücke 1. I.  
 Bahnhof Jannowitzbrücke

**Ausnahmepreis!**

**Reichgestickte**  
**Portieren**  
 abge-  
 passte  
**Die komplette Dekoration**  
 (bestehend aus 2 Flügeln und  
 1 Querbehäng)

in **Pflusch** 10<sup>50</sup> (Wert 16,00)  
 in **Wollserge** 7<sup>50</sup> (Wert 10,50)  
 in **Victoriatuch** 8<sup>25</sup> (Wert 13,50)

**Eine Partie Wollportieren**  
 mit allerliebster Blumenkante  
 per Shawl 2 Mark.  
**Teppich-Special-Kaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin Oranienstraße 158.  
 Nach auswärts per Nachnahme.

**Pracht-Katalog**  
 etwa 600 Abbildungen  
**gratis u. franco.**  
**Extra billig!**  
**div. Teppiche**  
 mit kleinen Webfehlern!  
 Roh-Tadaf  
**Max Jacoby, Strelitzerstr. 53.**  
 Alt Bekannte billige Preise.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
 für den  
**6. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 4. d. M. verstarb unser  
 Mitglied, der Stellmacher  
**Joachim Hogsohn**  
 Strelitzerstr. 34.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Frei-  
 tag, den 7. d. M., nachmittags  
 4 Uhr, von der Halle des Elisabeth-  
 kirchhofes, Reitzen-allee aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Allgemeine Kranken- und**  
**Sterbekasse der Metallarbeiter**  
 E. H. 29.  
 Pitalie Tempelhofer  
 Am 3. Oktober starb unser lang-  
 jähriges Mitglied  
**Karl Fischer**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 7. d. M., nachmittags  
 3 Uhr, auf dem Tempelhofer  
 Kirchhof am Bräuer Weg statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 18925 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden, Kollegen und Be-  
 kannten sage ich für die rege Be-  
 teiligung und die zahlreichen Kranz-  
 spenden bei der Beerdigung meines  
 innigst geliebten Mannes hiermit  
 meinen herzlichsten Dank. 18985  
**Witwe Anna Bahl.**

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme bei der Beerdigung meines  
 lieben Mannes sage ich allen Freunden,  
 Bekannten, Verwandten, den Genossen  
 des ersten Berliner Wahlvereins, dem  
 Zentralverband der Handels-, Hand-  
 wert- und Betriebsarbeiter, dem Verein  
 sozialdemokratischer Gast- und Schank-  
 wirts sowie den Stammvätern, den  
 Heizungsmonteuern und Helfern vom  
 Neubau S. Wolke, auch dem Gesangs-  
 verein der Gastwirtsgehilfen und den  
 Genossen Walder Kanalle für die  
 trostreichen Worte am Sarge meinen  
 herzlichsten Dank. 19055  
**Frau Ww. Anna Günther,**  
 geb. Köpfer und Kinder.

**Dankagung.**  
 Allen Freunden und Bekannten,  
 insbesondere den Kollegen der Hiesigen-  
 leger-Brange spreche ich im Namen  
 aller Hinterbliebenen meinen innigsten  
 Dank für die rege Beteiligung sowie  
 zahlreichen Kranzspenden bei der  
 Beerdigung meines geliebten Gatten  
 aus. 18885  
**Martha Rakowitz geb. Schüler.**

**Verband der Bau-, Erd- und**  
**gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.**  
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
 (Bezirk Clien.)  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Albert Mißling**  
 am 1. Oktober verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 6. d. M., nach-  
 mittags 4 Uhr, von der  
 Leichenhalle des St. Marien-  
 kirchhofes in Wilhelmshagen aus  
 statt. 34/15  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
 i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
 (Süd-Ost.)  
 Den Mitgliedern hiermit zur  
 Kenntnis, daß unser Genosse, der  
 Maurer  
**Friedrich Rothe**  
 wohnhaft Oranienstraße 4  
 (Stadtbezirk 85)  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr  
 von der Leichenhalle des Ge-  
 meinde-Friedhofes in Köpenick,  
 Ruhowerstraße (Nähe Bahnhof  
 Spindlersfeld) aus statt. 244/10  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Dankagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme bei der  
 Beerdigung meines lieben Sohnes,  
 Mannes, Bruders und Schwagers  
**Alexander Splittstößer**  
 sagen wir allen Genossen des vierten  
 Reichstags-Wahlkreises, dem deutschen  
 Metallarbeiter-Verband, den Kollegen  
 der Firma Frost u. Söhne sowie seinen  
 Freunden, Bekannten und Verwandten  
 unseren herzlichsten Dank. 19075  
 Die Hinterbliebenen: August John.

**Dankagung.**  
 Für die innige Teilnahme am Be-  
 gräbnis meines lieben Vaters  
**Paul Bork**  
 spreche ich allen Verwandten und  
 Bekannten, besonders aber den  
 Nennern und Kollegen der Firma  
 Bell & Co. sowie dem Fachverein der  
 Musikinstrumentenmacher meinen herz-  
 lichsten Dank aus. 19045  
**Fr. A. Bournack und Tochter.**

# Extra-Preise A. Wertheim

## Gardinen, Portieren

|                                      |                           |
|--------------------------------------|---------------------------|
| Engl. Tüll-Gardinen Fenster 2 Chales | 2.45, 3.50, 4.75, 6.25    |
| Engl. Tüll-Gardinen Meter            | 35, 50, 68, 80 Pf.        |
| Engl. Tüll-Stores Stück              | 2.25, 3.35, 4.75, 6.25    |
| Tüll-Band-Stores ockerfarb. Stück    | 5 Mk., 7.25, 9 Mk., 11.50 |
| Etamine-Stores farbig Stück          | 4.25, 5.75 Mk.            |
| Engl. Tüll-Vitrage zwei-teilig Meter | 32, 45, 55, 68 Pf.        |
| Körper-Vitrage zwei-teilig           | 2.40, 3.50, 4.50 Mk.      |
| Körper-Rouleaux ein-teilig           | 2.60, 3.15, 4.50 Mk.      |
| Tüll-Bettdecken für 2 Betten         | 4.50, 7.25, 9 Mk., 11.50  |
| Tüll-Band-Bettdecken für 2 Betten    | 14.50, 17, 19, 23 Mk.     |
| Kongress-Stoffe weiss u. creme Mtr.  | 45, 55, 65, 80 Pf.        |
| Kissenplatten gewebt ca. 50x50 cm    | 90 Pf.                    |

| Körper   | Tuch               | Leinenplüsch             |
|--|--------------------|--------------------------|
| Garnituren 4,75, 7,25                              | 7,25, 10,50        | 8 Mk., 10,75, 13,50      |
| 2 Portieren, 1 Lambrequin, mit Kurbelstickerai     |                    |                          |
| Portieren mit eingewebter Bordüre                  |                    | Chales 2,50, 3,15, 4,75  |
| Gewebte Panneaux                                   | Größe ca. 85/90 cm | 3,15                     |
| Phantasie-Tischdecken                              |                    | 2,25, 2,90, 4,50         |
| Filztuch-Tischdecken m. Kurbelstickerai            |                    | 2,90, 4,50, 7 Mk.        |
| Plüsch-Tischdecken mit angesetzter Kante           |                    | 5,85, 7,50               |
| Plüsch-Tischdecken m. Kurbelstickerai              |                    | 7,25, 10,25, 14 Mk.      |
| Divandecken  |                    | 3,90, 6,25, 8,50, 10 Mk. |
| Steppdecken aus Wollsattn und mercerisiertem Sattn |                    | 6,25, 7,75, 9,50         |
| Melierte Schlafdecken                              |                    | 3,75, 5,40 Mk.           |

## Teppiche

|                           |                               |
|---------------------------|-------------------------------|
| imit. Perser-Teppiche     | 4,75, 7,75, 11,50, 17,25      |
| Größe ca. 130/200         | 150/230                       |
| 200/300                   | 240/335                       |
| Axminster-Teppiche        | 13 Mk., 19,50, 29 Mk., 47,50  |
| Tapestry-Teppiche         | 10,75, 18 Mk., 29 Mk., 47,50  |
| Velour-Teppiche           | 14 Mk., 23 Mk., 35,50, 61 Mk. |
| Imitierte Perser-Vorleger | 70, 90 Pf., 1,35, 1,90        |
| Axminster-Vorleger        | 1,85, 2,10, 3,15, 4,50        |
| Tapestry-Vorleger         | 2,45, 3,35 Mk.                |

## Läuferstoffe

| ca. 67 cm                       | 90 cm breit      |
|---------------------------------|------------------|
| Jute-Läufer Mtr. 40, 58, 72 Pf. | 85, 1,05, 1,25   |
| Kokos-Läufer 95, 1,40, 1,60 Mk. | 1,40, 1,70, 2,35 |
| Tapestry-Läufer 1,75, 2,25 Mk.  | 2,50, 3,15 Mk.   |
| Linoleum-Läufer 75 Pf.          | 1,05 Mk.         |

## Holzgalanterie-Waren

|  |           |  |       |
|--|-----------|--|-------|
| Bauerntische imitiert Nussbaum         | 2 Mk.     | Cigarrenschrank m. Eichentür u. Beschlägen | 2,75  |
| Bauerntische Nussbaum furniert         | 2,75      | Büffetritte moderne Form                   | 4,25  |
| Salontische mit Gold gravierter Platte | 5,25      | Palmenständer 110 cm hoch                  | 4,25  |
| Kinder-Schreibpulte verstellb.         | 12,75 Mk. | Kinderstühle verstellbar                   | 3 Mk. |



Soziales.

Preussische Kuddelmuddel-Statistik.

Wir beabsichtigen, den ziemlich umfangreichen statistischen Angaben des „Reichs-Anzeigers“ über den preussischen Bergbau im Jahre 1903 noch einige Betrachtungen zu widmen. Dabei waren wir, verführt durch eine Anzahl längerer Tabellen, von der Ansicht ausgegangen, daß es möglich sei, auf Grund dieser Tabellen ein klares Bild von den Veränderungen in der Lage der Arbeiter im Laufe einer Reihe von Jahren zu gewinnen. Bei näherem Zusehen finden wir indes, daß die langen Zahlenreihen kein Wort mehr sagen, als wir ihnen gestern schon abgewonnen haben. Die Statistik trägt das Hauptkennzeichen des größten Teils unserer offiziellen Statistik; es fehlt ihr das, was zu den ersten Erfordernissen einer brauchbaren Statistik gehört: die Vergleichbarkeit.

Die vorliegende Statistik giebt in einer Tabelle die Gesamtsumme der an die preussischen Bergarbeiter gezahlten Löhne in den einzelnen Jahren von 1895 bis 1903; sie giebt aber die Zahl der Arbeiter nur für 1903, 1902 und 1901 (das heißt, man kann sie sich für 1901 nach einer Bemerkung im Texte errechnen, die absolute Zahl wird auch nicht mitgeteilt). Für die Jahre 1901, 1902 und 1903 werden auch die Schichtlöhne und die Jahreslöhne im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft jedes einzelnen Reviers gegeben. Will man nun aber diese Löhne vergleichen mit den Leistungen, dann sieht man wieder fest. Die Jahresleistung eines Arbeiters in Tonnen wird zwar gegeben für jedes einzelne der Jahre 1888 bis 1903, jedoch nur in der Gesamtheit des preussischen Bergbaues. Um eine Vergleichung wenigstens für die drei letzten Jahre vorzunehmen, müßte man die mitgeteilte Gesamtsumme der Löhne nehmen, alsdann die Gesamtzahl der Arbeiter erwaschen, den Durchschnitt ziehen und dann könnte man mühsam feststellen, wie sich Arbeitsleistung und Arbeitslohn in den drei Jahren zueinander verhalten (mit den Angaben über Löhne von 1895 bis 1900 und über Leistungen von 1888 bis 1900 ist auch dann noch nichts anzufangen), wenn — ja wenn die Zahlenreihen überhaupt etwas miteinander zu tun hätten.

Kämlich: Die Summe der Löhne ist für alle preussischen Bergarbeiter angegeben, die Jahresleistung eines Arbeiters in Tonnen jedoch nur für den Steinkohlenbau. Allerdings könnte man die Zahl der Steinkohlenarbeiter wenigstens für 1903 und 1902 feststellen (für 1901 nicht, da ist nur eine Gesamtsumme zu ermitteln) und da auch für die einzelnen Reviere für die Jahre 1903 und 1902 der Jahreslohn-Durchschnitt gegeben ist, wäre durch einige Rechenexempel wenigstens für zwei Jahre eine Vergleichung zu erlangen, indes — auch das geht nicht. Die Lohnangaben berücksichtigen nur die Arbeiterlöhne, die Angaben über die durchschnittliche Jahresleistung des Einzelnen beziehen sich jedoch auch auf Arbeiter u n d W e a m t e. Für die Beamten wird wiederum nur angegeben, welche Durchschnitts-Jahresgehälter in den einzelnen Revieren 1902 und 1903 gezahlt wurden. Eine Vergleichung ist also vollständig ausgeschlossen, weil weder vergleichbare Größen zusammengestellt werden, noch solche aus den gemachten Angaben errechnet werden können. Es werden noch eine ganze Anzahl Einzelangaben gemacht, die aber auch nichts weiter wie eine unglückliche Anhäufung zusammenhangloser Zahlen darstellen ohne Sinn und Zweck.

Eine „Statistik über Arbeitslöhne und Arbeitsleistungen“, wie der Zahlenhaufen im „Reichs-Anzeiger“ benannt wird, muß die Möglichkeit gewähren, zu vergleichen erstens Löhne, Leistungen und Arbeitszeit in einem Jahre sowohl für die Gesamtheit wie für charakteristische Gruppen der erfassten Arbeiter, und ebenso muß sie ermöglichen eine Vergleichung dieser Verhältnisse innerhalb einer Reihe von Jahren.

Weiter gehörte noch dazu eine Vergleichung mit den Preisen der Arbeitsprodukte und den Gesamtergebnissen der Produktion, denn erst eine Vergleichung zwischen Arbeitslohn und Produktionswert gestattet ein Urteil über den Anteil des Arbeiters an dem Ertrage der Arbeit und das ist volkswirtschaftlich sehr wichtig. Der amerikanische Zensus hat die Wichtigkeit dieser Vergleichung längst erkannt. Die im „Reichs-Anzeiger“ offiziell veröffentlichte offizielle Statistik provoziert noch dazu die Forderung nach solchen Vergleichungszahlen durch ihre Lohnsummenangabe. Welchen Zweck hat denn die mit nichts anderem in der mitgeteilten Statistik vergleichbare Zusammenstellung der Gesamtlohnsummen seit 1895? Soll damit etwa gezeigt werden, welche Opfer die Unternehmer für die Arbeiter bringen, indem sie ihnen in neun Jahren 3909 Millionen Mark Lohn zahlten? Wenn das nicht beabsichtigt war, dann wissen wir nicht, weshalb die Zahlen mitgeteilt werden. Es ist übrigens in Preußen so der Brauch, die Statistik, deren Aufgabe die objektive Untersuchung bestehender Zustände ist, zu „sozialen“ Wohlthaterschwelmen zu mißbrauchen. Und was den Mangel an Systematik angeht, so wäre auch gelegentlich ebenso über die preussische wie über die Reichsstatistik ein ernstes Wort zu reden.

Ein Arzt über die freie Arztwahl.

In der „Krankenassen-Zeitung“ schreibt Dr. med. Bergmann: In der fälschlich als „Streiks“ benannten ärztlichen Ringbildungen — denn die Ärzte sind im ökonomischen Sinne ebenso wie juristisch nicht Arbeiter, sondern gewerbetreibende Unternehmer — tritt eine Erscheinung hervor, die durch ihre ausnahmslose Regelmäßigkeit zu denken gibt, nämlich die Tatsache, daß nur an solchen Krankenassen, wo freie Arztwahl besteht, Honorarstreitigkeiten zwischen Ärzten und Kassenvorstand entstehen, während alle übrigen, an Zahl nicht geringen Kassen, welche statt des Systems der freien Arztwahl eine feste Besoldung ihrer Ärzte eingeführt haben, sich des ungehörten Friedens und des besten Einverständnisses mit der letzteren erfreuen.

Das System der freien Arztwahl muß uns also als ein für die Entstehung von Differenzen besonders günstiger Nährboden erscheinen. Dieser Nährboden ist um so ergiebiger, je unergiebigere die Einkünfte der Ärzte aus ihrer Kasienitätigkeit sind. Es liegt im Wesen des Systems begründet, daß die Honorare der freigesetzten Ärzte außerordentlich ungleichmäßig verteilt sind. Einige wenige, die sogenannten Kassenlöwen, verstehen es, nicht selten durch demagogische oder garabazu unläuterer Mittel, sich unter den Kasienmitgliedern so populär zu machen, daß sie sich eines gewaltigen Zulaufes erfreuen, während die große Masse ihrer Kollegen in ihren leerbleibenden Sprechzimmern darauf sitzen, ihr Kasienkommen durch hochgeschraubte Forderungen zu verbessern. Sie übersehen dabei vollständig den überaus wichtigen Umstand, daß die unbefriedigende Höhe ihres Einkommens nicht durch die niedrige Entwertung der ärztlichen Leistungen, sondern durch ihre unzureichende Beschäftigung bedingt wird. Selbst die höchste Honorierung der Einzelleistung kann mangelhaft beschäftigten Ärzten — und unter der freien Arztwahl bilden diese die überwiegende Mehrzahl — zu keinem ausreichenden Einkommen verhelfen.

Eine wirkliche Besserung läßt sich daher nicht von einer Erhöhung der Honorarlöhne erwarten, sondern nur dadurch herbeiführen, daß jeder an der Kasse tätige Arzt in genügendem Umfange beschäftigt wird. Das aber ist eine Bedingung, welche sich bei der freien Arztwahl ausnahmslos als unmöglich erweist und allein durch das System der festen Besoldung erfüllt werden kann.

Nur die schon erwähnten Kassenlöwen, welche aus der freien Arztwahl ein weit höheres Einkommen beziehen, als sie durch eine gleichmäßige und feste Besoldung zu erwarten hätten, haben ein wirkliches Interesse an der Erhaltung dieses für sie profitablen Systems und an den in den sog. Ärztestreiks gestellten Forderungen. Sie sind es denn auch, welche im offenen oder geheimen Bunde mit reaktionären Politikern gewöhnlich als Urheber und Führer der kasienfeindlichen Ringbildungen auftreten.

Freisinnige Sozialpolitik. Die Art Sozialpolitik, wie sie von der freisinnigen Stadtverwaltung Nürnbergs betrieben wird, fängt nachgerade an, gemeingefährlich zu werden. Seit Jahren arbeitet die Gemeinde-Krankenlaffe mit einem kolossalen Defizit, das auch durch die schärfste Behandlung der Versicherten nicht aus der Welt zu schaffen war. Statt zu dem einzig wirksamen Mittel zu greifen, nämlich zur Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenlaffe, die von den Arbeitern Nürnbergs seit einem Jahrzehnt vergeblich gefordert wird, suchte man das Defizit dadurch zu beseitigen, daß man die Leistungen an die Versicherten beschränkte und diejenigen Unternehmer, deren Arbeiter der Gemeinde-Krankenlaffe über die Vertragsleistung hinausgehende Kosten verursachen, anhielt, eigene Betriebs-Krankenlaffen zu errichten oder den Teil des Defizits, der durch ihre Arbeiter verursacht war, zu ersetzen. Die freisinnige Rathhausgesellschaft will die Orts-Krankenlaffe nicht, weil in dieser den Arbeitern Rechte eingeräumt werden müßten. Die Folgen des geschilderten Systems machen sich nun in einer für die Arbeiter sehr empfindlichen Weise fühlbar. Den Unternehmern, die sich verpflichteten, den auf sie entfallenden Teil des Defizits zu decken, erhalten vom Magistrat Verzeichnisse zugestellt, worin die erkrankten Arbeiter des betreffenden Betriebes nach Namen, Stand, Nummer des Krankenbuchs, Zahl der Krankheitsstage, Kosten für ärztliche Behandlung und Heilmittel usw. genau aufgeführt sind, so daß der Unternehmer genau sieht, welche von seinen Arbeitern am meisten zu dem Defizit, das der Unternehmer zu decken hat, beitragen. Die Folge ist, daß der Unternehmer die wiederholt erkrankten Arbeiter entweder sofort oder dann entläßt, wenn sich die Erkrankung nochmals wiederholt. Verschiedene Fabrikanten, die von der Gemeinde-Krankenlaffe zu kurz herangezogen werden, haben unumwunden erklärt, daß sie sämtliche älteren oder kränklichen Arbeiter entlassen werden, da sie sich mit einer Betriebslaffe keine Unmöglichkeiten machen wollen und andererseits das ihnen aufgebürdete Defizit nicht tragen können. Dieses unheilvolle System bedrängt die Arbeiter, die mit Entlassung bedroht sind, wenn sie erkranken, dazu, Krankheiten zu verheimlichen, und zu weichen schlimmen Folgen dies zu führen geeignet ist, kann sich jeder vernünftige Mensch ausmalen, nur die freisinnige Stadtverwaltung Nürnbergs verachtet demgegenüber die Augen, einzig darauf bedacht, das Defizit der Gemeinde-Krankenlaffe loszuwerden und den Arbeitern nicht das Zugeständnis der Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenlaffe zu machen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag Herr Dr. J a d e l einen Vortrag über „Schulhygiene“. Den sehr lehrreichen und interessanten Ausführungen folgte die Versammlung mit regem Interesse. Unter Vereinsangelegenheiten mußte die Neuwahl einer Vorsitzenden vorgenommen werden.

da Frau Panzeram ihr Amt niedergelegt hat. Gewählt wurde Frau Hanna, frühere Beisitzerin, und in deren Stelle wurde Frau Senfede gewählt. Die nächste Versammlung, der letzte Vortrag im Hygiene über die Schulfrage, ist am 17. Oktober in den Räumlichkeiten, Kommandantenstraße 20. Das Referat hat Herr Dr. Leo Kronz übernommen.

Lohnbewegung der Herrenkonfektions-Arbeiterinnen Kopenhagens. Am 22. September haben die Herrenkonfektions-Arbeiterinnen Kopenhagens einstimmig beschlossen, ihren seit fünf Jahren geltenden Tarifvertrag zu kündigen. Seitdem wird in einer Reihe von Versammlungen eine außerordentlich lebhaftige Agitation entfaltet, um, wie vor fünf Jahren, durch einmütiges Vorgehen eine dauernde Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Die Bewegung hat auch auf die Arbeiterinnen der Damenbranche übergegriffen, die im allgemeinen noch elender gestellt sind als die der Herrenbranche.

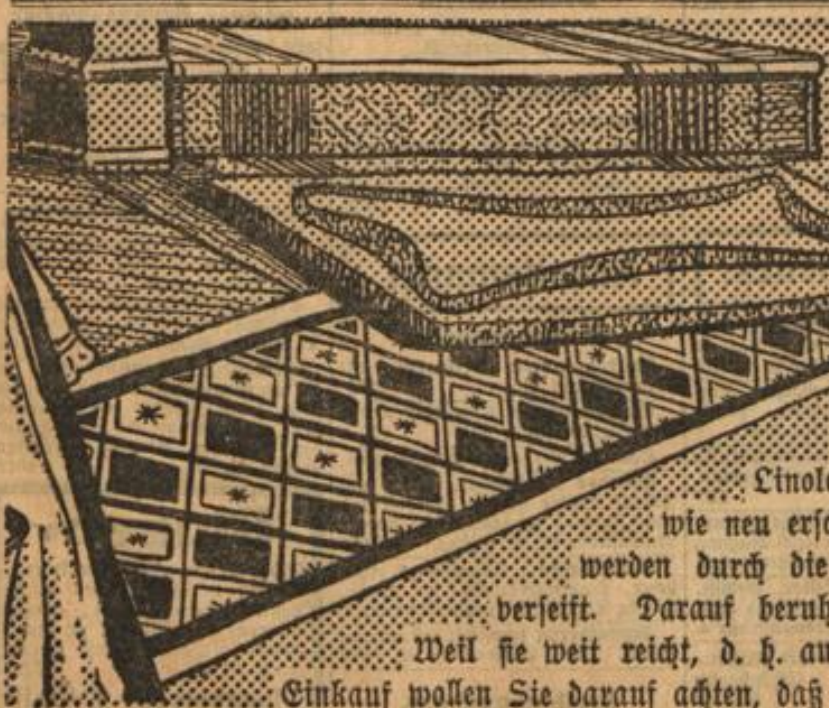
Gerichts-Zeitung.

Hatte der Staatsanwalt sonst nichts zu tun? Ein tödlicher Unfall auf der Untergrundbahn hat zu einer merkwürdigen Anklage wegen fahrlässiger Tötung Veranlassung gegeben, die gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Der Angeklagte, Kaufmann Friedrich Paul Holz war eines Tages mit seinem dreijährigen Söhnchen auf die Haltestelle Bittenberglage der Untergrundbahn gekommen. Er trug mehrere Pakete und war nicht imstande, beim Einsteigen seinem Sohne die Hand zu reichen. Der Knabe trat fehl und geriet mit den Füßen auf die Kontrollschiene, die sich etwa 80 Centimeter unter dem Bahnsteigniveau befindet. Der Unfall wurde dadurch ermöglicht, daß zwischen der Vordschwelle des in einer scharfen Kurve angelegten Wagens und dem einlaufenden Wagen ein Spalt sich befand, in welchen der Knabe hineinstürzte. Das Kind wurde zwar sofort herausgezogen, der starke elektrische Strom hatte es aber derart verletzt, daß es in den Armen des entsetzten Vaters verstarb. Väterlicher mußte nun nicht bloß den Schmerz ertragen, seines Kindes in so graufiger Weise beraubt worden zu sein, er mußte vielmehr nun auch noch auf die Anklagebank, um sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Man wollte ihm die Schuld an dem Unfall aufbürden, weil er es unterlassen habe, das Kind an der Hand zu fassen oder es durch andere führen zu lassen, da ihn die Pakete in seinem Arm daran hinderten. Der Angeklagte bestritt ein Verschulden seinerseits und wies nach, daß er das Kind vor dem Einsteigen sorgsam beobachtet und zur besonderen Vorsicht ermahnt hatte. Der Verteidiger machte die Bahnverwaltung für den Unfall verantwortlich und führte aus, daß dieser der Vortwurf nicht erproben könne, daß sie den Bahnhof an einer Kurve angelegt, so daß ein breiter Spalt entstanden sei, und ferner, daß sie keinerlei Vorkehrungen zur Verhütung eines derartigen Unfalles getroffen habe. — Der Gerichtshof kam nach der Beweisaufnahme zu demselben Ergebnis wie der Staatsanwalt, der selbst die Freisprechung des Angeklagten beantragte. Der Gerichtshof überzeugte sich, daß den Angeklagten weder objektiv noch subjektiv ein Verschulden treffe, um so weniger, als die Bahnverwaltung Einrichtungen, die das große Publikum zur besonderen Vorsicht beim Einsteigen ermahnen, nicht getroffen habe. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen und es bleibt die Frage offen: warum es überhaupt nötig war, die Anklage zu erheben. Daß in politischen und Streikangelegenheiten unbillige Anklagen erhoben werden, liegt ja daran, daß die objektivste Behörde von der Welt auch den Umsturz zu führen hat. Eine solche Mission spielte aber doch in diesem Falle keine Rolle.

Sittensdelikt. Die von der „Neuen Photographischen Gesellschaft“ in den Handel gebrachten Postkarten mit Abbildungen von Kunstwerken der letzten Pariser Kunstausstellung erregen noch immer die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaften, die nicht anerkennen wollen, daß solche Karten, soweit sie nackte Frauengestalten darstellen, künstlerischen Wert haben. Nachdem kürzlich die siebente Strafkammer mehrere dieser Händler, die diese Karten feilgebieten, von der Anklage der Verbreitung unzüchtiger Schriften freigesprochen hatte, hatte sich der Disponent eines Stettiner Warenhauses dieser Tage auf dieselbe Anklage zu verantworten. Die Ansichtskarten wurden als „Pariser Salon-Postkarten“ ausgestellt und feilgehalten. Auch in diesem Falle war die Staatsanwaltschaft der Meinung, daß, wenn aus Nachbildungen von Kunstwerken vorliegen, sie doch in dieser Ausföhrung nicht geeignet seien, künstlerischen Genuß zu gewähren, den Schönsinn zu befriedigen, oder bildnerischen Zwecken im Interesse der Kunst und Wissenschaft zu dienen. Als Gemälde möge die einzelne Darstellung schön wirken, in dieser Nachbildung auf Postkarten seien sie aber offenbar nur darauf berechnet, die Sinnlichkeit zu erregen; sie erscheinen auch objektiv geeignet, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen, und seien daher als „unzüchtig“ zu bezeichnen. — Der Gerichtshof hielt auch in diesem Falle dafür, daß es sich nicht um „unzüchtige“ Abbildungen handele, und es wurde daher auch diesmal auf Freisprechung erkannt.

Eingegangene Druckschriften.

Ernst Fr. Wagners, Dr. phil. Die ist die vorliegende Demokratisierung der Gesellschaft vom christlichen Standpunkte zu beurteilen? 55 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag, Carl Winter's Universitätsbuchhandlung, Heidelberg. Oesterreichischer Arbeiter-Rotkalender für das Jahr 1905. X. Jahrgang. Preis 72 Heller. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand, VI. Gumpendorferstr. 18.



Sunlight Seife

Unbegrenzt ist die Verwendung der Sunlight Seife, da sie keine scharfen Bestandteile und keine freie oder überschüssige Soda enthält, welche Farben und Dessins des Linoleums zerstören; sie löst vor den Schmutz und läßt die Farben wie neu erscheinen. Die zu ihrer Fabrikation verwendeten Fette und Öle werden durch die vollkommenste Methode bis zum denkbar höchsten Grade verseift. Darauf beruhen ihre enorme Reinigungskraft und ihre Unschädlichkeit. Weil sie weit reicht, d. h. ausgiebig ist, ist sie die billigste Seife für den Haushalt. Beim Einkauf wollen Sie darauf achten, daß Ihnen Sunlight-Seife in Originalpackung verabreicht werde.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.

Möbelverkauf! In meiner Möbelabteilung, Giesensaustraße 15, am Hallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, welche neben gewohnten und neuen Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Stamen ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen liefern ich gediegenen Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat herrlicher gemener und gutdieserter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderkabinett 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matrize 20, Waschspinde, Bettst. 36, Salonkanarille, Nähgarnituren 105, Büchereibestellen mit Matrizen 40, geschnittene Büchereispinde, Pauschlohn mit Saitenlöcher 85, Schreibst. 40, Waschtisch, Englische Schlafzimmern, Speisest. 100, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch eine Garantie geleistet. Rulterbuch gratis. 2102\*

Polstermöbel (in Vertrauen) (in Vertrauen)

Wer ein wirkliches Sofa braucht, findet große Auswahl mit schönen Stoffen zu sehr billigen Preisen bei

Hörm. Kahlen, Stallschreiberstraße 43.



